



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Landrat Thomas Karmasin (Erster Vizepräsident), Landrat Christian Bernreiter (Präsident), Dr. Johann Keller (Geschäftsführendes Präsidialmitglied), Landrätin Tamara Bischof (Dritte Vizepräsidentin) und Landrat Herbert Eckstein (Zweiter Vizepräsident und Schatzmeister) mit dem gastgebenden Landrat Martin Bayerstorfer nach ihrer Wiederwahl. Bild: Bayerischer Landkreistag

Konstituierende Versammlung des Bayerischen Landkreistags in Erding:

Zeit der Weichenstellung

Mit überwältigenden Ergebnissen haben die Delegierten der 71 bayerischen Landkreise die bisherige Führungsmannschaft des Bayerischen Landkreistags bestätigt. Im Rahmen der Jahrestagung in Erding wurde für die nächsten sechs Jahre Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf) erneut zum Präsidenten gewählt. Ihm zur Seite stehen Landrat Thomas Karmasin (Fürstfeldbruck) und Landrat Herbert Eckstein (Roth) als Erster und Zweiter Vizepräsident sowie Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen) als Dritte Vizepräsidentin.

Um die im Zusammenhang mit dem Coronavirus geltenden Regeln einhalten zu können, fand die konstituierende Landkreistagsversammlung nicht wie ursprünglich geplant zweitägig in der Stadthalle Erding, sondern eintägig in der Therme Erding statt.

Corona als größte Herausforderung

Wie Gastgeber Landrat Martin Bayerstorfer erklärte, hätten zuvörderst die Landkreise den Infektionsschutz umgesetzt. Ohne die Landratsämter wäre die rasche Eindämmung nicht möglich gewesen. Corona bezeichnete er als die „größte Herausforderung seit Jahrzehnten – schwieriger zu bewältigen als die Flüchtlingskrise“. Erdings Oberbürgermeister Max Gotz dankte den Landkreisen für ihr Krisenmanagement; es sei schnell und richtig gehandelt worden. Auch habe die Pandemie gezeigt, wie wichtig die Vereine für die Gesellschaft sind.

Aufgrund der enormen, durch Corona ausgelösten kommunalen

Herausforderungen, wurden die Ausführungen des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, MdL, mit besonderer Spannung erwartet.

Tragende Rolle der Kommunen

Zunächst hob er die tragende Rolle der Kommunen, darunter insbesondere auch der Landkreise, bei der Bewältigung der Corona-Krise hervor: „Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen und umgekehrt. Das gilt jetzt, im erstmalig seit der Nachkriegszeit geltenden bayernweiten Katastrophenfall seit 16. März 2020, mehr denn je. Nur gemeinsam mit solidarischem Handeln können wir diese schwierige Situation meistern. Ich bedanke mich insbesondere bei den Führungsgruppen Katastrophenschutz für den unermüden Einsatz rund um die Uhr.“

Oberstes Ziel: Schutz der Gesundheit

Oberstes Ziel blieben weiterhin der Schutz der Gesundheit und die Stabilität des Gesundheitssystems in Bayern. Gerade in dieser Pandemiesituation habe sich einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Verwaltung für das Gemein-

Kommunen auf Hilfen von Bundes- und Landesseite angewiesen:

Der Austausch steht im Vordergrund

Manfred Weber (CSU) und Lars Klingbeil (SPD) sprachen bei der ersten digitalen Konferenz des ‚Netzwerks Junge Bürgermeister*innen‘ zu Kommunen im Corona-Modus

Der Kommunikationsbedarf zu den Folgen der Corona-Krise für die Städte und Gemeinden ist groß. Anstatt des eigentlich für Mitte Mai geplanten „analogen“ Jahrestreffens, lud das überparteiliche Netzwerk Junge Bürgermeister*innen daher kurzfristig zu seiner ersten Konferenz im digitalen Raum ein. Über 70 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland tauschten sich über drei Stunden zur Zukunft ihrer Kommunen in der Corona-Zeit aus.

Bei den prominenten Hauptrednern stand der Austausch im Vordergrund. Manfred Weber, EVP Fraktionsvorsitzender im Europaparlament, und SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil war es wichtig, möglichst viel Raum für Fragen, Anregungen und Einschätzungen der Kommunalvertreter zu bieten.

Hilfs- und Investitionspakete

Einig waren sich beide darin, dass die anstehenden Herausforderungen für die Kommunen nur mittels großangelegter und schuldenbasierter Hilfs- und Investitionspakete zu bewältigen seien. In einer Umfrage unter den Teilnehmern wurde mehr-

heitlich auf die – auch unabhängig von Corona – unzureichende Finanzausstattung der Kommunalen Ebene verwiesen. 83 % vertraten die Auffassung, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel „eher nicht“ oder „gar nicht“ ausreichen, um ihre Aufgaben gut bewältigen zu können. Auch die Unterstützung durch die Länder in der Corona-Krise bekam keine guten Noten. Ein wenig schmeichelhaftes „es geht“ war die Antwort von über 70 %. 10 % fanden die Unterstützung durch die Bundesländer sogar „mangelhaft“. Der Sprecher des Netzwerks, Haßmersheims Bürgermeister Michael Salomo (Neckar-Odenwald-Kreis in Baden-Württemberg), sagte

wesen ist, erklärte Herrmann. Die Staatsregierung habe daher die Landratsämter durch den kurzfristigen Einsatz von insgesamt 3.800 Mitarbeitern aus allen Ressorts mit nachgeordneten Bereichen massiv mit Personal verstärkt.

Herausragendes Engagement der Verwaltungen

Die Leistungen der Kommunen in Corona-Zeiten zeigten sich laut Minister vor allem bei der Durchführung der Gemeinde- und Landkreistagswahlen am 15. März sowie der Stichwahlen am 29. März: „Insbesondere die Durchführung der Stichwahlen als reine Briefwahlen wäre ohne das herausragende Engagement der Verwaltungen in den betroffenen Gemeinden und Landkreisen gar nicht leistbar gewesen. Die zahlreichen Aufgaben, die die Landratsämter erledigen müssen, erfordern auch weiterhin eine entsprechende Personalausstattung.“

Für die Jahre seit 2019 bis 2022 sei ein Zuwachs in vier Stufen zu je 70 Stellen um insgesamt 280 Stellen vorgesehen. In enger Abstimmung mit dem Bayerischen Landkreistag könne damit auf Bedarfe an Fachpersonal insbesondere in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Veterinärdienst und dem öffentlichen Gesundheitsdienst reagiert werden.

Kommunaler Finanzausgleich erneut auf Rekordniveau

Finanziell sollen die Kommunen Herrmann zufolge weiterhin gut auf eigenen Beinen stehen können. Noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie hatte die (Fortsetzung auf Seite 4)

Konjunktur- und Zukunftspaket des Bundes:

Milliardenhilfen für Kommunen

Hilfen für Kommunen, Zuschüsse für Familien und Förderung von Zukunftstechnologien: Um Kommunen, Familien und Unternehmen darin zu unterstützen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie besser zu bewältigen, will die Bundesregierung ein ebenso umfassendes wie ambitioniertes Konjunktur- und Zukunftspaket mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Auch sollen private und öffentliche Investitionen angesprochen und die technologische Modernisierung befördert werden. Der Koalitionsausschuss hat sich dafür auf Eckpunkte verständigt. Erste Teile wie den Familienbonus und die Mehrwertsteuersenkung hat das Kabinett inzwischen bereits verabschiedet.

Mit dem Kindergeld soll ein sog. Kinderbonus von einmalig 300 Euro pro Kind ausbezahlt werden. Der Mehrwertsteuersatz soll vom 1. Juli bis zum 31. Dezember von 19 Prozent auf 16 Prozent und für den ermäßigten Satz von 7 Prozent auf 5 Prozent gesenkt werden. Bei den Stromkosten sollen Bürger und Unternehmen entlastet werden. Dafür ist geplant, die EEG-Umlage zur Förderung von Ökostrom-Anlagen ab 2021 über Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt abzusenken.

Unterstützung für besonders betroffene Branchen

Von der Corona-Krise besonders betroffene Branchen bekommen eine zusätzliche Unterstützung in Milliardenhöhe. Angedacht sind „Überbrückungshilfen“ im Umfang von maximal 25 Milliarden Euro. Die Deutsche Bahn wird ebenfalls mit milliardenschweren Finanzhilfen bedacht. Vom Bund soll weiteres Eigenkapital in Höhe von fünf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Geplant sind außerdem Hilfen von 2,5 Milliarden Euro für den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV).

Eine Kaufprämie für abgasarme Benziner und Dieselaautos fand keinen Eingang in das Paket. Dafür wurden deutlich höhere Prämien für Elektroautos beschlossen. Konkret steigt nun die Förderung für batterieelektrische Fahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge bis zu einem Listenpreis von 40.000 Euro auf 6.000 Euro. Für Autos mit einem höheren Listenpreis wächst die Fördersumme auf

5.000 Euro. Bei Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen liegt sie darunter. Künftig soll es für diese Autos bis zu 4.500 Euro geben.

Investitionen von Kommunen fördern

Städte und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein, um nötige Investitionen in die Zukunft zu leisten und gute Lebensbedingungen vor Ort zu ermöglichen. Dafür werden insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen:

- Bund und Länder übernehmen von den Kommunen für Bezieher von Sozialleistungen künftig dauerhaft bis zu 75 % der Kosten der Unterkunft statt wie bisher bis zu 50 %.
- Die für dieses Jahr zu erwartenden (Fortsetzung auf Seite 4)



„Rassismus ist leider global und kein Land, keine Ideologie und keine Zivilisation ist ganz frei von ihm“, weiß der Bürgermeister. Das Gegengift beschreibt ein Spruch von Martin Luther King: „Es gibt keine größere Kraft als Liebe. Sie überwindet den Hass wie das Licht die Finsternis.“ S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Erfolgreiche bayerische Heimatpolitik	2
Bayerischer Integrationspreis 2020.	2
Pflegende Angehörige brauchen Unterstützung	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Konjunktur und Kommunen dauerhaft stärken!	3
Schreyer: „Wir müssen bauen, bauen, bauen“	3
Vorteile der Kooperation zwischen Stadt und Region	3
IT - Breitband - Digitalisierung.	5 - 11
Wasser - Abwasser	12 - 14
GaLaBau - Kommunalfahrzeuge und -geräte	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	18 - 20

Bayerischer Integrationspreis 2020:

Inspirierende Projekte

Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer und Innenminister Joachim Herrmann haben Corona-bedingt aus der Ferne den Bayerischen Integrationspreis 2020 verliehen. Insgesamt hatten sich 132 Projekte um den mit 6.000 Euro dotierten Integrationspreis beworben.

Heuer stand der Integrationspreis unter dem Motto „Ehrenamt öffnet Türen – Engagement verbindet!“. Er richtete sich an Projekte und Initiativen, die gezielt Migrantinnen und Migranten auf vorbildliche Weise ins Ehrenamt einbinden. In besonderer Weise um die Integration verdient gemacht haben sich der Münchner Verein Hospizbegleiter DaSein e.V., die Interkulturellen Erzählstunden in Landshut sowie die Betreiber eines Minigolfplatzes in Marktheidenfeld.

Begleitung und Versorgung am Lebensende

Mit dem 1. Preis (3.000 Euro) wurden die Hospizbegleiter München ausgezeichnet. Seit fast 30 Jahren widmet sich der Verein Hospizdienst DaSein e.V. der bedarfsgerechten Begleitung und Versorgung am Lebensende. Mit seinem Projekt bietet er speziell für Menschen mit Migrationshintergrund eine sechsmonatige kostenfreie Ausbildung zum ehrenamtlichen Hospizbegleiter. Diese werden dringend benötigt, da sich der Anteil der begleiteten Menschen mit Migrationshintergrund während der vergangenen Jahrzehnte stark erhöht hat.

Schwerkranken, Sterbende und ihre Angehörigen können durch die Initiative auf Basis muttersprachlicher und kultureller Vielfalt im Team besser individuell unterstützt werden. Zudem wird durch das Projekt die „Vorbildfunktion und Netzwerkarbeit“ durch Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund forciert, um neue Ehrenamtliche zu gewinnen.

Über den 2. Preis (2.000 Euro) darf sich die Freiwilligenagentur Landshut mit ihrer Initiative „Interkulturelle Erzählstunden Landshut“ freuen. Bei diesem Projekt stellen Migrantinnen und Migranten in Kindertagesstätten ihr Heimatland vor. Mit Spielen, Liedern, Gedichten in der jeweiligen Landessprache, typischen Kleidungsstücken oder Speisen werden den Kindern die Gepflogenheiten und die Kultur des jeweiligen Landes nähergebracht. Die

Initiative möchte Menschen mit Migrationshintergrund für ein freiwilliges Engagement motivieren, Kinder frühzeitig für andere Kulturen sensibilisieren und das interkulturelle Miteinander fördern.

Aktivitäten unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Mit dem 3. Preis (1.000 Euro) geehrt wurde das Projekt „Minigolf Marktheidenfeld“. 2015 wurde es von der Jugendpflege der Stadt Marktheidenfeld in Kooperation mit der ehemaligen Caritas-Wohngruppe „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ in Altfeld ins Leben gerufen.

Der Minigolfplatz wird von jungen Geflüchteten selbstständig betrieben. Die ehrenamtlich Engagierten kümmern sich dabei neben der Gewährleistung des laufenden Betriebs um die Dienstplanerstellung, das Werbekonzept, die Abrechnung, die Buchführung sowie die Pflege der Anlage. Dabei können die erworbenen Deutschkenntnisse angewandt und vertieft, erste berufliche Erfahrungen gesammelt und der Austausch mit Einheimischen gestärkt werden. **DK**

Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml:

Pflegende Angehörige brauchen gerade in Corona-Zeiten Unterstützung

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt sich für die Entlastung pflegender Angehöriger ein. Huml betont: „Die Corona-Pandemie stellt häuslich Pflegende vor besondere Herausforderungen. Sie fühlen sich zum Beispiel verunsichert, wie sie mit dem Infektionsrisiko umgehen sollen. In Bayern haben wir ein in dieser Form bundesweit einzigartiges Beratungsnetzwerk. Fast in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt gibt es eine Fachstelle für pflegende Angehörige. Wer Rat und Unterstützung braucht, kann sich an diese Fachstellen wenden.“

Bayern fördert die rund 110 Fachstellen für pflegende Angehörige im Land mit 1,6 Millionen Euro jährlich. Die Fachstellen haben die Aufgabe durch Beratung sowie begleitende Unterstützung pflegende Angehörige psychosozial zu entlasten. Sie bieten auch eine telefonische Beratung sowie eine Beratung per E-Mail an. Einzelne Fachstellen für pflegende Angehörige sind dazu übergegangen, pflegende Angehörige proaktiv telefonisch zu kontaktieren, um diese entsprechend aufzufangen und zu unterstützen.

Weitere Anlaufstellen

Die Ministerin ergänzte: „Für die Entlastung pflegender Angehöriger stehen neben den Fachstellen für pflegende Angehörige, auch weitere Anlaufstellen und Unterstützungsmöglichkeiten, wie Pflegestützpunkte, ambulante Pflegedienste und die rund 1.270 Angebote zur Unterstützung im Alltag zur Verfügung.“

Im 2. Bevölkerungsschutzgesetz sind zudem – zunächst befristet bis Ende September – weitere Erleichterungen für pflegende Angehörige und die Pflegebedürftigen vorgesehen. So können etwa Angehörige, wenn pandemiebedingt eine Versorgungslücke bei der Pflege zu Hause entsteht und sie daher der Arbeit fernbleiben müssen, bis zu 20 Tage lang das Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung bezahlt bekommen.

Das Gesetz sieht auch flexiblere Regelungen im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz sowie beim Entlastungsbetrag nach § 45b Elftes Buch Sozialbuch vor. Sofern der Entlastungs-

Heimatminister Füracker zum Heimatbericht 2019:

Erfolgreiche bayerische Heimatpolitik

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land bleiben das Ziel

„Bayerns ländlicher Raum ist stark – das zeigt der ‚Heimatbericht 2019‘. Der Freistaat stärkt seine Kommunen, investiert in Wirtschaft und Wissenschaft, fördert den Breitbandausbau und schafft Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen. Der Erfolg der bayerischen Heimatstrategie liegt auf der Hand“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Veröffentlichung des neuen Heimatberichts.

„Unser ländlicher Raum war noch nie so attraktiv wie heute – er hat Zukunft und bietet Zukunft.“ Nach den aktuellsten Zahlen sind die Einwohner- und Geburtenzahlen im ländlichen Raum Bayerns im Jahr 2018 zum siebten Mal in Folge gestiegen, zum neunten Mal in Folge sind mehr Menschen zu- als weggezogen. Neue Bestwerte auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft sind auch ein Verdienst der engagierten Unternehmen und Menschen vor Ort. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,5 % im Jahresdurchschnitt 2019 herrscht zum dritten Mal in Folge praktisch Vollbeschäftigung.

Aktuell stellt die Corona-Pandemie Freistaat, Unternehmen und Bürger vor enorme Herausforderungen – ihre Folgen werden auch in den nächsten Jahren deutlich spürbar sein. Um die Auswirkungen nach Kräften abzufedern, hat Bayern schnell und unbürokratisch reagiert mit einem umfangreichen Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise. Gerade auch mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie gilt es nach den Worten Fürackers weiterhin, die ausgewogene Entwicklung in ganz Bayern zu unterstützen: „Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land bleibt Daueraufgabe und Kernelement bayerischer Heimatpolitik. Potenziale des ländlichen Raumes werden gezielt unterstützt und entlasten somit auch die Ballungszentren.“

Der Heimatbericht 2019 basiert auf Daten bis Ende 2019 – Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise konnten noch nicht berücksichtigt werden. Der jährliche Heimatbericht ist eine wichtige Grundlage für die bayerische Heimatpolitik. Er ist online abrufbar unter: www.stmfh.bayern.de/heimat **□**

Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml:

Pflegende Angehörige brauchen gerade in Corona-Zeiten Unterstützung

bis 5 waren bereits zusammen mit dem (ersten) Bevölkerungsschutzgesetz vom 27.03.2020 Sonderregelungen zur Vermeidung von pandemiebedingten Versorgungsgaps geschaffen worden (sog. COVID-19 Krankenhausentlastungsgesetz). Ab dem 01.04.2020 ist außerdem der Leistungsbetrag der sozialen Pflegeversicherung für zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel bei häuslicher Pflege (z.B. Einmalhandschuhe, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel) auf 60 Euro pro Monat erhöht worden, zunächst ebenfalls befristet bis 30.09.2020.

Die Ministerin bedankte sich ausdrücklich bei den beruflich in der Pflege Tätigen und insbesondere auch den vielen häuslich Pflegenden, die sich auch in diesen schwierigen Zeiten um ihre Angehörigen gekümmert haben. „Außerdem danke ich den vielen Ehrenamtlichen für ihre Unterstützung älterer und pflegebedürftiger Menschen“, versicherte Huml. **□**

Eine Liste der geförderten Fachstellen und Angebote zur Unterstützung im Alltag kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.stmgp.bayern.de/service/ansprechpartner-und-fachstellen/#Fachstellen-fuer-pflegende-Angehoerige

Eine Million Euro für Stärkung regionaler Lebensmittel

Unternehmen, die in Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel investieren, können staatliche Fördermittel beantragen. Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mitteilt, steht dafür heuer rund eine Million Euro zur Verfügung.

Mit dem Programm „VuVregio“ können Investitionen wie Saftpressen für die Obstverarbeitung, Käseerzeugeräte, Kühlräume, aber auch begleitende Maßnahmen wie Werbeaktionen oder Tage der offenen Tür mit bis zu 20 Prozent der Kosten gefördert werden. Bei Investitionen im Öko-Bereich sind 30 Prozent Zuschuss möglich. „Gerade die letzten Wochen haben deutlich gezeigt, wie wichtig eine starke heimische Lebensmittelversorgung ist. Diesen Rückenwind für unsere regionalen Produkte müssen wir auch über die Corona-Krise hinaus nutzen“, so die Ministerin.

Förderanträge und Informationen: www.stmfh.bayern.de/foerderwegweiser. Anträge müssen bis 14.10.2020 bei der Staatl. Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Marktredwitz eingehen. **□**

Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- Kostenlose Teilnahme
- Dauer ca. 45 Minuten

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner:

5,8 Millionen Euro aus dem Corona-Programm für das Deutsche Jugendherbergswerk

Das Deutsche Jugendherbergswerk Landesverband Bayern e. V. (DJH) hat aus dem Corona-Programm Soziales der Bayerischen Staatsregierung rund 5,8 Millionen Euro zur Sicherung seiner Existenz und die seiner bayerischen Jugendherbergen erhalten.

Bei der Übergabe des symbolischen Schecks in der Jugendherberge München Park erklärte Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Es freut mich sehr, dass die Finanzhilfen in Höhe von 31 Millionen Euro aus dem Corona-Programm Soziales genau dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Damit helfen wir den Jugendhilfeeinrichtungen in Bayern, die für unsere Gesellschaft einen wichtigen sozialen und bildungspolitischen Auftrag erfüllen. Auch die Existenz des DJH sichern wir daraus ab. Die Jugendherbergen bieten jungen Menschen wertvolle Begegnungsmöglichkeiten und verrichten wichtige Bildungsarbeit. Dieser gesellschaftliche Beitrag darf dem Freistaat und den jungen Menschen in dieser herausfordernden Zeit nicht verloren gehen.“

Klaus Umbach, Präsident des Landesverbands Bayern im Deutschen Jugendherbergswerk, bedankte sich entgegennehmend, betonte: „Die Unterstützung hilft uns enorm, den Betrieb unserer Häuser wieder aufzunehmen. Wir hoffen, dass bald Gruppen und vor allem Schulklassen wieder zu uns kommen, um dort Gemeinschaft erleben zu können.“

Das Corona-Programm Soziales sieht eine subsidiäre Entschädigung in Höhe von bis zu 60 Prozent der entfallenden Einnahmen bis Ende Juli 2020 sowie weitere Notmaßnahmen vor. „Damit greifen wir Jugendherbergen, Schullandheimen, Jugendbildungsstätten und Familienferienstätten sowie zahlreichen kleineren Trägern zusätzlich finanziell unter die Arme und unterstützen sie wirksam“, so Trautner.

Seit 30. Mai 2020 sind die Jugendherbergen in Bayern wieder geöffnet und können Gäste empfangen. Hierdurch werden auch wieder Einnahmen generiert. Zur Eindämmung des Infektionsrisikos beachten die Einrichtungen das Hygienekonzept „Beherbergung“.

Informationen und Antragsformulare zum „Programm Soziales“ sind bei der Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) abrufbar unter: www.zbfs.bayern.de/corona-programm-soziales. **□**

Strenge Auswahlkriterien

Zu den Auswahlkriterien gehörten neben der Art und Dauer der Berufstätigkeit in einem Gesundheitsberuf auch das Ergebnis eines fachspezifischen Studieneignungstests (Mediziner-test) sowie die Art und Dauer einer geeigneten freiwilligen oder ehrenamtlichen Tätigkeit.

Das Land- und Amtsarztgesetz (BayLArztG) mit der neuen Quote war am 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Konkret werden bis zu 5,8 Prozent aller Medizin-studienplätze in Bayern für Studierende vorgehalten, die ein besonderes Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum haben und eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterzeichnen. **□**

Großes Interesse

685 junge Menschen bewarben sich fristgerecht um einen Studienplatz. Das Auswahlverfahren wurde federführend durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) betreut.

Dr. Andreas Zapf, Präsident des LGL, erläuterte: „Gerade die Corona-Krise zeigt uns sehr deutlich, wie wichtig eine flächendeckende ärztliche Versorgung ist. Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber entscheiden sich nun endgültig, ob sie diese Verpflichtung eingehen. Andernfalls rücken die nächstplatzierten nach.“ Vor der Zuteilung des Studienplatzes muss ein öffentlich-rechtli-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Gänsdorfer
87776 Sontheim
am 20.6.

Bürgermeister Horst Penzel
95239 Zell i. Fichtelgebirge
am 20.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Werner
97437 Haßfurt
am 29.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Bogner
91230 Happurg
am 23.6.

Bürgermeister Toni Brugger
86672 Thierhaupten
am 29.6.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Gensberger
86673 Bergheim
am 1.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden Geburtenstage. **□**

Kerstin Schreyer, Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr:

„Wir müssen bauen, bauen, bauen!“

Kerstin Schreyer ist als Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr seit Anfang Februar 2020 verantwortlich für das größte Ministerium in Bayern. Wie Covid-19 die Bau- und Verkehrsplanungen beeinflusst hat, welche Herausforderungen sich daraus ergeben und welche Bedeutung Digitalisierung und Wohnungsbau für Kommunen und Freistaat haben, berichtete Schreyer im Münchner PresseClub.

Die Ministerin zog im Gespräch mit Moderatorin Kerstin Tschuck Bilanz und zeigte die Schwerpunkte für die nächsten Wochen und Monate auf. War es am Anfang der Coronakrise der Bereich Gesundheit, gilt aktuell ihr Ministerium als maximal betroffen. „Die Menschen haben Angst, ihren Job zu verlieren und dann die Miete nicht mehr bezahlen zu können. Und wir sind besonders in den Bereichen Bauwirtschaft sowie Verkehr gefordert, weil die Menschen ja trotzdem von A nach B kommen müssen. Da war mir von Anfang an wichtig, eine stabile Grundversorgung sicherzustellen“, sagte Schreyer.

Sicher pendeln

Die Einnahmeverluste durch die Coronakrise – weil die Menschen entweder komplett darauf verzichtet haben oder weniger mit Bus und Bahn gefahren sind – im öffentlichen Personennahverkehr sowie im Schienenpersonennahverkehr liegen bei schätzungsweise knapp 600 Millionen Euro. Die Ministerin machte jedoch deutlich, dass die Verkehrsmittel mit Einführung der Maskenpflicht bedenkenlos genutzt werden könnten. Besonderer Wert werde zudem auf die Einhaltung von Hygiene-Standards gelegt und Busse und Bahnen würden verstärkt gereinigt und desinfiziert. „Wo immer es geht, öffnen die Türen außerdem automatisch, damit die Fahrgäste so wenig wie möglich anfassen müssen“, so die Ministerin. Ausdrücklich lobte sie die Fahrgäste, die sich na-

hezu ausnahmslos an die Maskenpflicht halten würden. Damit leiste jeder Einzelne einen wichtigen Beitrag dazu, dass alle sicher im Nahverkehr unterwegs sein könnten.

Mehr Homeoffice

Mit Blick auf die Arbeitswelt, prophezeite Schreyer, dass der Anteil am Homeoffice, der mit Beginn des Lockdowns erheblich zugenommen habe, auch in Zukunft hoch bleiben werde. „Corona stellt uns alle vor die Herausforderung, dass es neu ist und wir nicht wissen, wie sich die Zukunft entwickeln wird. Wir sind dabei als Politiker sehr darauf angewiesen, welche Empfehlungen uns die Virologen an die Hand geben. Aber ein paar Fakten haben wir schon: Die Arbeitswelt wird sich massiv verändern. Denn die Menschen werden häufiger Videoschalten einrichten, anstatt zu reisen und die Arbeitszeiten werden flexibler sein“, sagte sie. Ein Vorteil: Wenn mehr Menschen von zuhause aus arbeiten, entzerre das auch die Verkehrslage zu Stoßzeiten. Im bundesweiten Vergleich lag beispielsweise München im Ranking um die meisten Staus im vergangenen Jahr auf Platz vier. 131 Stunden standen Autofahrer durchschnittlich im Stau, laut Verkehrsdatenanbieter Tomtom.

Optimale Netzanbindung gefordert

Mehr Homeoffice hat aber nicht nur einen Einfluss auf den Verkehr. Die Veränderung der

Arbeitswelt betreffe auch die Digitalisierung und verstärkte besonders bei den Kommunen den Druck, die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. „Ziel muss sein, dass wir die Arbeitswelt so begleiten, wie sie sich verändert. Da müssen Kommunen, Digital- und Wirtschaftsministerium zusammenarbeiten. Denn wer daheim keine optimale WLAN-Anbindung hat, bekommt im Homeoffice Schwierigkeiten“, sagte Schreyer.

Aber nicht nur die Netzwerkanbindung sei entscheidend. Auch digitale Dienste wie beispielsweise die App „BayernInfo“ des Bauministeriums können bei einer intelligenten Verkehrslenkung helfen. „Mit dieser App können Pendler unsinnige Staus vermeiden. Das funktioniert, indem sie beispielsweise während Stoßzeiten mit ihrem Auto nur bis zur nächsten S-Bahnhaltestelle fahren. Ansätze wie die App-Entwicklung müssen wir auch noch viel stärker für die Verkehrslenkung auf Autobahnen verfolgen“, kündigte Schreyer an.

Kein Stopp in der Baubranche

Im Hinblick auf den Wohnungsbau hob die Ministerin hervor, dass es sich als richtig erwiesen habe, die Arbeiten auf Baustellen im Freistaat nicht zu unterbinden. Die Baubranche habe daher bisher der Coronakrise trotzen können. „Der Bereich Bau muss auch weiterhin funktionieren, denn er garantiert uns, dass wir die Steuereinnahmen haben. Und deswegen gilt: Bauen, bauen, bauen!“, beteuerte Schreyer.

Auch wenn die Kommunen für den Bau verantwortlich seien, müsse der Freistaat Anreize schaffen, Ideen liefern und mit Strukturmaßnahmen unterstützen. „Deshalb hat Bayern mit dem Bauministerium auch bei der ersten Kabinettsbildung ein eigenes Ministerium geschaffen, um zu zeigen, dass das Thema wichtig ist und wir den Baubereich mitanschieben“, erklärte Schreyer.

Kommunen müssen mitziehen

Auch die Kommunen müssten ihren Beitrag leisten, forderte sie. Schreyer zeigte sich sicher, dass private Bauherren und Wirtschaft geplante Bauprojekte erst einmal verschieben werden und so ein gewisser Einbruch der Branche in etwa einem halben Jahr vorprogrammiert ist. „Dabei leisten die Kommunen ihren Beitrag in der Baubranche unterschiedlich. Die meisten sind da sehr gut und wollen wirklich für alle Altersgruppen „Wohnen für die Zukunft“ gestalten und denken auch an die Digitalisierung. Doch einige bleiben unter dem Wert, den wir bräuchten und das ist bitter, denn das wirkt sich auf den Preis aus“, kritisierte Schreyer.

Baubranche sichert Jobs

In diesem Zusammenhang unterstrich die Ministerin die Bedeutung von bezahlbarem Wohnraum für die Bevölkerung: „Gerade in Zeiten von Corona merken wir besonders, wie wichtig es ist, ein Zuhause zu haben, das den Bedürfnissen jedes Einzelnen entspricht. Nur ein Drittel aller Wohnungen in München hat beispielsweise einen Balkon oder einen Garten.“ Vergangenes Jahr seien im Freistaat knapp 60.000 neue Wohnungen fertiggestellt und über 75.000 Baugenehmigungen er-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



die Coronakrise hat die gesamte Welt seit Monaten fest im Griff. In Deutschland und insbesondere in Bayern wurde durch beherztes und konsequentes Eingreifen der Regierenden Schlimmeres verhindert und die Infektionszahlen wieder auf ein niedriges Niveau gesenkt. So sind jetzt nach und nach auch wieder erste Lockerungsmaßnahmen für unsere Gesellschaft möglich und begrüßenswert. Jedoch ging die Krise an unserer Wirtschaft und unseren Kommunen nicht ganz spurlos vorbei.

So rechnet die KPVB mit massiven Gewerbesteuerfällen in der Höhe von 2 Mrd. Euro für die bayerischen Kommunen. Durch die Umrüstung von Rathäusern und kommunalen Einrichtungen sind erhebliche Mehrkosten

Konjunktur und Kommunen dauerhaft stärken

vor Ort entstanden und ebenso kam es zu teils massiven Einnahmerrückgängen bei kommunalen Unternehmen. Zugleich wird die steigende Arbeitslosigkeit dauerhaft zu erhöhten Sozialausgaben führen. Die langfristig angelegten Investitionspläne der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke sind gefährdet.

Das von Bund und Ländern gemeinsam entwickelte Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket will die Folgen der Coronakrise bekämpfen, unseren wirtschaftlichen Wohlstand sichern und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands stärken. Deutschland soll, so heißt es in dem Papier, durch einen Modernisierungsschub und eine entschlossene Beseitigung der entstandenen Defizite auf einen nachhaltigen Wachstumspfad geführt werden. Doch was bedeutet das konkret für die bayerischen Kommunen und Landkreise?

Für die KPVB steht fest: Altschulden, die vor der

Coronakrise entstanden sind, dürfen nicht mit Corona-Hilfen in Verbindung gebracht werden. Wenn sich Kommunen jahrelang über Kassenkredite finanzieren, liegt dies an einer grundsätzlichen Unterfinanzierung durch die anderen Bundesländer. Deshalb begrüßen wir, dass es im Maßnahmenpaket nicht zu einer Kosten-Übernahme von kommunalen Altschulden gekommen ist, sondern zu schnellen finanziellen Hilfen, sinnvollen Investitionsanreizen und einem Ausbau der kommunalen Förderprogramme.

Mit rund 30 Mrd. Euro unterstützt das Rettungspaket direkt oder indirekt unsere Kommunen und Landkreise und kommt damit ebenso unseren Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu Gute. Der „kommunale Solidarpakt 2020“ kompensiert einen Großteil der krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuer. Das Paket unterstützt die Kommunen und Landkreise auch bei der Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs, bei den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger und beim kommunalen Klimaschutz sowie dem „Investitionsplan Sportstätten“ mit einer noch nie dagewesenen Investitionssumme. Weitere Maßnahmen wie die Förderung der Bildung und Unterstützung der Wirtschaft kommen den Kommunen indirekt zu Gute.

Die KPVB unterstützt das Paket in seiner Gänze und wird die Umsetzung der Maßnahmen in den nächsten Wochen und Monaten begleiten sowie die Städte, Gemeinden und Landkreise aktiv bei Krisenbewältigung und Konjunkturförderung unterstützen. Trotz aller Begeisterung für das Milliardenpaket dürfen jetzt Bund und Land nicht zu hohe Schulden auf sich nehmen, die die nachfolgenden Generationen wieder langfristig abbauen müssen. Durch die gemeinsame Zusammenarbeit aller politischen Ebenen können wir gestärkt aus der Krise hervorgehen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund und bleiben Sie der KPVB treu!

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu):

Vorteile der Kooperation zwischen Stadt und Region sollten mehr genutzt werden

Difu-Studie stellt dar, wie ein gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen zwischen Stadt und Region funktionieren kann

Um das für Kommunen wichtige Thema der „interkommunalen Kooperation“ geht es in der neuen Difu-Publikation „Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog“.

Kann eine Gemeinde, die keine gute Verkehrsanbindung hat, von Gewerbeansiedlungen in anderen Gemeinden profitieren und im Gegenzug Ausgleichsflächen, Wohnraum und soziale Infrastrukturen zur Verfügung stellen? Kann ein interkommunaler Fonds einen fairen Lasten-Nutzen-Ausgleich zwischen solchen Kommunen schaffen? Erste Antworten auf Fragen wie diese liefert eine vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitete Studie für die Landeshauptstadt München und die Landkreise Dachau und Ebersberg.

In der kostenfrei zur Verfügung stehenden Online-Veröffentlichung sind die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Lasten-Nutzen-Ausgleich in der interkommunalen Planung“ zusammengefasst. Die Publikation gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Organisation einer interkommunalen Zusammenarbeit unter Anwendung von Lasten-Nutzen-Ausgleichsmechanismen. Die Handlungsfelder, in denen sich im Großraum München aktuell – zusätzlich zu den bereits bewährten Themen interkommunaler Kooperation – ein dringlicher Bedarf für ein regionales Vorgehen abzeichnet, sind in insgesamt acht themenspezifischen Steckbriefen aufbereitet. Mögliche Organisationsformen und Planungsinstrumente werden in weiteren zwölf Steckbriefen erläutert.

Trotz mittlerweile reichhaltig vorhandener Erfahrungen und einer breiten Palette möglicher Instrumente ist Kooperation über Gemeindegrenzen hinweg kein Selbstläufer. Vor Ort wird sie meist als nachrangige Strategie und Zusatzaufgabe wahrgenommen. Projektübergreifende und strategische Kooperation wird oft als schwierig bewertet, da der regionale Nutzen nicht in jeder der beteiligten Kommunen gleichermaßen sichtbar ist und einzelne Kommunen wirtschaftlich-finanzielle Nachteile befürchten. In dem Gemeinschaftsprojekt wurden kompakte Steckbriefe entwickelt, die Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Organisation einer interkommunalen Zusammenarbeit geben. Die Handlungsfelder sind in insgesamt acht themenspezifischen Steckbriefen aufbereitet. Mögliche Organisationsformen und Planungsinstrumente werden in weiteren zwölf Steckbriefen erläutert. □

teilt worden. Das sei die höchste Zahl seit 20 Jahren.

Staatliche Baumaßnahmen sicherten außerdem das Überleben vieler mittelständischer Bauunternehmen und tausende Jobs. Auch im Straßenbau liefen die Baumaßnahmen an Bundes- und Staatsstraßen weitestgehend ohne Einschränkungen weiter. Das gelte auch für die Planung und Ausschreibung neuer Projekte. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Wirtschaft nach Corona möglichst schnell wieder anläuft“, so die Ministerin.

Eigenheim fördern

Als einen weiteren Baustein nannte sie die Eigenheimförderung. Immobilien zu besitzen, sei zudem die beste Vorsorge für das Alter. „Unser Ziel muss es sein, dass sich jeder Mensch egal mit welchem Geldbeutel und egal in welcher Altersklasse das Wohnen in der Stadt leisten kann. Deshalb laufen die Förderprogramme für Wohneigentum weiter.“

Zudem versicherte die Ministerin, „eine große Verfechterin des ländlichen Raumes“ zu sein. „Es kann nicht sein, dass Menschen in die Stadt ziehen müssen, weil sie das Angebot auf dem Land nicht haben. Arbeitsplätze sind da gar nicht das Problem, sondern eher das kulturelle Angebot und die Verkehrsanbindung – was wiederum mein Ministerium betrifft“, sagte Schreyer. Viele Kommunen seien im Bereich der Wohngestaltung für die Zukunft vorbildlich. „Wenn ich mir den Ballungsraum München anschau, kann ich viele Kommunen außerhalb der Stadt aufzählen, die wirklich bauen, bauen, bauen“, lobte sie.

Alterswohnsitz auf dem Land

Abschließend die Ministerin den Wunsch, dass die Wertschätzung in der Bevölkerung für systemrelevante Berufe auch nach der Krise weiterhin hoch bleibe. „Ohne die LKW-Fahrer, die täglich gefahren sind, hätten wir keine Lebensmittel in den Regalen gehabt“, nannte sie ein Beispiel. Die Bereiche Bau und Verkehr müssten zudem in der Zukunft

Aus dem Kabinett:

Befristete Neueinstellungen für Contact Tracing Teams

Attraktivität des Öffentlichen Gesundheitsdienstes langfristig steigern
Das Personal des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) wurde im Zuge der Corona-Pandemie kurzfristig um ca. 4.000 Mitarbeiter, insbesondere aus den anderen Ressorts, auf insgesamt 5.150 Mitarbeiter verstärkt. Durch diesen massiven Personaleinsatz ist es gelungen, auf das sich epidemisch ausbreitende Infektionsgeschehen flexibel zu reagieren. Zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des ÖGD gilt es, diese Personalverstärkung beizubehalten.

Die Gesundheitsämter (Stammpersonal) und das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit werden bis 30.09.2020 durch Personal anderer Ressorts im bisherigen Umfang unterstützt. Das bayerische Gesundheitsministerium wird von anderen Staatsministerien im bisherigen Umfang bis 31.07.2020 unterstützt. Über eine weitere Verlängerung bis zum 30.09.2020 ist Anfang Juli 2020 im Lichte des aktuellen Infektionsgeschehens und der Aufgabenlast zu entscheiden.

Unterstützungskräfte, die an ihre Stammbehörden zurückkehren, werden durch bis 31.12.2021 befristete Neueinstellungen ersetzt. Bei jedem Landratsamt werden je nach Einwohnerzahl des Landkreises im Durchschnitt ein bis drei so genannte Contact Tracing Teams

(CTT) für die schnelle Nachverfolgung von Infektionsketten durch befristete Neueinstellungen von mindestens 700 Mitarbeitern gebildet. Die Mittel hierfür werden aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie zur Verfügung gestellt.

Für die Bildung von CTT benennen ferner alle Ressorts Personal im Umfang von 2.550 Mitarbeitern, das bei Bedarf von den Gesundheitsämtern für die Eindämmung eines Infektionsgeschehens unmittelbar abgerufen werden kann. Die Deckung des Personalbedarfs der CTT wird von den Ressorts in der Fläche sichergestellt.

Die Bayerische Staatsregierung will die Attraktivität des Öffentlichen Gesundheitsdienstes steigern. Das Gesundheitsministerium wurde beauftragt, hierfür ein Konzept vorzulegen. □

Zeit der Weichenstellung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Staatsregierung beschlossen, die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs 2020 auf ein erneutes Rekordniveau zu erhöhen. „Mit rund 10,29 Milliarden Euro knacken wir erstmals die zehn Milliarden Euro-Schwelle und haben ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 316 Millionen“, stellte der Kommunalminister fest. Erfreulich sei, dass die kommunalen Steuereinnahmen im Freistaat 2019 – ausgehend von einem Rekordniveau in 2018 – nochmals um 2,4 Prozent auf rund 20,5 Milliarden Euro gestiegen sind.

Klar positionierte sich Herrmann zum Gesetzentwurf des Bundes für eine Reform der Notfallversorgung: „Für den in meinen Zuständigkeitsbereich fallenden Rettungsdienst betone ich: Für die Rettungsdienste sind die Länder und nicht der Bund zuständig! Und dieser im Grundgesetz verankerten Zuständigkeit wird der Gesetzentwurf des Bundes nicht gerecht.“

Bayerische Rettungsstrukturen erhalten

Der Minister kritisierte scharf, dass der Gemeinsame Bundesausschuss bezogen auf den Rettungsdienst künftig weitreichende Befugnisse erhalten soll. „Ich werde mich im weiteren Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, dass die in Bayern vorhandenen und bewährten Rettungsstrukturen auf jeden Fall erhalten bleiben“, unterstrich Herrmann. Die Struktur der bayerischen leistungsstarken Krankenhäuser, insbesondere auch der kommunalen, habe sich in der Corona-

Der Austausch ...

(Fortsetzung von Seite 1) same Auspacken eines Überraschungspakets mit Konferenzunterlagen und Pausensnacks, welches die Teilnehmer im Vorfeld nach Hause oder ins Büro geschickt bekommen hatten, durch mehrere Speed-Dating-Runden, Live Musik in den Pausen oder ein gemeinsames Bier zum Abschluss der Konferenz. Das Versprechen analoge und digitale Aspekte zu einer neuen Form der Digitalkonferenz zu verknüpfen konnte so überzeugend eingelöst werden. „Danke für die anregenden Diskussionen und Impulse. Ich freue mich auf das nächste Mal.“ war dann auch das Fazit von Tim Schultze, Bürgermeister in Wettelrode (Sachsen-Anhalt). Dominik Brasch, Bürgermeister im Hessischen Bad Soden-Salmünster merkte dazu an: „Ich hatte mich sehr auf unser persönliches Treffen und Wiedersehen in Berlin gefreut, doch wer, wenn nicht das ‚Netzwerk Junger BürgermeisterInnen‘ schafft es, eine adäquate digitale und junge Ersatzveranstaltung auf die Beine zu stellen?!“

Über das Netzwerk

Im September 2019 hat sich das ‚Netzwerk Junge Bürgermeister*innen‘ als eigenständiges Netzwerk unter dem Dach des InnovatorsClub, der kommunalen Ideenschmiede des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gegründet. Unter „Junge Bürgermeister*innen“ sollen sich jene verstehen, die bei ihrer vergangenen Wahl noch keine 40 Jahre alt waren. In Deutschland sind dies zurzeit über 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aller demokratischen politischen Gruppierungen. Alle gemeinsam verbindet oft eine andere, junge Sicht auf kommunale Themen. □

na-Krise einmal mehr bewährt.

Nach seiner Wiederwahl wies Landkreistagspräsident Bernreiter darauf hin, dass sich die bayerischen Landkreise als Folge der Corona-Krise heuer auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe einstellen. Allein bei den Gewerbesteuererträgen gehe es voraussichtlich um Einbrüche von rund 20 bis 25 Prozent. Zudem rechnet das Finanzministerium mit Steuerausfällen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro, die sich 2021 bei den Leistungen aus dem Finanzausgleich auch in den Kommunen bemerkbar machen werden. Damit fehlten den Kommunen voraussichtlich rund 700 Millionen Euro.

Vorschläge der Landkreise zum Bürokratieabbau

Laut Bernreiter wird in Zukunft die Kernfrage sein, „was man sich alles leisten will und was man sich alles leisten kann“. Bereits in wirtschaftlich guten Jahren seien regelmäßig neue Rekordwerte bei den Sozialausgaben verzeichnet worden. So seien etwa die Kosten für Kinder- und Jugendhilfe von 300 Millionen Euro im Jahr 1990 auf aktuell zwei Milliarden Euro gestiegen. Vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit sehr hohe Standards etabliert wurden, etwa mit dem Angehörigengeldgesetz, stelle sich

Milliardenhilfen für Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tenden Ausfälle bei der Gewerbesteuer von rund 12 Milliarden Euro werden je zur Hälfte von Bund und Ländern übernommen.

- Bei der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs der Kommunen unterstützt der Bund die Länder bei der Finanzierung. Dazu erhöht er in diesem Jahr einmalig die Regionalisierungsmittel um 2,5 Milliarden Euro.
- Für Kosten aus den Zusatzversorgungssystemen der DDR stockt der Bund seinen Anteil von derzeit 40 % ab dem 1.1.2021 auf 50 % auf.
- Die nationale Klimaschutzinitiative sieht Förderprogramme in einer Größenordnung von jährlich 300 Mio. Euro vor, die auch durch einen kommunalen Eigenanteil mitfinanziert werden.
- Für die Jahre 2020 und 2021 werden zusätzliche 150 Millionen Euro für Sportstätten zur Verfügung gestellt. Dazu wird der „Investitionsplan Sportstätten“ von 110 Millionen Euro auf 260 Millionen Euro aufgestockt.

Damit kommunale Unternehmen den bereits um die Möglichkeit der Betriebsmittelfinanzierung ergänzten KfW-Förderkredit „IKU – Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ noch besser nutzen können, wird die bisherige Deckelung der jeweiligen Kreditsumme von 50 Millionen Euro aufgehoben.

Damit kommunale Unternehmen den bereits um die Möglichkeit der Betriebsmittelfinanzierung ergänzten KfW-Förderkredit „IKU – Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ noch besser nutzen können, wird die bisherige Deckelung der jeweiligen Kreditsumme von 50 Millionen Euro aufgehoben.

Söder setzt auf Anspringen der Konjunktur

Durch das Konjunkturpaket wird Deutschland nach Ansicht von CSU-Chef Markus Söder nicht dauerhaft überschuldet. Es sei eine große Summe vereinbart worden, die aber wegen der Rücklage des Bundes vertretbar sei, erklärte der bayerische Ministerpräsident. Viele der beschlossenen Maßnahmen seien befristet, „wir setzen auf das Anspringen der Konjunktur“. Gerade für ein exportorientiertes Land wie Deutschland sei es jetzt entscheidend, dass die Binnenfrage gesteigert werde.

Der Vorsitzende des Bayeri-

die Frage, „wo auch jeder Einzelne selbst wieder mehr tun muss“, bemerkte der Präsident. Schließlich seien zugleich steigende Ausgaben zu erwarten. Mehr Menschen werden Anspruch auf Hartz IV haben. Die Landkreise hätten vor der Krise knapp 100 Vorschläge unterbreitet, wie Bürokratie abgebaut und dadurch Einsparungen vorgenommen werden könnten.

Wirtschaft entscheidend für kommunale Steuereinnahmen

Bernreiter rief alle Verantwortlichen dazu auf, sich der Wirklichkeit zu stellen und die kommunale Handlungsweise danach auszurichten. Der Slogan „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts!“, gelte heute mehr denn je. Für den Verbandschef ist die bayerische Wirtschaft der Dreh- und Angelpunkt der kommunalen Steuereinnahmen und damit kommunaler Investitionen.

Wichtiger denn je seien der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden. Auch gelte es, eine weitere Landflucht zu verhindern, die Infrastruktur auszubauen und die Digitalisierung – gerade auch in der Verwaltung – voranzutreiben. Immer noch seien 70 Prozent der Verwaltungsverfahren schriftlich und mit persönlichem Erscheinen verknüpft.

schen Städtetags, Altoberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, begrüßt das beschlossene Konjunkturpaket des Bundes: „In dem Konjunkturpaket sind neben den Bürgern und der Wirtschaft auch die Kommunen und ihre Verkehrsunternehmen deutlich berücksichtigt. Insbesondere die erhöhte Übernahme der von den Städten und Landkreisen zu zahlenden Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger durch den Bund und die Kompensation der krisenbedingten Gewerbesteuererfälle bedeuten spürbare Hilfen für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Es kommt jetzt darauf an, dass der Freistaat die vom Bund bereitgestellten Mittel für die Kompensation der Gewerbesteuererfälle mit Landesmitteln ausreichend ergänzt und dass schnell ein einfacher und an den Steuerausfällen orientierter Verteilungsmaßstab geregelt wird. Damit kann die wegbrechende Investitionskraft der Städte und Gemeinden entscheidend gestützt werden.“

Positive Resonanz aus den kommunalen Spitzenverbänden

Der Städtetag begrüßt außerdem die angekündigten Maßnahmen zur Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Krankenhäuser. Gribl: „Das Paket der Bundesregierung stärkt Bürger, Wirtschaft und Kommunen. Der Umfang von 130 Milliarden Euro ist der historischen Herausforderung angemessen.“

Der Bayerische Gemeindegtag sieht in dem beschlossenen Paket ein deutliches Zeichen für den Willen der Bundesregierung, Deutschland schnell aus der gegenwärtigen Krise zu führen und spricht von einem „gelungenen Kompromiss des Koalitionsausschusses“. Dass der Bund sich verpflichtet, zusammen mit den Ländern den hälftigen Gewerbesteuererfall der Gemeinden und Städte zu übernehmen, findet größte Zustimmung. Der Kommunalverband appel-

Was den flächendeckenden Erhalt der medizinischen Grund- und Regelversorgung angeht, scheint sich die Stimmung derzeit zu Gunsten der Kreiskrankenhäuser zu drehen. Der jahrelange Ruf aus Berlin nach lediglich 50 Häusern für Bayern (aktuell 372) ist vorerst verstummt. Auch die ursprünglich geplante Reform der Notfallversorgung mit empfindlichen Eingriffen in die Entscheidungsstrukturen vor Ort sowie die Pflegepersonaluntergrenzen, die teilweise zu abgemeldeten Stationen und aus dem Urlaub zurückgerufenen Pflegekräften geführt haben, scheinen noch einmal auf den Prüfstand zu kommen. Auf diese Weise könnte Corona zur Blaupause für die Flächenversorgung und die Bettenkapazitäten werden. Bernreiter glaubt dies allerdings erst, „wenn es im Gesetzblatt steht“.

Für die Zukunft gut gerüstet

Trotz Corona-Krise fühlen sich Bayerns Landräte für die Zukunft gut gerüstet. Neben der Mitwirkung an einem stabilen Verlauf der Pandemie fokussieren sie ihre Kräfte deswegen vor allem auf Megathemen, wie das Ankerbela der Wirtschaft unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte und die Weiterentwicklung dessen, was sie unter dem Stichwort „Heimat 2030“ bereits in der zurückliegenden Kommunalwahlperiode angestoßen und aufgebaut haben. **DK**

Umweltminister Thorsten Glauber:

Klimaschutz bleibt Megathema

Klimaschutzgesetz in erster Lesung im Landtag

Der Landtag hat sich in erster Lesung mit dem neuen Bayerischen Klimaschutzgesetz befasst. Begleitet wird das Gesetz von einem umfassenden 10-Punkte-Plan zum Klimaschutz.

Er enthält rund 100 konkrete Maßnahmen – vom Moorschutz bis zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu im Landtag: „Wir wollen Klimasicherheit für Bayern. Das Klimaschutzgesetz ist unser Fahrplan für einen erfolgreichen Einsatz gegen CO₂-Emissionen. Bayern soll bis spätestens 2050 klimaneutral werden. Der Klimawandel ist nicht verhandelbar. Wir müssen klug und eng verzahnt mit Bund und EU mit dieser globalen Herausforderung umgehen. Unser Ziel ist es, Ökonomie und Ökologie zu vereinen. Wenn wir das Schwungrad der Wirtschaft wieder anwerfen, brauchen wir Investitionen in Nachhaltigkeit und eine erneuerbare Zukunft. Mit einer Klima-Milliarde bis zum Ende der Legislaturperiode setzt der Freistaat ein starkes Signal.“ Das Gesetz wird nun an die Ausschüsse verwiesen.

Neben klaren Klimazielen sieht das Klimaschutzgesetz als wesentliche Neuerung eine Kompensation verbleibender Treibhausgasemissionen staatlicher Behörden durch eine eigene Kompensationsplattform in Bayern vor. Im Bildungsbereich ist vorgesehen, dass staatliche Erziehungs- und Bildungsträger das Thema Klima bereits frühzeitig behandeln. Um die Gesellschaft mitzunehmen und für Klimaschutz zu motivieren, wird außerdem ein neuer Klimaschutzpreis ausgelobt. Mit dem neuen Gesetz soll der Gedanke des Klimaschutzes auch in weiteren einschlägigen Fachgesetzen verankert werden, etwa dem Abfallwirtschaftsgesetz.

Bayern ist auf Grund seiner geografischen Lage bereits heute vom Klimawandel spürbar betroffen. Die mittlere Jahrestemperatur im bayerischen Alpenraum hat sich über die letzten 100 Jahre doppelt so stark erhöht wie im globalen Durchschnitt. Die Folgen des Klimawandels wie etwa Trockenheit oder Starkregen sind bereits heute auch in Bayern Fakt. Bis Ende des Jahrhunderts droht ein Temperaturanstieg in Bayern um bis zu 3,6 Grad.

Weitere Informationen: www.stmu.bayern.de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz/index.htm. □

sident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, auf das vorgelegte Konjunkturpaket reagiert. Es biete die große Chance, die Wirtschaft anzukurbeln „und wird uns dabei unterstützen, unsere immensen kommunalen Herausforderungen in Angriff zu nehmen und unsere Aufgaben weiter erfüllen zu können“.

Verlässliche Auffanglösung für Gewerbesteuererfälle

Der kommunale Solidarpakt 2020 sei eine gute Antwort auf die Forderung der bayerischen Landrätinnen und Landräte nach einer verlässlichen Auffanglösung für Gewerbesteuererfälle. Bernreiter zufolge „können wir mit den beschlossenen Geldern der bayerischen Wirtschaft unter die Arme greifen, weil wir zum Beispiel weiter in Schulbauten, Straßeninstandsetzungen, aber auch die Digitalisierung investieren können. Zudem werden insbesondere die Mehrwertsteuersenkung und die Sonderabschreibungs-möglichkeit für bewegliche Anlagegüter die große Chance bieten, die Konjunktur wieder anzukurbeln.“

Zur Bayerischen Landkreistag sei froh darüber, dass der Bund den kommunalen Rettungsschirm nicht an das sog. Altschuldenproblem gekoppelt hat, sondern jetzt bundesweit allen Landkreisen Mittel für Zukunftsaufgaben zur Verfügung stellt. Jetzt gehe es darum, die Hilfen bei den Gewerbesteuererfällen umlagefähig zu gestalten. Bernreiter: „Auch unsere Forderung nach einer Hilfe bei den zu erwartenden Mehrkosten bei Hartz IV wurde mit einer Erhöhung der Bundesbeteiligung von 50 auf 75 % an den Kosten der Unterkunft berücksichtigt. Das ist eine echte Stärkung und wir danken unserem Ministerpräsidenten sowie allen bayerischen Verantwortungsträgern, die sich so für uns in Berlin eingesetzt haben.“

Begrüßt wird insbesondere auch die angekündigte massive Beschleunigung des 5G-Ausbaus, eine langjährige Forderung des Bayerischen Landkreistags. Bis 2025 soll ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz

Deutschland aufgebaut werden. Dafür ist geplant, die neue Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes mit 5 Mrd. Euro auszurüsten. Sobald die Mobilfunkbetreiber in Kürze definiert haben, in welchen Bereichen sie ihre Ausbaupflichtungen erfüllen, wird in den verbleibenden weißen Flecken der Ausbau durch diese Mittel ermöglicht.

Im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs, einer zentralen Herausforderung in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum gleichermaßen, ist aus Bernreiters Sicht positiv, dass sich der Bund mit 2,5 Mrd. Euro beteiligt, wie von den Verkehrsmittelnern gefordert. Gleichwohl beziehe sich das Konjunkturpaket auf zwei Jahre und dürfe daher nicht einmal die Hälfte der erwarteten Mindereinnahmen und Mehrausgaben abdecken. Nach Einschätzung der Verkehrsministerkonferenz liege der Ausgleichsbedarf allein bis Ende 2020 bundesweit bei mindestens 5 Mrd. Euro. Daher sei auch der Freistaat gefordert, ähnlich wie Baden-Württemberg, sich an dem Rettungsschirm zu beteiligen. Zudem sei ein Notifizierungsverfahren bei der EU notwendig. Wenn dieses nicht rasch durchgeführt werde bzw. keine Überbrückungsmöglichkeiten geschaffen würden, könnte der Rettungsschirm gerade für viele kleinere Unternehmen im ländlichen Raum zu spät kommen. Daher laute die Prämisse: Schnelligkeit statt Perfektion.

Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Wie Bernreiter abschließend betonte, sei auch die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ein wichtiges Zeichen. Mit dem „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ würden die Strukturen des ÖGD langfristig verbessert. „Die Unterstützung des Bundes bei Förderprogrammen begrüßen wir sehr, da sie unseren kommunalen Investitionen zu Gute kommen werden. Wir gehen davon aus, dass dies auch im Krankenhausbereich so sein wird und ein Bekenntnis zur dezentralen Krankenhausstruktur noch erfolgen wird.“ **DK**

Mehrwertsteuersenkung:

Was kommt auf die Kommunen zu?

Mit rund 20 Mrd. Euro soll die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer die Verbraucher im Rahmen des Konjunkturpaketes entlasten. Für die Wirtschaft, aber auch für die Kommunen stellt die Umsetzung einen nicht zu unterschätzenden Aufwand dar. Die AKDB wird ihre Kunden durch Informationen und gezielte Hilfestellungen bei den notwendigen Umsetzungstätigkeiten unterstützen.

Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat mit der Verlautbarung vom 3. Juni 2020 beschlossen, den Mehrwertsteuersatz vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent und den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent auf 5 Prozent zu senken. Diese Änderungen bei den Umsatzsteuersätzen sind in zweifacher Hinsicht einmalig: Zum ersten Mal seit Einführung des geltenden Umsatzsteuersystems im Jahr 1968 wird der Umsatzsteuersatz gesenkt. Einmalig ist auch, dass die Änderung des Steuersatzes nur für einen begrenzten Zeitraum Anwendung finden soll.

Hoher Umsetzungsaufwand

Während Verbraucher und Ökonomen die Senkung der Mehrwertsteuer überwiegend begrüßen, weisen Teile der Wirtschaft auf den hohen Umsetzungsaufwand hin. Dieser fiel zuletzt 2007 bei der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19 Prozent an. Auch Kommunen sind von der notwendigen Umsetzung der Steueränderung betroffen. Herausfordernd ist insbesondere die knappe, noch zur Verfügung stehende Zeit und die noch nicht vorliegenden entsprechenden gesetzlichen Grundlagen.

Zum aktuellen Zeitpunkt stehen auch detailliertere Ausführungsbestimmungen vom Bundesfinanzministerium bzw. den kommunalen Spitzenverbänden aus, die spezifizieren, wie die Umsetzung in den jeweiligen Fachbereichen erfolgen soll. Unabhängig davon unterstützt die AKDB die Anwender ihrer Verfahren umfas-

send mit Hilfestellungen und Anleitungen. Im Wesentlichen betrifft dies:

- OK.FIS Doppik / Kameral
- OK.FIS Veranlagung
- OK.CASH (nur soweit Gebühren mit Mehrwertsteuerbezug abgerechnet werden)
- Reisekosten
- AutiSta
- Versorgungsunternehmen
- TERA-Verfahren

Seit dem 9. Juni 2020 stehen im AKDB-Kundenportal Erstinformationen zu den jeweiligen Verfahren bereit, bei denen ein grundsätzlicher Anpassungsbedarf durch die Anwender besteht. Weitere aktualisierte Informationen werden dort laufend zu den jeweiligen Verfahren bereitgestellt. Hierzu zählen Video-Anleitungen, Checklisten und Anleitungen, wie die erforderlichen Steuersätze bzw. Stammdaten im Verfahren selbst geändert werden können.

Ebenso weist die AKDB auf mögliche Sonderkonstellationen hin, die zusätzliche Arbeiten notwendig werden lassen können. Selbstverständlich haben Kunden jederzeit die Möglichkeit, bestimmte Arbeiten als Dienstleistung durch die AKDB durchführen zu lassen. Mit Webinaren wird die AKDB bei der Beantwortung spezifischer Fragen unterstützen.

Auch die Rechnungsschreibung der AKDB ist durch die Senkung der Mehrwertsteuer betroffen. Die Rechnungsstellung der AKDB für steuerpflichtige Dauerleistungen (z. B. Pflege und Kundenberatung) wird um wenige Wochen verschoben und voraussichtlich im Juli 2020 erfolgen. □

22 Landkreise wollen Smarte LandRegionen werden

Der Deutsche Landkreistag unterstützt Smarte LandRegionen. Dieses Modellprojekt dient der Förderung und Erprobung innovativer Ansätze neuer und übertragbarer digitaler Lösungen in ländlichen Räumen.

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke dazu: „Das aktuelle Corona-Geschehen führt allen vor Augen, dass digitale Dienste beispielsweise bei der Gesundheitsversorgung oder bei der Bildung dringend flächendeckend vorhanden sein müssen. Die Landkreise wollen Innovationstreiber sein, wenn es darum geht, neue digitale Angebote und Instrumente zu entwickeln und zu erproben. Daher kooperieren wir sehr gern mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und freuen uns auf eine gute und gewinnbringende Zusammenarbeit. Den 22 Landkreisen, die die erste Hürde genommen haben und in jedem Fall auch unmittelbar profitieren werden, drücken wir die Daumen.“

Henneke ist davon überzeugt, dass vom Projekt ein kraftvoller Impuls ausgehen kann. „Digitale Technologien lassen sich für die Landkreise in vielfältiger Weise nutzbar machen. Im Bereich der Daseinsvorsorge können Digitalisierung die Behörden agiler und Apps das Leben der Menschen leichter machen. Digitale Dienste sind ein wesentlicher Baustein für gleichwertige Lebensverhältnisse und zur kraftvollen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in allen Landesteilen.“ Für die Landkreise könnten digitale Angebote im Bereich der medizinischen Versorgung, der Pfl-

ge, Bildung oder Mobilität Entfernungen überwinden und demografisch bedingte Probleme lösen helfen. Die eingegangenen Bewerbungen aus allen Flächenländern, die zudem in der Mehrzahl aus sehr ländlich geprägten Landkreisen stammen, belegten, dass sich die ländlichen Räume auf den Weg gemacht hätten.

Für das Modellprojekt stehen insgesamt 25 Mio. Euro zur Verfügung. In den kommenden vier Jahren werden die Landkreise bei der Umsetzung ihrer digitalen Strategie vom Fraunhofer-Institut für Experimentelle Software Entwicklung (IESE) und dem Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung (KomLE) bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bei der Realisierung ihrer Projektideen unterstützt.

Am Ende eines mehrstufigen Wettbewerbs wird voraussichtlich im Spätsommer dieses Jahres eine unabhängige Jury sieben Modelllandkreise auswählen, die dann aktiv die digitalen Dienste gestalten. Weitere 15 Landkreise werden in diesen Prozess begleitend einbezogen.

Die Bewerbungsphase startete im Dezember 2019. 68 Landkreise hatten sich beworben, 22 von ihnen haben sich nun in der ersten Runde qualifiziert. Aus Bayern sind dies Bad Kissingen, Neustadt an der Waldnaab und Wunsiedel im Fichtelgebirge. □

AKDB-Seminarprogramm für das zweite Halbjahr 2020:

Vielseitig und zielgruppenorientiert

Das neue Seminarprogramm der AKDB für das zweite Halbjahr 2020 ist erschienen. Es bietet durch einen Mix aus Online- und Präsenz-Formaten ein umfassendes und abwechslungsreiches IT-Fortbildungsangebot für nahezu alle Aufgabenbereiche der Kommunalverwaltung.

Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gerade in außergewöhnlichen Situationen wie derzeit für eine effiziente und kundenfreundliche Verwaltung unverzichtbar. Die Anwenderinnen und Anwender kommunaler Software müssen sowohl fachlich als auch in Bezug auf ihre Software auf dem aktuellen Stand sein, um die derzeitigen Herausforderungen bewältigen zu können.

Präsenzveranstaltungen – Webinare – Onlineschulungen

Seit 11. Mai finden wieder Präsenzschnulungen in allen Fachbereichen an allen AKDB-Schulungsstandorten statt. Dabei werden im Rahmen eines umfassenden Hygienekonzeptes alle gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Teilnehmern und Referenten eingehalten.

Neben den Präsenzveranstaltungen stellt die AKDB ein breites Angebot an Webinaren und Onlineschulungen bereit. Dieses Angebot hat bereits während der Schulungspause an den Schulungsstandorten die Vermittlung wichtiger Schulungsinhalte sichergestellt. Es bietet darüber hinaus auch jetzt, wo viele Menschen im Homeoffice sind oder Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln vermeiden möchten, die ideale Möglichkeit, sich digital weiterzubilden. Das Angebot an Webinaren und Onlineschulungen wird kontinuierlich in den verschiedenen Fachbereichen ausgebaut.

Tagesaktuelle Information

Die Webseite der AKDB informiert im Bereich Fortbildung unter www.akdb.de/fortbildung/seminare tagesaktuell über das Seminarangebot und unter www.akdb.de/fortbildung/webinare entsprechend über anstehende Webinare und Onlineschulungen. Interessierte können sich ganz einfach und bequem über die AKDB-Webseite anmelden. Neben der Online-Anmeldemöglichkeit steht hier auch der Seminarkatalog als pdf-Datei zur Verfügung. Die Print-Version des Seminarkatalogs wurde bereits an die Kunden versandt. □

Konzept für Microservices-Architektur

Eine erfolgreiche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) setzt funktionierende Online-Verwaltungsleistungen auf allen föderalen Ebenen voraus. Um diese erfolgreich zu bewältigen, muss der Grad der Nachnutzung deutlich angehoben werden. Die kommunalen Spitzenverbände haben daher ein erstes Konzept zu Nachnutzung und Betrieb von Online-Verwaltungsleistungen erarbeitet.

Die Kommunen, Haupt-Anbieter potenzieller Online-Verwaltungsleistungen, benötigen nachnutzbare elektronische Dienste, idealerweise in Form von Microservices. Ergänzend zu den FIM-Interoperabilitätsstandards XProzess, XZufi und XDatenfelder sollen einzelne, in sich geschlossene Verfahrenslinien als Microservices entwickelt und so im Zusammenspiel mit Komponenten wie Bürgerkonto, E-Payment und E-Akte lauffähige Prozesse ermöglichen. Die Kommunalverbände fordern daher den Weiterbetrieb der Digitalisierungslabore des IT-Planungsrates und die Entwicklung nachnutzbarer Microservices in diesen Laboren.

Um eine bundesweite Nachnutzung dieser Microservices zu gewährleisten, ist aus ihrer Sicht die Einrichtung eines bundesweiten „Code Repository“ unerlässlich. Dieser Speicher müsse den Bestand der in den Digitalisierungslaboren zu entwickelnden Microservices abbilden und es Ländern und Kommunen ermöglichen, einzelne Services zu prüfen und gegebenenfalls zu nutzen. Darüber hinaus komme eine Öffnung dieses Repository für weitere, außerhalb der Labore in Ländern und Kommunen entwickelte Applikationen in Betracht. Auf diese Weise könne eine bundesweite, qualifizierte Online-Services entstehen und die Umsetzung des OZG wesentlich

beschleunigt werden. Daher wird die Einrichtung einer bundesweiten föderierten Microservices-Architektur für Bund, Länder und Kommunen gefordert.

Je nach Größe und Verwaltungskraft kämen die Kommunen sowohl als Mitnutzer dieser Architektur als auch als Anbieter eigener Services in Betracht. Viele Kommunen seien selbst oder mittels kommunaler IT-Dienstleister in der Lage, Containersysteme mit einer entsprechenden Server-Architektur einzusetzen. Die hierfür erforderliche Einrichtung von z.B. Docker-Plattformen sei in einigen Kommunen erfolgt und zudem technisch-organisatorisch leistbar.

Entsprechende Architekturüberlegungen auf Bundesebene müssten die kommunale Ebene von Anfang an mit einbeziehen, betonten die Kommunalverbände. Der IT-Planungsrat und seine Arbeitsstruktur, beispielsweise FITKO, sollten die Kommunen bei der Einrichtung und Nutzung der Container-Architektur mit einer entsprechenden verbindlichen Standardisierungsagenda für eine bundesweite Microservice-Architektur unterstützen. Ebenso sollten eine Macro-Architektur durch den IT-Planungsrat konzipiert sowie Standards für Monitoring, Logging und Operationsdatenbanken als Leitlinie für ebenenübergreifend vernetzte Systeme entwickelt werden. DK



»Also, ich sehe eine neue Zeit der Gelassenheit«

Und was sehen Sie? Kommunen, Bürger und Unternehmen, die Online-Dienste der eGovSuite nutzen, entdecken ein ganz neues Zeitgefühl.

z.B. AKDB eGovSuite und Bürgerservice-Portal

Bei Behördengängen Urlaub nehmen, Schlange stehen oder hektisch auf die Tube drücken? Nie mehr! Auf's Amt kann man auch ganz entschleunigt zu jeder Tages- und Nachtzeit. Mit der AKDB eGovSuite und ihren über 120 OZG-konformen Online-Diensten. Das sorgt für entspannte Bürger und zufriedene Unternehmer. Und entlastet neben Ihren Verwaltungs-Mitarbeitern auch noch das Klima.

Möglichkeiten überall

AKDB

Vom Zuschussgeschäft zum Erfolgsmodell:

Perspektiven zur Weiterentwicklung kommunaler Glasfasernetze

Von Rechtsanwalt Dr. Henrik Bremer* | WIRTSCHAFTSRAT · Recht

Der Breitbandausbau durch Kommunen und Kreise kommt voran. Diesen Eindruck gewinnen wir in den von uns betreuten Vergabeverfahren deutschlandweit stärker denn je. Wo Ausbaumaßnahmen der Privatwirtschaft ausblieben, fruchten inzwischen vielerorts die oft von Bund und Land geförderten kommunalen Eigeninitiativen: Etliche Gemeinden und Landkreise engagieren sich mittlerweile beim Ausbau der Glasfasernetze – teils als bloße Zuwendungsgeber, teils als Eigentümer und Verpächter passiver Netzinfrastruktur.

Zahlreiche Kommunen und Trägerorganisationen mit städtischer Beteiligung halten dadurch erstmals Eigentum an Telekommunikationsnetzen – vor allem infolge des geförderten Ausbaus in den bisher besonders unterversorgten weißen Flecken. Die Errichtung zukunftsfähiger digitaler Infrastruktur steht damit jedoch erst am Anfang: Noch mangelt es vielen kommunalen Glasfasernetzen an einer auskömmlichen aktiven Versorgungsquote von 75 bis 90 % der hergestellten Teilnehmeranschlüsse. In den weit größeren grauen Flecken fehlt es häufig sogar per se an gigabitfähigen Internetanschlüssen – bis zur Novelle der Bundesförderrichtlinie steht hier der Ausbau noch weitgehend aus.



RA Dr. Henrik Bremer.

Eigenes Glasfasernetz effizient verwerten

Gleichzeitig bilden die neu errichteten oder zumindest projektierten kommunalen Breitbandnetze ein Sprungbrett zur Weiterentwicklung digitaler Infrastruktur insgesamt. Potenzielle ergeben sich dabei nicht bloß aus dem Zugewinn an Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsstärke der Verwaltung durch schnelle Internetzugänge. Ebenso verspricht die effiziente Verwertung des eigenen Glasfasernetzes eine Aufbesserung der kommunalen Haushaltslage und damit eine bessere Ausstattung für die übrigen Herausforderungen von Städten und Gemeinden im 21. Jahrhundert: Erfolgreiche Open-Access-Modelle beispielsweise steigern regelmäßig die Netzauslastung und erhöhen die Verpachtungserlöse des Netzeigentümers. Hierzu sind die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen so zu gestalten, dass Netzbetreiber und mitnutzende TK-Unternehmen einander ergänzen, statt bloß um bereits versorgte Kunden zu konkurrieren.

Eine zusätzliche Chance zur Aufwertung kommunaler Glasfasernetze bietet die geförderte Netzerweiterung in grauen Flecken. Sie erfordert bei Ausschöpfung der voraussicht-

lich verfügbaren Bundes- und Landesmittel nur einen kommunalen Eigenanteil von 10-20% der zuwendungsfähigen Investitionskosten. Und auch dieser lässt sich etwa über Pachterlöse

jenseits der Zweckbindungsfrist langfristig decken. Bei umsichtiger beihilferechtlicher und vergaberechtlicher Strukturierung entsprechender Projekte ist daher mit überschaubaren eigenen Kosten eine Kommunalisierung zukunftsweisender Infrastruktur möglich, die Gemeinden langfristiges Anlagevermögen und Einflussmöglichkeiten sichert.

Langfristige Perspektive

Das Eigentum an Glasfasernetzen eröffnet Kommunen darüber hinaus eine langfristige Perspektive, um ihren Kapitaleinsatz zu begrenzen oder gar zurückzuführen: In Betracht kommen Gestaltungsvarianten zur Einbeziehung privater Investoren für weitere Ausbaumaßnahmen im Rahmen eines ÖPP-Modells. Hierdurch spart eine Kommune bei der Weiterentwicklung der Glasfasernetze eigenes Eigenkapital und kann sich in der Finanzierung tendenziell darauf beschränken, Haftungsbrücken als Voraussetzung für zinsgünstiges Fremdkapital bereitzustellen. Gleichzeitig profitiert die öffentliche Hand von den Veräußerungserlösen für den verkauften Teil ihrer Beteiligung, behält aber dennoch über die verbleibenden Anteile ihren

Einfluss. Nicht zuletzt aufgrund der schwächelnden Gewerbesteuererträge in der Corona-Krise verdient dieser Ansatz gewiss mancherorts eine Überlegung.

Vielversprechende ÖPP-Modelle...

Gerade ÖPP-Modelle bilden zudem eine vielversprechende Ausgangsbasis, um sich zusätzliche Wertschöpfungsquellen im Zusammenhang mit digitaler Infrastruktur zu erschließen. Hierzu zählt das Angebot von Anschlusspunkten für 5G-Basisstationen – sowohl für die flächendeckende Versorgung als auch für Campusnetze. Ein ähnliches Modell ist ferner durch die Bereitstellung öffentlichen WLANs denkbar: So zeigen etwa die Stadtwerke Norderstedt, wie sich WLAN eigenwirtschaftlich als leistungsstarkes LTE-Substitut im öffentlichen Raum etablieren lässt, indem angrenzende

Restaurants, Cafés und der Einzelhandel zur Ausstrahlung eines Netzes für Kunden auf ihre Verkehrsflächen ein Entgelt entrichten.

...und Pilotprojekte

Um solche Chancen zu nutzen, bedarf es freilich einer geschickten Kombination aus vorausschauender gesellschaftsrechtlicher Strukturierung, intelligenter Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten und wechselseitig vorteilhaften Kooperationen mit hilfreichen Partnern wie ortsansässigen TK-Unternehmen.

Erfreulicherweise begegnen uns im Zuge unserer Beratungstätigkeit zu den skizzierten Ansätzen bereits vielversprechende Pilotprojekte mancher Gemeinden, die sich vergabe-, beihilfe- und kommunalwirtschaftsrechtlich tragfähig konzipieren ließen. Das stimmt uns zuversichtlich, dass der häufig aus der Not geborene kommunale Glasfaserausbau bei umsichtiger Nutzung seiner Potenziale zum Erfolgsmodell taugt und der öffentlichen Hand und den Regionen einen nachhaltigen Mehrwert verschaffen kann. □

*Der Autor ist Partner der Kanzlei WIRTSCHAFTSRAT Recht.

Angriffe mit Verschlüsselungstrojanern auf Kommunalverwaltungen:

Kein Lösegeld zahlen, jede Erpressung anzeigen

Welt-, aber auch deutschlandweit kommt es immer häufiger mit Hilfe von Verschlüsselungs-Schadprogrammen (Ransomware) zu kriminell motivierten Angriffen auf die informationstechnische Infrastruktur von Kommunalverwaltungen bzw. kommunalen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund haben die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt (BKA) und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Empfehlungen zum Umgang mit Lösegeldforderungen veröffentlicht.

Tatsache ist: Jede Lösegeldzahlung macht eine Erpressung zum Erfolg für den Erpresser und motiviert diesen und andere potenzielle Angreifer zur Fortsetzung und Weiterentwicklung der Angriffe. Außerdem besteht das Risiko, dass nach einer Zahlung nicht das erhoffte Ergebnis eintritt oder weitere Forderungen erhoben werden.

Empfohlen wird allen Kommunalverwaltungen, sich im Falle von Erpressungsversuchen grundsätzlich nicht auf Lösegeldzahlungen einzulassen, jeden Erpressungsversuch zur Anzeige zu bringen sowie das jeweilige Landes-CERT oder das BSI zu informieren (www.allianz-fuer-cybersicherheit.de/ACS/DE/Meldestelle/meldestelle.html).

Um die Auswirkungen auf Verfügbarkeit und Integrität der IT-Systeme im Falle eines Ransomware-Angriffs zu minimieren, sollten Kommunalverwaltungen Vorkehrungen für rechtzeitige systematische Präventions-, Detektions- und Reaktionsmaßnahmen sowie ein effektives Notfall- und Informationssicherheitsmanagement treffen.

Wie die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Burkhard Jung (Leipzig), Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) und Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg) betonten, „dürfen wir derartigen Lösegeldforderungen nicht nachgeben. Es muss klar sein, kommunale Verwaltungen sind nicht erpressbar. Sonst werden den Kriminellen Anreize geboten, ihre Handlungen fortzusetzen. Hier muss die Haltung unserer Verwaltungen glasklar und nicht verhandelbar sein.“

Null-Toleranz-Politik

Jeder Erpressungsversuch muss aus ihrer Sicht konsequent zur Anzeige gebracht und verfolgt werden. Für derartige Angriffe auf die Funktionsfähigkeit kommunaler Dienstleistungen, die Daten von Bürgerinnen und Bürgern und deren Steuergeld, müsse eine Null-Toleranz-Politik gelten. Gleichzeitig verdeutlichen die Präsidenten, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden weiter entschlossen daran arbeiten, ihre IT-Systeme vor jeglichen Angriffen bestmöglich zu schützen.

Nach Auffassung von Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), sollten betroffene Kommunen niemals auf Erpressungsversuche von Cyberkriminellen eingehen. Denn damit unterstützen sie das „Geschäftsmodell“ der Erpresser. Zudem zeige sich in vielen Fällen, dass Geschädigte ihre Zahlungen umsonst leisten: Die Daten bleiben verschlüsselt und die Täter setzen ihre Straftaten ungehindert fort. Kommunalverwaltungen könnten dazu beitragen, dieses Muster zu durchbrechen: „Indem sie die zuständigen Behörden alarmieren und damit die Strafverfolgung ermöglichen. Und indem sie präventive Maßnahmen ergreifen, um ihre Computersysteme wirksam zu schützen.“

BSI berät Kommunen

Laut Arne Schönbohm, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), sind konsequent umgesetzte IT-Sicherheitsmaßnahmen der beste Schutz vor Lösegeldforderungen durch Cyber-Kriminelle. „Dies ist ein kontinuierlicher Prozess, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unterstützt, etwa mit dem IT-Grundschutz-Profil für Kommunen. Neben den essenziellen Präventionsmaßnahmen bietet das BSI auch Informationen zum Ersten Hilfe bei IT-Sicherheitsvorfällen an. Ein effektives Notfallmanagement kann die Auswirkungen eines Cyber-Angriffes entscheidend minimieren.“ Das BSI stehe auch Kommunen hierfür gerne beratend zur Seite. □

Digitalisierungsmotor für Deutschland

EQT und OMERS vereinen Deutsche Glasfaser und inxio zu einem starken privatwirtschaftlichen Glasfaserausbauer in Deutschland

Die zuständigen Wettbewerbsbehörden haben den Erwerb von Deutsche Glasfaser durch EQT und OMERS offiziell genehmigt – die neue Unternehmensgruppe nimmt ab sofort ihre Arbeit auf. So wird sich der privatwirtschaftliche Ausbau von FTTH-Glasfasernetzen („Fiber To The Home“ – Glasfaser bis ins Haus) in den kommenden Jahren massiv beschleunigen. Der Plan: Mehr als 6 Millionen Anschlüsse für Privathaushalte, Unternehmen und staatliche Einrichtungen. Damit wird die neue Unternehmensgruppe den größten Teil der heute noch nicht mit Gigabit-fähigen Internetanschlüssen versorgten Gebiete in Deutschland mit FTTH erschließen.

„Die industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert war ein langer und beschwerlicher Weg in die prosperierende Gesellschaft, in der wir heute leben. Unsere Herausforderung heute ist die digitale Revolution. Wenn wir unsere Wirtschaft und Gesellschaft für die Zukunft stärken wollen, müssen wir jetzt gemeinsam die Infrastruktur dafür ausrollen – und da ist die Privatwirtschaft in der Führungsrolle“, sagt Uwe Nickl, CEO von Deutsche Glasfaser.

Finanzkraft und Kompetenz

„Aufgrund der Corona-Krise stehen öffentliche Haushalte unter einem enormen Druck, weil sich die Ausgaben mas-

siv erhöhen und die Einnahmen wegbrechen. Wir werden in den nächsten Monaten bundesweit verstärkt mit vielen Kommunen sprechen, um unsere Hilfe beim Ausbau der digitalen Infrastruktur anzubieten. So wollen wir die Weichen für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands stellen und auch die Schienen dafür bauen – mit eigener Finanzkraft und weniger Steuergeldern“, so Uwe Nickl weiter. Die neue Unternehmensgruppe wird in den kommenden Jahren vorerst 7 Milliarden Euro in den Glasfaserausbau investieren.

Netzausbau beschleunigen

David Zimmer, Geschäftsführer von inxio: „Wir wollen gemeinsam nichts weniger, als die Industrialisierung von Glasfasernetzen in Deutschland voranzutreiben. Durch die gebündelten Kompetenzen der Teams von inxio und Deutsche Glasfaser bringen wir dafür die idealen Voraussetzungen mit. So werden wir gemeinsam weiterwachsen, Prozesse synchronisieren und optimieren, den Netzausbau beschleunigen und damit die Schlagkraft beim privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau insgesamt massiv erhöhen. Wir setzen dabei insbesondere auf Open-Access-Partnerschaften. Unsere Ziele sind klar definiert und ambitioniert – und wir brennen darauf, jetzt gemeinsam loszulegen.“

Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit

EQT und OMERS gehören zu den führenden Glasfaserinvestoren weltweit und verfolgen einen langfristigen Investitionsansatz, was dem weiteren Aufbau einer nachhaltigen digitalen Inf-

rastruktur in Deutschland zu Gute kommen soll. Matthias Fackler, Partner bei EQT Partners. „Mit Unterzeichnung des Investitionsvorhabens Anfang 2020 sind wir eine dauerhafte Vereinbarung eingegangen. Wir wollen das Wachstum der neuen Deutsche Glasfaser Unternehmensgruppe begleiten. Daran hat sich auch durch die aktuelle Krisenzeit nichts geändert. Im Gegenteil, niemals war das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer stabilen digitalen Infrastruktur größer als jetzt. Wir freuen uns nun mit der Genehmigung der Kartellbehörden zwei Glasfaser-spezialisten den nötigen Schub zu geben, die unterversorgten weißen und grauen Flecken vor allem im ländlichen Deutschland anzugehen.“

Investition in einen starken Player

Ralph Berg, Global Head of Infrastructure bei OMERS: „Unser Engagement ist langfristig und in die Zukunft gerichtet. Besonders das geschäftliche und technische Know-how von Deutsche Glasfaser hat uns überzeugt. Das gilt insbesondere für die zukunftssichere FTTH-Infrastruktur. Mit der Investition in einen starken Player, der eine so nachhaltige Infrastruktur im großen Stile ausrollt, setzen wir auf eine sichere Grundlage.“

EQT ist eine börsennotierte schwedische Investmentgesellschaft mit aktuell 41 Milliarden Euro an verwaltetem Beteiligungsvermögen. EQT hat 2019 die Mehrheitsanteile am saarländischen Telekommunikationsunternehmen inxio übernommen und ist im Besitz einer Reihe führender Glasfasernetzbetreiber in Europa. OMERS Infrastructure investiert weltweit im Namen von OMERS, dem leistungsorientierten Vorsorgeplan für Angestellte der kanadischen Provinz Ontario, in Infrastrukturen. OMERS ist einer der größten kanadischen Pensionsfonds mit einem Anlagevermögen von ca. 70 Milliarden Euro. In Deutschland bestehen OMERS-Beteiligungen unter anderem an Tank&Rast sowie an VTG. □



Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0, info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de

Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de



KI-Forschung:

Bayern knüpft landesweites Netzwerk

Bayern arbeitet mit Hochdruck daran, seine Stellung als einer der führenden Standorte für Künstliche Intelligenz (KI) weiter auszubauen, unter anderem in Deggendorf, Passau, Bayreuth, Coburg, Bamberg und Regensburg. Als Teil seiner Strategie spannt der Freistaat im Rahmen der Hightech Agenda Bayern (HTA) ein landesweites, thematisch fokussiertes Netzwerk in der KI-Forschung auf.

50 KI-Professuren wurden zur gezielten Stärkung des KI-Zentrums in München und den Knotenpunkten in Würzburg, Erlangen-Nürnberg und Ingolstadt gesetzt, 50 weitere KI-Professuren wurden im Rahmen eines KI-Wettbewerbs vergeben. Dadurch soll der Lehre an den Hochschulen und damit der Ausbildung dringend benötigter Fach- und Führungskräfte in allen Regionen Bayerns ein kräftiger Schub verliehen werden und eine breite Verankerung der KI an den bayerischen Hochschulen erfolgen.

Laut Wissenschaftsminister Bernd Sibler „legen wir mit insgesamt 100 neuen Professuren auf diesem Zukunftsgebiet die Grundlage dafür, dass Bayern als Wissenschaftsstandort seine Sichtbarkeit und Wettbewerbsposition auf diesem begehrten Markt entscheidend verbessern kann. Das ist auch mit Blick auf die Belebung der Wirtschaft und von Wertschöpfungsketten nach der Corona-Pandemie wertvoll.“

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach begrüßt das Ergebnis des Wettbewerbs für 50 neue KI-Lehrstühle an bayerischen Hochschulen: „Dass künftig in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken neue Professuren für Künstliche Intelligenz eingerichtet werden, ist eine weitere Stärkung des ohnehin schon kräftigen Digitalstandorts Bayern. Ich gratuliere den Hochschulen, die sich bei diesem Wettbewerb durchgesetzt haben und jetzt bis 2023 Schritt für Schritt Forschung und Lehre im Bereich der KI ausbauen können. Die Künstliche Intelligenz ist eine der zentralen Schlüsseltechnologien der Zukunft. Mit dem Ausbau der KI-Lehrstühle wird Bayern auf diesem wichtigen Feld weiter ganz vorne mit dabei sein.“

Technische Hochschule Deggendorf

Der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) kommt dabei als wichtigem Vernetzungspunkt im ostbayerischen Raum eine wichtige Rolle zu: Im Rahmen des KI-Wettbewerbs konnten drei Projektanträge für KI-Professuren der THD die Expertenkommission überzeugen.

Die KI-Professur „Sensorbasierte KI-Systeme in der Pflege“ erforscht, wie Daten aus verschiedenen Quellen mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz in Handlungsvorschläge für Pflegepersonal, Angehörige und Pflegebedürftige übersetzt werden können. Auch der Gesundheitszustand soll in gewissem Rahmen vorhergesagt werden können.

Unter der Federführung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg besteht bei diesem Projekt eine Zusammenarbeit auch mit anderen Hochschulen. Verbundthemen sind das digitale Krankheitsmanagement, die personalisierte Diagnostik sowie die damit zusammenhängende Therapie und Versorgung.

Um die Nutzung von Geodaten geht es bei der Professur „Big Geospatial Data and Spatial AI“. Der sogenannte Smart City Ansatz, also das Konzept, Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten, soll mit Unterstützung Künstlicher Intelligenz auf den ländlichen Raum übertragen werden. Die Professur ist an der Fakultät für Angewandte Informatik der THD angesiedelt

und direkt mit dem KI-Knotenpunkt an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Würzburg-Schweinfurt verzahnt.

Mit der Professur „KI und Datensicherheit“ wird ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Cybersicherheit von IT-Systemen durch KI-befähigte Sicherheitsmechanismen geleistet. Aufgrund ansteigender Komplexität dieser Systeme ergibt sich der Bedarf an Methoden zum intelligenten Testen von Maßnahmen der IT-Sicherheit, sowie zur effizienten Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen.

Die Professur ist ebenfalls der Fakultät Angewandte Informatik zugeordnet und eng an das Institut ProtectIT der THD angebunden. Sie ist außerdem Teil des parallelen Antrags KI Campus Ostbayern des Verbunds der ostbayerischen Hochschulen, TRIO. Der KI Campus Ostbayern etabliert eine Kooperation, die den fachlichen Austausch und die Einbindung in das bayerische KI-Netzwerk sicherstellt und damit dessen Wirkung in die gesamte ostbayerische Region hinein gewährleistet.

Universität Passau

Die Universität Passau profitiert von den 50 neuen bayerischen KI-Professuren im Rahmen des KI-Wettbewerbs mit drei Professuren. Die Professur „Nachvollziehbare KI-basierte betriebliche Informationssysteme“ soll Theorien, Methoden und Werkzeuge erforschen, um den ökonomisch sinnvollen Grad an Nachvollziehbarkeit der KI-basierten Dienste während Entwicklung, Betrieb und Wartung zu ermitteln und umzusetzen.

An der Schnittstelle zwischen Software Engineering und Künstlicher Intelligenz ist die Professur „AI Engineering“ angesiedelt. Ziel ist die Erforschung und Entwicklung neuer KI-Engineering Methoden durch Kombination etablierter Software Engineering Techniken mit dem Maschinellen Lernen. Die Professur „Künstliche Intelligenz im Strafrecht“ widmet sich wiederum u.a. der Erforschung der theoretischen Grundlagen und Grenzen von Normensystemen zur Künstlichen Intelligenz.

Universität Bayreuth

Die Universität Bayreuth konnte im Mai 2020 im Rahmen eines bayernweiten Wettbewerbs drei Professuren gewinnen. Neben der bisherigen Forschung rund um die Künstliche Intelligenz wird man in Bayreuth künftig auch auf den Feldern Materialanalyse, Energiemanagement sowie an der Schnittstelle von Mathematik, Informatik und Robotik forschen.

Die drei neu bewilligten Professuren adressieren zentrale KI-Forschungsbereiche. Dazu zählen insbesondere das Intelligente Energiemanagement im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien, das maschinelle Lernen für den Einsatz auf mobilen Endgeräten und die nachhaltige Materialforschung.

Mit zwei ihrer eingereichten Anträge überzeugte die Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) Coburg im KI-Wettbewerb. Im Fokus der neuen KI-Professuren stehen dabei die Weiter- und Neuentwicklung von Methoden zur Erklärbarkeit von Künstlicher Intelli-

genz (KI) im Anwendungsfeld Versicherung sowie die Entwicklung von Lernverfahren des Data Stream Mining, die insbesondere verteilt und ressourceneffizient Daten in Datenströmen gruppieren, klassifizieren, interpretieren und vorhersagen können.

Künftig wird es an der HAW Coburg im Bereich der Versicherungswissenschaftlichen Forschung und Lehre eine Professur zu „Explainable and Responsible Artificial Intelligence in Insurance“ geben. Es soll erforscht werden, wie es gelingt, dass die Versicherungskunden Vertrauen in neue Versicherungsangebote entwickeln, die mithilfe von Methoden der Künstlichen Intelligenz zustande kommen. Im Fokus der in der Fakultät Wirtschaftswissenschaften angesiedelten Professur stehen demnach Methoden zur Realisierung von vertrauenswürdiger KI-Software. Die zweite Professur beschäftigt sich mit „Data Stream Mining“.

Konkret geht es darum, wie Daten, die beim Streamen permanent anfallen, analysiert und ausgewertet werden können. Ein Anwendungsbeispiel für diesen Bereich der Künstlichen Intelligenz ist beispielsweise die Materialanalytik, wo mittels Sensoren andauernd Daten erfasst werden, z.B. im Rahmen der Wartung von Maschinen oder der adaptiven Fertigung. Die Professur wird in der Fakultät Elektrotechnik und Informatik beheimatet sein und soll eng mit der Universität Bayreuth zusammenarbeiten, die mit einem entsprechenden Konzept im Wettbewerb ebenfalls erfolgreich war.

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Sieben Professuren vereinte die Otto-Friedrich-Universität Bamberg beim KI-Wettbewerb auf sich. Seit mehr als zehn Jahren betreibt sie in ihrer Fakultät für Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik Forschung und Lehre in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Maschinelles Lernen. Dabei verfügt sie über einen Studienschwerpunkt Künstliche Intelligenz und zeichnet sich durch zahlreiche Forschungsbeiträge im Bereich menschenzentrierter KI-Systeme aus.

Die sieben im Rahmen des KI-Wettbewerbs neu bewilligten Professuren adressieren so unterschiedliche KI-Forschungsbereiche wie die automatisierte Textanalyse in den Geistes- und Humanwissenschaften, vertrauenswürdige KI-Systeme und den effizienten Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Unternehmen.

Die OTH Regensburg hatte drei Professuren gewonnen. Diese neuen Stellen sollen insbesondere das Innovationspotenzial des neu geschaffenen Regensburg Center of Artificial Intelligence (RCAI) stärken, an dem die OTH Regensburg künftig ihre breit angelegte Forschung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) bündeln und ausbauen will.

Die neu bewilligten Professuren adressieren zentrale KI-Forschungsbereiche. Dazu zählen insbesondere die KI-gestützte Mobilität und die Künstliche Intelligenz im Bereich der Infrastruktur und Stadtentwicklung. In enger Kooperation mit Kommunen und Unternehmen sollen beispielsweise Infrastruktururlösungen, insbesondere unter den Aspekten des autonomen Fahrens, erarbeitet werden. Zudem sollen Algorithmen zur intelligenten Datenverarbeitung für Sensornetze und Sensornetze auf eingebetteten Systemen untersucht werden. **DK**

Advertorial



Die Auswirkungen der Krise als Motor der Digitalisierung?

Von Christian Seidl, Geschäftsführer TIE Kinetix GmbH und E-Rechnungsexperte

Die aktuelle Krise macht Deutschland aus ökonomischer Sicht schwer zu schaffen. IT-Unternehmen sind momentan einer der wichtigsten Treiber der Wirtschaft. Diese Unternehmen helfen mit ihren Cloud-Diensten bei der Bewältigung der Pandemie und unterstützen Dienstleister und Unternehmer dabei ihr Geschäft am Laufen zu halten. Auch Kommunen und kommunale Betriebe können mit der richtigen IT-Lösung die Vorteile der Digitalisierung nutzen und so Verzögerungen in Prozessabläufen während und nach der Krise verhindern.

Was in der Vergangenheit Normalität war, zeigt sich nun als Problem – viele Beschäftigte arbeiten derzeit von Zuhause aus und müssen zusätzlich viele ungeplante Aufgaben überneh-

men. Die Komplexität bei der Bearbeitung vieler Rechnungen ist oft hoch, insbesondere bei aufwendigen Projekten oder wenn mehrere Standorte beteiligt sind. Das Fehlerrisiko der manuellen Bearbeitung kann viel Geld kosten. Die elektronische Rechnungsstellung bietet Kommunen und kommunalen Betrieben und deren Lieferanten gleichermaßen wesentliche Vorteile, die

sich positiv auf Bearbeitungszeit, Kontroll- und Erfassungsaufwand sowie Zahlungsfristen und Fehlervermeidung auswirken.

Das richtige Fachwissen und die jahrelange Erfahrung macht hier den Unterschied. Die Entscheidung, für einen Anbieter, der über eine solide und bewährte Technologie verfügt, die die neuesten Integrations-, Kommunikations- und Sicherheitsstandards verwendet und Kommunen und kommunale Betriebe helfen kann, ihre Lieferanten an die elektronische Rechnungsstellung anzubinden, ist der Schlüssel zum Erfolg der elektronischen Rechnungsstellung.

Kommunen und kommunale Betriebe, die sich dazu entscheiden, sich mit Experten, die das fachliche und auch das Prozessuale Verständnis mitbringen, in Kontakt zu setzen, werden somit die Zukunft der Digitalisierung mitgestalten. Die Lösungen von TIE Kinetix empfangen, senden, übersetzen und kommunizieren seit über 30 Jahren Milliarden von Dokumenten mit ERP- und Buchhaltungssystemen wie SAP, Microsoft, Oracle, Sage, Exact, Unit 4 und mehr. Täglich nutzen Tausende von Kunden und Partner die Integrationssoftware und -dienstleistungen. Dank der mehr als 30-jährigen Erfahrung in der globalen Forschung, Entwicklung und Beteiligung an europäischen ICT Entwicklungsprojekten sind die Mitarbeiter von TIE Kinetix Experten auf dem Gebiet der elektronischen Rechnungsstellung. **□**



Christian Seidl, Geschäftsführer TIE Kinetix GmbH und E-Rechnungsexperte.

men. Dadurch fallen viele manuelle Prozessfreigaben aus! Kommunen und kommunale Betriebe müssen seit 18. April 2020 die elektronische Rechnung in einem digitalen Format annehmen und auch weiterverarbeiten können. Es wird dringend geraten anzufangen und es gilt jetzt die Zeit für das Projekt der E-Rechnung zu nutzen.

Die Verzögerung bei der Digi-

Die Komplexität bei der Bearbeitung vieler Rechnungen ist oft hoch, insbesondere bei aufwendigen Projekten oder wenn mehrere Standorte beteiligt sind. Das Fehlerrisiko der manuellen Bearbeitung kann viel Geld kosten. Die elektronische Rechnungsstellung bietet Kommunen und kommunalen Betrieben und deren Lieferanten gleichermaßen wesentliche Vorteile, die

Weiterführender Link:
www.tiekinetix.com/erechnung



Gebäudeverwaltung digitalisieren:

Mit CAFM alles unter einem Dach

Von Matthias Mosig, Head of Digital Transformation, TÜV SÜD Advimo

Die richtige Software vereinfacht und optimiert das Gebäudemanagement – von der Planung über den Bau bis zum Betrieb. TÜV SÜD zeigt, wie Kommunen Prozesse verschlanken, Kosten reduzieren und Arbeits- und Umweltschutz verbessern.

Bei der Verwaltung ihrer Liegenschaften stehen Kommunen heute vor wachsenden Herausforderungen: Qualifizierte Mitarbeiter sind schwer zu halten, die gesetzlichen Anforderungen steigen und die Gebäudetechnik wird immer komplexer. Gleichzeitig gilt es, zahlreiche Bedürfnisse zu berücksichtigen: Sind die Flächen optimal ausgelastet, funktionsfähig und bedarfsgerecht? Wurde der Haushaltsplan eingehalten und ist der Werterhalt gesichert? Nicht zuletzt spielt neben der Betreiberverantwortung die Energieeffizienz eine immer größere Rolle.

Viele Aufgaben, eine Lösung

Während etwa die Flugzeugentwicklung oder der Schiffbau

schon lange sogenannte digitale Zwillinge nutzen, ist die Digitalisierung in der Baubranche und im Gebäudebetrieb noch nicht so weit fortgeschritten. Dabei lassen sich mit einem digitalen Zwilling auch Bauprojekte und das Gebäudemanagement erheblich optimieren. Gebäudetechnische Lösungen und Methoden wie digitale Projekträume, Common Data Environment (CDE), Building Information Modelling (BIM) oder ein computergestütztes Gebäudemanagement (CAFM, Computer-Aided Facility Management) sind noch viel zu wenig verbreitet.

Zentrales Bindeglied

CAFM ist häufig noch das zentrale Bindeglied aller für die

Gebäudeverwaltung relevanten Anwendungen und Systeme. Es bringt bereits durch eine gemeinsame Datenablage stets aktuelle Stammdaten und durch standardisierte Prozesse wesentliche Verbesserungen. Enthalten sind häufig unter anderem das Miet-, Flächen- oder Umzugsmanagement, Nebenkostenabrechnung, Wartung, Prüfung und Instandsetzung sowie das Kostencontrolling und die Haushaltsplanung. Idealerweise wird es direkt mit kaufmännischen Programmen für Beschaffung, Rechnungs- und Personalwesen gekoppelt.

Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und Normen

Bürger, Mieter und Dienstleister greifen dann über eigene Portale direkt auf die für sie relevanten Informationen zu. Die Daten der Architekten und Fachplaner werden bei Neu-

UNESCO-Welterbetag:

Virtuelle Spaziergänge in Bayern

Am UNESCO-Welterbetag luden die deutschen Welterbestätten zum Erkunden und Experimentieren ein. Aufgrund der Covid-19-Pandemie fand der Aktionstag unter dem Motto „Welterbe verbindet“ in diesem Jahr erstmals digital statt.

46 der weltweit mehr als 1.000 UNESCO-Welterbestätten liegen in Deutschland, davon sechs in Bayern. Virtuelle Spaziergänge auf der neuen Plattform www.unesco-welterbetag.de ermöglichen das Erkunden von Orten des Menschheitserbes, die aktuell nicht oder nur schwierig zugänglich sind. Das Projekt Daily Drone zeigte zudem alle deutschen Stätten aus der Luft.

Würzburger Residenz und Hofgarten

Auch das Würzburger UNESCO Welterbe, die Residenz und der Hofgarten, konnten virtuell besichtigt werden. Interviews mit lokalen Welterbeexperten gaben persönliche Einblicke in die täglichen Herausforderungen der Erhaltungs- und Vermittlungsarbeit. Dr. Alexander Wiesneth, Oberkonservator der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, und zuständig für die Residenz, gab ein kurzes Interview. Kinder konnten sich mit Hilfe von Malvorlagen, Bastelanleitungen und Erklärvideos kreativ mit dem Welterbe auseinandersetzen. Die Fotoaktion #WelterbeVerbindet gab Interessierten die Möglichkeit, den UNESCO-Welterbetag selbst mitzugestalten. In einer digitalen Ausstellung werden seit 7. Juni 2020 alle eingereichten Fotos präsentiert.

Bamberger Altstadt

Seit 1993 zählt die Altstadt von Bamberg zum deutschen Welterbe. Das Team des Zentrums Welterbe Bamberg hatte sich etwas Besonderes einfallen lassen und hierfür einen Film produziert, der Bambers Gärtnertadition in den

Mittelpunkt stellt und alte Gemüsesorten präsentiert. Als Spezialgast trat „Zwiebert“ auf, das Maskottchen der Bamberger Gärtnerstadt. Begleitet wurde der Film von einem Grußwort von Oberbürgermeister Andreas Starke.

Regensburger Altstadt

Die Altstadt von Regensburg mit Stadthof ist seit 2006 Mitglied der Familie der deutschen Welterbestätten. Virtuelle Spaziergänge, Erklärvideos, Malvorlagen, Bastelanleitungen, Interviews – die Palette der Beiträge auf der Plattform war breit und richtete sich an Kinder und Erwachsene gleichermaßen. Auch Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer und Kulturreferent Wolfgang Dersch kamen zu Wort und gaben ihren ganz persönlichen Einblick ins Welterbe Regensburg.

Augsburger Wassermanagement-System

Digital erkundet werden konnte zudem das weltweit einzigartige Wassermanagement-System von Augsburg, das für Fortschritt, Ästhetik und Nachhaltigkeit steht. 22 Objekte, darunter ein Kanalsystem, Wassertürme mit Pumpwerken aus dem 15. bis 17. Jahrhundert, drei monumentale Brunnen von besonderer künstlerischer Qualität sowie Wasserkraftwerke, die auch heute noch umweltfreundlichen Strom erzeugen, wurden 2019 zum UNESCO-Welterbe ernannt. Durch seine kontinuierliche Nutzung und stetige Erweiterung prägte das Augsburger Wassermanagement-System die Wasserkunst der Renaissance und die technologischen Entwicklungen der Industriellen Revolution ent-

scheidend mit.

Ein kleiner Film auf YouTube befasste sich wiederum mit der Wieskirche im oberbayerischen Steingaden. Für Erklärungen und Anmerkungen sorgte dabei Wieskurat, Msgr. Gottfried Fellner. Die prächtig ausgestattete Wallfahrtskirche wurde 1983 zum Weltkulturerbe erklärt.

Markgräfliches Opernhaus Bayreuth

Virtuell begebar war schließlich auch das markgräfliche Opernhaus in Bayreuth, das als das bedeutendste und besterhaltene Beispiel für eine barocke Theaterkultur, die noch heute authentisch erlebt werden kann, gilt. Es repräsentiert die höfische Opernhausarchitektur des 18. Jahrhunderts und gilt als eines der wichtigsten baulichen Zeugnisse der absolutistischen Gesellschaft. 2012 wurde das Markgräfliche Opernhaus Bayreuth in die Welterbeliste der UNESCO eingeschrieben. **DK**

Bundesverband Breitbandkommunikation BREKO:

Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Mit seinem Positionspapier „Glasfasernetze und digitale Anwendungen für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland und Europa“ zum Thema Nachhaltigkeit hat sich der BREKO klar positioniert und konkrete Forderungen an die Politik formuliert. So fordert der Bundesverband Breitbandkommunikation, Digitalisierung und Glasfasernetze als wichtige Hebel für das Erreichen der Klima- und Nachhaltigkeitsziele anzuerkennen. Zudem plädiert er für den Start einer europäischen Kampagne zu Digitalisierung und Nachhaltigkeit im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020.

Gefordert seien hierbei die Umsetzung von Digitalisierungsprozessen in der Verwaltung, unter anderem auch für mehr Tempo im Glasfaserausbau, eine „Glasfaser-Prämie“ für Bürger und Unternehmen zur Stimulierung der Nachfrage und Beschleunigung des Aus-

oder Umbauprojekten direkt ins System importiert. Protokollfunktionen helfen Betreibern, die gesetzlichen Vorgaben und Normen sowie Gewährleistungs- und Prüffristen einzuhalten.

Alle Verwaltungsebenen profitieren

So profitieren alle Verwaltungsebenen: Die Bereitstellung kaufmännischer und Performance-daten schafft eine vollständige Kostentransparenz und erleichtert Reportings und Analysen. Das hilft den Fachbereichen bei der Haushaltsplanung und erleichtert auf Sachgebietsebene die Terminplanung oder Qualitätskontrolle. Mit Funktionen für das operative Tagesgeschäft, können Mitarbeiter konkrete Dienstleistungen effizienter planen und ausführen. Die Amtsleitung erhält effektivere Steuerungsmechanismen und die Kommune spart erhebliche Kosten – ganz überwiegend bei der Instandhaltung, aber auch beim Controlling, Daten- und Flächenmanagement bis hin zur Reinigung und Pflege von Außenanlagen.

Systematisierte IT als Erfolgsschlüssel

Um das volle Potenzial von CAFM auszuschöpfen, sollten Kommunen die Anwendungen umfassend für alle wesentlichen Bereiche des Gebäudemanagements implementieren. Für den Erfolg ist eine vollständige und aktuelle Datenbasis entscheidend. Dies sollte bereits im Rahmen von Bauprojekten berücksichtigt werden.

Strukturiertes und transparentes Vorgehen

TÜV SÜD Advimo unterstützt Gemeinden bei jedem Arbeitsschritt mit einem strukturierten und transparenten Vorgehen – von der Projektinitiierung über das Erstellen des Lastenhefts und das Vergabeverfahren bis zur Implementierung und Nutzung. Wichtige Phasen sind bereits zu Beginn die Aufnahme und Analyse der Ist-Prozesse, die Definition optimierter Soll-Prozesse und die Abstimmung auf das künftige Betreiberkonzept. Einmal richtig aufgesetzt lassen sich dann auch Methoden wie BIM leichter und erfolgsversprechend integrieren. **DK**

Gigabit-Internet für das digitale Klassenzimmer

LEW TelNet bringt Glasfaseranschlüsse an Schulen im Landkreis Günzburg / Umsetzung über Förderprogramm des Freistaats

Schulen benötigen schnelles Internet für digitales Lehren und Lernen, in der jetzigen Situation ebenso wie im normalen Schulbetrieb. Der sichere Umgang mit digitalen Medien gehört zu den Schlüsselkompetenzen, die Heranwachsende für die Berufswelt von morgen mitbringen müssen. Damit E-Learning funktioniert, brauchen Schulen eine zuverlässige und leistungsstarke Internetversorgung. LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen der LEWGruppe, erschließt insgesamt 28 Schulen in der Region mit Glasfaseranschlüssen und WLAN. An fünf Schulen im Landkreis Günzburg ist die Glasfaseranbindung nun fertig gestellt und ermöglicht Bandbreiten von bis zu 1 Gbit/s pro Schulstandort.

Zukunftssicheres Lernen

Von schnellem Internet profitieren im Stadtgebiet Günzburg das Dossenberger-Gymnasium, die Dominikus-Zimmermann-Realschule und die Berufsschule sowie in Krumbach die Joseph-Bernhart-Fachakademie für Sozialpädagogik. An der Grund- und Mittelschule in Offingen ist der Glasfaserausbau ebenfalls abgeschlossen.

„Digital gut aufgestellt“

„Wir treiben die Digitalisierung an allen unseren Schulen im Landkreis voran und freuen uns, dass der Glasfaserausbau zügig voran geht. Die aktuellen Herausforderungen haben uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, digital gut aufgestellt zu sein. Mit dem Breitbandausbau durch Glasfaser schaffen wir die Voraussetzungen dafür“, stellt Dr. Hans Reichhart, Landrat des Landkreises Günzburg, fest.

Förderprogramm des Freistaats

LEW TelNet setzt den Glasfaserausbau in Schulen im Rahmen eines Förderprogramms des Freistaats Bayern um: Schulen sollen über gigabitfähige und durchgängige Glasfaserleitungen an das Internet angebunden werden. Die Förderung umfasst die Anbindung an das Glasfasernetz einschließlich Netzabschlussseinheit und die Schaffung oder Erweite-

rung einer WLAN-Infrastruktur. Der Regelfördersatz liegt bei 80 Prozent. Der Förderhöchstbetrag beträgt pro Schule 50.000 Euro für den Glasfaserausbau und 5.000 Euro für die WLAN-Erschließung. Anmeldungen für das Förderprogramm sind noch bis zum 31. Dezember 2021 möglich.

LEW TelNet mit eigenem Glasfasernetz

„Ein Glasfaseranschluss ist die zukunftssichere Anbindung an das Internet. Das hat sich aktuell auch in der Corona-Krise gezeigt: Bei vielen Kunden mit bestehenden Glasfaserdirektanschlüssen konnten wir Übertragungskapazitäten schnell erhöhen und so einen Bedarf an höherer Bandbreite problemlos abdecken. Mit unserem eigenen, rund 3.200 Kilometer langen Glasfasernetz haben wir hier in der Region die ideale Infrastruktur“, betont Bernd Scherer, Key Account Manager bei LEW TelNet. **DK**

Grundlage für die digitale Zukunft Deutschlands

„Es bleibt dabei: Während einige Unternehmen noch von gigabitfähigen Netzen reden bzw. den Glasfaserausbau für die Zukunft ankündigen, bauen die knapp 200 BREKO-Netzbetreiber bereits heute echte Glasfasernetze und errichten damit die Grundlage für die digitale Zukunft Deutschlands“, betont Albers. „Die Corona-Krise zeigt, dass wir die Digitalisierung und den Glasfaserausbau möglichst schnell vorantreiben müssen. Dieses Ziel verfolgen unsere Netzbetreiber, in dem sie immer mehr Kommunen ans Glasfasernetz anschließen. Welches Potenzial im Markt steckt, zeigt das Beispiel der Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser.“

Ergänzende staatliche Förderung nicht mit der Gießkanne

Klar ist für Albers aber auch: „Dort wo es nicht anders geht, brauchen wir eine ergänzende staatliche Förderung, allerdings nicht mit der ‚Gießkanne‘, sondern punktgenau für die immer noch unterversorgten Gebiete. Denn gerade jetzt in der Corona-Krise wird ganz deutlich, dass staatliche Förderung auch wegen der nur begrenzt verfügbaren Ressource Tiefbau dort gebraucht wird, wo die Versorgung der Menschen und Unternehmen besonders schlecht ist und diese auch auf absehbare Zeit nicht von den digitalen Möglichkeiten profitieren können. Es wäre auch vor dem Hintergrund deutlich verringert Einnahmen der öffentlichen Hand nicht vermittelbar, wenn jetzt Gebiete staatlich gefördert würden, die schon über eine gute Breitbandversorgung verfügen.“ **DK**

Mit BIM zu einer effizienten Bauplanung

Building Information Modeling ist mehr als eine digitale Darstellung von Bauvorhaben. Viel mehr ermöglicht es einen effizienteren Planungsprozess. So werden bspw. Nachtragskosten für Umplanungen und Fehlerbehebung reduziert.

TÜV SÜD Advimo unterstützt Bauherren als erfahrener BIM-Manager von Beginn an. **Wir beraten Sie: 089 4110968-80**

TÜV SÜD Advimo GmbH · Grillparzerstraße 12a · 81675 München

Glasfasernetze als wichtiger Baustein

„Wenn wir es ernst meinen mit dem European Green Deal und den Klimazielen 2030, müssen wir Nachhaltigkeit und Digitalisierung zusammen denken und stärker miteinander verknüpfen. Glasfasernetze, die einen nahezu unbegrenzten Datentransport ermöglichen, sind dabei ein wichtiger Baustein und die Grundlage für den Einsatz

Flexible FTTX-Lösungen für den Breitbandausbau

Dura-Line Mikrorohrinfrastrukturen als Schlüssel für ein langlebiges passives Netzwerk

Von Jürgen Albrecht | Key Account Manager Süd-Ost Deutschland

Passive Glasfaserinfrastrukturen bieten nicht nur die Möglichkeit, Glasfaser bis zu den privaten Haushalten zu bringen, sondern schließen auch Rechenzentren, Bürogebäude und öffentliche Einrichtungen an das Glasfasernetz an. Die Grundlage des passiven Netzes sind Mikrorohrlösungen.

Diese Lebensadern der Infrastruktur machen nur ca. 3 % der Investitionskosten aus, bilden aber die Grundlage, den Business Case auf Jahrzehnte abzusichern.

Für jedes Verlegeverfahren die optimale Mikrorohrlösung!

Aus wirtschaftlichen Gründen werden die vorgeschriebenen Verlegetiefen oft unterschritten. Hinzu kommt, dass immer häufiger alternative Verlegeverfahren zum Einsatz kommen. In

Summe heißt das: Mit der Art des Verlegeverfahrens entscheiden Sie sich auch für eine Rohr-



lösung. Dura-Line bietet neben den bekannten erdverlegbaren Rohrverbänden auch das so genannte DuraAir als oberirdische Lösung, sowie den spülbohrfähigen DuraDrill-Rohrverband an. Die Nachbelegung von vor-

handenen Kabelschutzrohren kann über Einzelrohre oder über DI-Rohrbündel erfolgen. Letztere können auch über kurze Distanzen eingeschoben werden.

Außerordentliche Lieferperformance, hohe Flexibilität, garantierte Qualität

Durch unsere internationale Präsenz mit Werken in Motz

Qualität, die nicht nur von der Deutschen Telekom, sondern auch von vielen internationalen Incumbents geschätzt wird. Unsere Mitarbeit in Gremien und Prequalifizierungsmaßnahmen lassen erkennen, dass Dura-Line ein akzeptierter Lieferant für eine erkennbare hohe Qualität ist.

Wichtige Qualitätsmerkmale

Damit die Brauchbarkeitsdauer auch tatsächlich an die geforderten 50 Jahre herankommt und eine langlebige Netzsicherheit gewährleistet wird, ist es erforderlich, beim Beschaffungsprozess auf mehrere Parameter zu achten, als nur auf die Dimensionierung. Dura-Line Mikrorohre und Rohrverbände werden nach DIN 16874 aus Polyethylen mit hoher Dichte



Dura-Line | DuraMulti.

Bild: Dura-Line

nach einer kundenspezifischen Vorgabe. Weitere wichtige Qualitätsmerkmale sind die Ovalität, Homogenität, Anzahl der innerliegenden Riefen und keine Minustoleranz für einen optimalen Innendurchmesser und der Einblaslängen für LWL-Kabel.

Dokumentation im kompletten Fertigungsprozess

Um dies konsequent sicherzustellen, werden unsere Einzelrohre und Rohrverbände nicht nur während der Produktion, sondern auch auf der Trommel kalibriert. Jede Trommel erhält nach der Fertigung eine eigene Produktionsnummer. Damit können wir gewährleisten, dass alle Schritte von der Produktion der Einzelrohre über die Bündel-

lung bis hin zur Auslieferung dokumentiert werden.

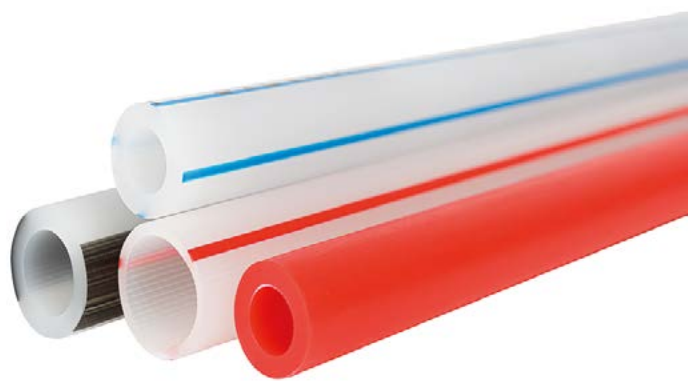
Die hohe Qualität unserer Produkte ist der Garant für die Langlebigkeit Ihrer Mikrorohrsysteme und wird durch das externe akkreditierte Prüfinstitut SKZ Würzburg fremd überwacht!

Schulung und Rundum-Service

Die Dura-Line begleitet potenzielle Auftragnehmer, Projektverantwortliche, Planer mit einem Schulungsprogramm, wie z.B. Baustelleneinweisungen, Verleges Schulungen, Projektbegleitung und eine fachliche Unterstützung, um weiteres aktuelles Fachwissen zu passiven Netzinfrastrukturen, zu vermitteln. □

Weitere Informationen

Erfahren Sie mehr über die Welt der Mikrorohr-Systemlösungen: juergen.albrecht@duraline.com | 0151 111 39891



Dura-Line | DuraMicro

Bild: Dura-Line



Jürgen Albrecht, Key Account Manager Süd-Ost Deutschland.

Bild: Dura-Line

(Frankreich), Sochaczew (Polen) und Tlumacov (Tschechien) bieten wir eine außerordentliche Lieferperformance, hohe Flexibilität, sowie eine garantierte

(PE-HD) hergestellt! Das Grundmaterial ist transluzent oder durchgefärbt. Die Farbgebung der Röhren folgt der DIN EN 60794-1(VDE 0888-100-1) oder

Bayerischer Datenschutzbericht 2019:

Im Zeichen der Konsolidierung

Die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung sowie klassische datenschutzrechtliche Fragen und Probleme aus dem Behördenalltag stehen im Mittelpunkt des Tätigkeitsberichts 2019, den der bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz, Thomas Petri, jüngst vorstellte. Seinen Ausführungen zufolge stand das vergangene Jahr im Zeichen einer Konsolidierung und Differenzierung: Alte Datenschutzprobleme stellten sich vor dem Hintergrund des gewandelten Rechtsrahmens neu, bisher unbekannte Probleme traten hinzu.

Einen ersten Schwerpunkt des Tätigkeitsberichts bilden die grundsätzlichen Themen wie etwa die Identifizierung betroffener Personen bei der Geltendmachung von Betroffenenrechten. Hier waren Petri zufolge Empfehlungen zu formulieren, die es Bürgerinnen und Bürgern nicht unnötig erschweren, Rechte etwa auf Auskunft oder auf Berichtigung gegenüber einem Verantwortlichen geltend zu machen, zugleich aber gewährleisten, dass nicht gerade beim Recht auf Auskunft schützenswerte Daten an nicht-berechtigte Dritte gelangen.

Beim Beitrag zu Beschäftigtenfotos für Marketingmaßnahmen öffentlicher Stellen geht es u.a. um die in der Datenschutzzliteratur viel diskutierte Frage des Verhältnisses von (Kunst-)Urheberrecht und Datenschutzrecht. Einer Nutzung von Beschäftigtenfotos steht Petri in diesem Zusammenhang kritisch gegenüber.

Der Tätigkeitsbericht bildet zahlreiche Probleme zwischen Bürgern und Behörden im Datenschutz ab. Dabei geht es einmal mehr auch um das Polizeiaufgabengesetz. So war ein 78-jähriger Mann als möglicher pädophiler Gefährder in Polizei-Datenbanken gelandet, nachdem er auf einem Spielplatz eine Hüpfburg für seinen Enkel fotografiert hatte und besorgte Eltern die Polizei alarmierten. Sein beschlagnahmtes Smartphone erhielt der Rentner erst nach einem Monat wieder zurück. „Mit seinem Einverständnis wurde eine Videosequenz von dem Telefon gelöscht,

obwohl weder rechtlich problematische Daten noch Aufnahmen der besagten Kinder von der Hüpfburg darauf erkennbar waren“, schreibt der Landesdatenschutzbeauftragte.

Obwohl das für Sexualdelikte zuständige Kommissariat „zu dem Schluss kam, dass keine Hinweise auf eine sexuelle Motivation des Rentners vorlagen, zog der Vorfall auf Landes- und sogar auf Bundesebene zahlreiche Speicherungen zur ‚polizeilichen Gefahrenabwehr‘ nach sich“, berichtet Petri. Erst auf Intervention des Datenschutzbeauftragten seien die Akten des Mannes, darunter auch ein DNA-Test sowie Finger- und Handflächenabdrücke, wieder von der Polizei gelöscht worden.

Datenschutzfragen der Kommunalpraxis stellen einen weiteren Schwerpunkt des Tätigkeitsberichts dar. Systematisch beleuchtete Bayerns oberster Datenschützer die datenschutzrechtlichen Hintergründe der Behandlung von Bausachen im Gemeinderat – in der Hoffnung, dass dies vielerorts die Sensibilität schärft und zu einer datenschutzgerechten Vorbereitung und Durchführung der Gremiensitzungen verhilft.

Bei der Nutzung von Videotechnik in Bürgerversammlungen spricht sich Petri für eine restriktive Handhabung aus. Nach seinen Worten „eröffnet die fortschreitende Digitalisierung immer neue Möglichkeiten für Information und Partizipation. Auch viele bayerische Kommunen wollen neue Formate für sich nutzen. Allerdings dürfen bei allem Ver-

ständnis für die Chancen der Digitalisierung die hiermit verbundenen datenschutzrechtlichen Risiken nicht ausgeblendet werden. Aus gutem Grund ist nicht alles, was technisch möglich ist auch (datenschutz-)rechtlich erlaubt. Dies gilt auch für den im Berichtszeitraum an mich herangetragenen Wunsch, Bürgerversammlungen live ins Internet zu übertragen, damit interessierte Bürger diese ortsungebunden verfolgen können.“

IT-Outsourcing

Noch nicht abgeschlossen sind die Diskussionen zum IT-Outsourcing im kommunalen Bereich. Petri zufolge variiert die Spannweite des IT-Outsourcings im kommunalen Bereich erheblich. Neben vergleichsweise unproblematischen Anfragen zu Erstellung und Betrieb von kommunalen Homepages durch externe Anbieter sowie der Videoüberwachung kommunaler Einrichtungen durch Externe habe er auch von Fällen einer vollständigen Auslagerung der kommunalen Informationstechnologie erfahren.

Die Praxis vieler bayerischer Kommunen, Bürgerdaten an externe Dienstleister auszulagern, ist aus Sicht des Landesdatenschutzbeauftragten bedenklich. Darauf weist exemplarisch ein pressewirksamer Fall hin, in dem von einem Landratsamt geleaste Festplatten nach Rückgabe an den Leasinggeber dort unter Missachtung technischer Standards entsorgt und dabei personenbezogene Daten von Bürgern offenbart wurden. Petri: „Um der eigenen Verantwortung gerecht zu werden, muss eine Kommune nicht nur Dienstleister sorgfältig und streng auswählen, vielmehr muss sie auch im Fall einer Auslagerung Fachwissen vorhalten und bereit sein, sich mit IT-

Vorgängen auseinanderzusetzen.“

Da sich viele Kommunen aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung mit dem Thema IT-Outsourcing beschäftigen, hat Petri einen Abstimmungsprozess zu Grenzen und Voraussetzungen des IT-Outsourcings im kommunalen Bereich angestoßen. Hieran nehmen im Rahmen einer Arbeitsgruppe neben ihm auch das Bayerische Innenministerium, der Bayerische Kommunale Prüfungsverband, das Bayerische Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag teil.

Ziel ist es, einen abgestimmten Anforderungskatalog zu erarbeiten, der den Kommunen bei der Entscheidung hilft, ob und inwieweit ein IT-Outsourcing im Einzelfall zulässig ist. Dieser Anforderungskatalog, der fachgesetzliche, datenschutz- und haushaltsrechtliche sowie technisch-organisa-

torische Kriterien enthalten soll, wird derzeit von der Arbeitsgruppe abgestimmt.

Technische Fragen

Ein dritter Schwerpunkt des Tätigkeitsberichts liegt bei technischen und organisatorischen Fragen, wobei ein grundsätzlicher Beitrag zum Thema „Künstliche Intelligenz“ im Zentrum steht. Versucht wird, über zahlreiche Facetten dieses komplexen Themas zu informieren und den Entwicklungsstand in Bayern sowie datenschutzrechtliche Handlungsbedarfe aufzuzeigen. Darüber hinaus berichtet der Datenschützer über seine Arbeit auf dem Themenfeld „Datenschutz-Folgenabschätzung“ und gibt insbesondere bayerischen Behörden praktische Hinweise zur Prävention gegen das Eindringen von Schadsoftware in IT-Systeme oder zur Überwachung von Auftragsverarbeitern bei Fernzugriffen.

Was das laufende Jahr angeht, ist für Petri die Corona-Krise der thematische Schwerpunkt der Datenschützer. Sowohl der Umgang mit Videokonferenzen als auch die geplante Einführung einer App zur Aufspürung von Infektionsketten seien gute Beispiele, wie die Pandemie den Datenschutz beeinträchtigt.

Bei der App wäre es datenschutzrechtlich bedenklich, wenn die Informationen nicht freiwillig „gespendet“ würden, stellte Petri fest. Bei Videokonferenzen von Mitarbeitern im Homeoffice gebe es immer wieder Fälle, bei denen unbeabsichtigt Daten weitergegeben würden. Das beginne bereits damit, dass nicht in allen technischen Systemen sichergestellt werden könne, dass auch Unbefugte an Konferenzen teilnehmen könnten. Fragwürdig seien auch bei Prüfungen in Videoformaten Vorgaben, dass Prüflinge ihre Wohnung abfilmen sollten, um teilnehmen zu dürfen. **DK**

Datenschutzbeauftragung, eLearning, Vor-Ort-Schulungen, Informationssicherheitsberatung, ISIS12, Digitallotsen-Beratung, Psychische Gefährdungsbeurteilung, Agile Arbeitsmethoden



www.Mein-Datenschutzberater.de

Digitalministerin Dorothee Bär im Münchner PresseClub:

„Ich wünsche mir weniger Skepsis“

„Die Digitalisierung ist nur mit einem großen Knall durchzusetzen“, kündigte Dorothee Bär, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte in der Bundesregierung für Digitalisierung (CSU), zu Beginn des Gesprächs im PresseClub in München an, das per Livestream übertragen wurde. Bär hätte jedoch eher wirtschaftliche Gründe und kein Virus erwartet, das den digitalen Alltag aller Menschen grundlegend verändern sollte.

Die Verbreitung des Virus Covid-19 hat dabei sowohl Stärken als auch Schwächen im Bereich der Digitalisierung in Deutschland deutlich gemacht. „Wir waren zum Beispiel bei der Netzstabilität besser, als wir gedacht hätten. Aber bei der Bildung hat sich gezeigt, dass wir nicht gut aufgestellt sind“, kritisierte Bär. Denn das Homeschooling sei besonders für Alleinerziehende eine immense Belastung. „Wie sollen Kinder versorgt werden, wenn für ein Elternteil kein Homeoffice möglich ist, sondern Vater oder Mutter außer Haus arbeiten muss, zum Beispiel als Kassiererin. Zu den Anforderungen, die die Schule stellt, kommen bei einigen auch noch die Vereine hinzu. Gerade Mütter haben eine viel zu geringe Lobby, die sie da unterstützen könnte, und erreichen jetzt in der Krise ihre absoluten Belastungsgrenzen“, gab Bär zu bedenken.

Videokonferenzen: ein Hybrid für die Zukunft?

Einen riesigen Vorteil sieht die Digitalministerin darin, dass viele Menschen gezwungen waren, Technik auszuprobieren, vor der sie normalerweise zurückschrecken – vom Lehrer bis zum Bürger. „Es ist absolut wichtig, Technik erlebbar zu machen – und dazu war jetzt Jeder gezwungen. Dann realisieren die Menschen, dass es in vielen Bereichen eine Erleichterung ist, damit zu arbeiten“, sagte sie. Ihr Wunsch sei, dass zum Beispiel der Einsatz von digitalen Konferenzen auch nach der Krise zu einem festen Bestandteil in der Arbeitswelt werde. „Warum müssen jede Woche alle Mitglieder zum Parteivorstand aus ganz Bayern anreisen? Ich hoffe

sehr, dass wir zu einer gesunden Mischung kommen. Vor der Krise waren rund zehn Prozent der Meetings digital, obwohl viel mehr digital hätten sein können. Inzwischen ist es umgekehrt. Eine 50/50-Lösung von digitalen und persönlichen Treffen wäre optimal“, schlug Bär vor. Sie sieht darin auch die Möglichkeit, Konferenzen als Hybrid anzubieten. So hätten auch Menschen mit persönlichen Einschränkungen die Chance teilzunehmen, indem sie sich per Video dazuschalten.

Keine Denkverbote

Für die Zukunft, sagte Bär, sei es vor allem wichtig zu vermitteln, dass es zur digitalen Kompetenz nicht viel brauche. „Nötig sind ein mobiles Endgerät oder Desktop, Internet und natürlich die Software zur Videokonferenz, beispielsweise eine App. Die entscheidende Frage ist: Hat jeder die Möglichkeit, teilzunehmen? Glücklicherweise haben wir mit dem ‚DigitalPakt Schule‘ Gelder zur Verfügung gestellt, die u.a. Familien ohne entsprechende Mittel ermöglichen, Endgeräte zu bekommen“, sagte Bär. Zudem forderte sie, in alle Richtungen zu denken und sich keine Denkverbote aufzuerlegen. „Wir müssen uns fragen, was wir aus der Krise lernen können. Sind Schulen beispielsweise in der Lage für höhere Klassen künftig einen kompletten Homeschooling-Tag pro Woche einzurichten? Oder ist es möglich für Kinder, die mit ihrer Mutter in Kur sind, sich digital zum Unterricht zuzuschalten?“, fragte die Ministerin.

Blockchain für Kommunen

Auch beim Thema Blockchain

sei noch viel mehr möglich – nicht nur auf Bundesebene sondern auch in den Kommunen. Im September 2019 hat die Bundesregierung die Blockchain-Strategie für Deutschland auf den Weg gebracht. Blockchains sind spezielle, kryptographisch verkettete Datenstrukturen, die ihre Datensätze in einer kontinuierlich erweiterbaren Liste dezentral speichern. Diese Dezentralität und Partizipation zeichnen die Blockchain-Technologien aus: Sie erlauben es, Beteiligung, Souveränität und Gemeinsamkeiten auszubauen – ein Aspekt, den vor allem Kommunen für sich nutzen können.

Bär nannte in dem Zusammenhang auch die Bedeutung von bürgerschaftlichem, ehrenamtlichem Engagement. „Wenn es beispielsweise um Lärmbelastung im Wohnumfeld geht, glauben Bürger oft nicht den gemessenen Werten. Was wäre, wenn sie diese über Blockchain weitergeben?“, fragte die Ministerin. Es müsse deutlich werden, dass es bei der Technologie um weit mehr gehe, als nur um elektronische Zahlungsmittel. Die Use Cases, die Finanz- und Wirtschaftsministerium derzeit ermitteln, könnten entscheidend dazu beitragen, die Potenziale der Blockchain verständlich und ihren Nutzen greifbar zu machen. „Ich bin mir sicher, dass Blockchain sehr bald ganz selbstverständlich in unseren Arbeitsalltag einfließen wird“, betonte Bär.

Baustein Tracing-App

Eine Tracing-App zur Eindämmung der Corona-Krise sieht sie allerdings nur als einen Baustein von vielen. Mit der App könnte die Nachverfolgung von Ansteckungen und Infektionsketten automatisiert und damit viel schneller und genauer ablaufen. Derzeit machen Gesundheitsämter diese Arbeit. „Die App kann die Eindämmung der Pandemie aber nur unterstützen. Die grundlegenden

Schutzmaßnahmen, bis es Medikamente und Impfungen gibt, bleiben vor allem Abstand halten, Maske tragen und Händewaschen. Zur Verzögerung führt vor allem die Diskussion über die Art und Weise der Speicherung – zentral oder dezentral“, erklärte Bär. Die deutschen Datenschutzregeln würden strikt eingehalten, hieß es nach der Bund-Länder-Konferenz. Lediglich epidemiologisch relevante Kontakte der vergangenen drei Wochen würden anonymisiert ausschließlich auf dem Handy des Benutzers ohne die Erfassung des Bewegungsprofils gespeichert. Dabei gehe es um eine Nachverfolgung („Tracing“), nicht um Echtzeit-Daten („Tracking“). Die Installation der App ist zudem freiwillig. „Für eine hohe Akzeptanz ist vor allem Vertrauen in der Bevölkerung wichtig“, unterstrich Bär zur Einführung der App.

Stabile Netze

Wovon Bär überrascht war: Keine Beschwerden über mangelnde Netzstabilität. „Ich wohne in einem der ländlichsten Landkreise Bayerns – dazu zählen Steigerwald und Rhön – und erstaunlicherweise klagte in den letzten Monaten niemand über Funklöcher“, sagte sie. Am Geld scheiterte der Ausbau der Netzabdeckung übrigens nicht. Mittel könnten nur nicht abgerufen werden. „Das liegt zum einen daran, dass wir nicht genügend Tiefbaukapazitäten haben und auch an Bürgerinitiativen, die sich gegen den Bau von Masten in den Gemeinden gründen“, erklärte Bär. Im Durchschnitt dauere es somit zwischen 18 und 24 Monaten, bis ein neuer Mobilfunkmast errichtet sei. In Sachen Mobilfunknetz 5G erschwere die Akzeptanz für die neue Mobiltelefonie zunehmend die Verbreitung von Fakenews. „In den vergangenen zwei Jahren erreichten mich mehr Anschriften, die den Stopp von 5G forderten, als Beschwerden über schlechte Anbindung“, kritisierte die Ministerin. Hinzu kämen nun Verschwörungstheorien, die Verstrahlung als Grund für die Ausbreitung des Virus sähen.

Gleichstellung als Querschnittsthema

Was das Thema Gleichstellung in der Gesellschaft angeht, setzte Bär gleich in der Schule an. „Es ist wichtig, dass Geschlechterunabhängigkeit bereits in der Grundschule beginnt. Dabei muss ein Umdenken im alltäglichen Reden stattfinden. Wie kann es sein, dass es immer noch schick ist, zu sagen: ‚Mathe ist doof‘? Wenn Frauen als eher sprachbegabt gesehen werden, sollten sie auch Programmiersprachen lernen“, forderte Bär. Zudem sei es wichtig, bereits in der Grundschule Basiswissen zu vermitteln, wie die Funktion eines Algorithmus. „Wir brauchen die Neugierde für diese Themen nicht wecken, sondern müssen sie stillen!“

Aus der Komfortzone

Um die Gleichstellung von Männern und Frauen auch im Berufsalltag zu fördern, sei neben mehr Akzeptanz für das Führen in Teilzeit auch eine bessere Bezahlung für systemrelevante Berufe wichtig. „Mit freiwilliger Selbstverpflichtung passiert in den Unternehmen jedoch nicht viel, manche müssen zur Geschlechtergerechtigkeit gezwungen werden“, sagte Bär. In der Krise läge nun eine Chance, grundsätzliche Strukturen neu zu überdenken. „Ich wünsche mir generell weniger Skepsis. In den letzten Monaten musste jeder etwas machen, was er sich vorher nicht hätte vorstellen können. Wir mussten alle unsere Komfort-Zone verlassen. Und das rate ich jedem: Einfach mal machen, statt darüber nachzudenken, ob man Dinge ausprobieren sollte“, zieht Bär abschließend ihr Fazit zum Gespräch. □



Anna Schmid und Bernhard Bacherle von der Führungsgruppe Katastrophenschutz präsentieren Schutzvisiere aus dem 3-D-Drucker.
Bild: Führungsgruppe Katastrophenschutz im Landkreis Günzburg

Herstellung im Landkreis Günzburg:

Schutzvisiere aus dem 3D-Drucker

Durch sehr viel privates Engagement konnten in den vergangenen zwei Wochen über 1.300 Schutzvisiere für Kliniken und Arztpraxen im Landkreis Günzburg beschafft werden. Das Besondere daran: Die Halterungen und Versteifungen kommen aus dem 3-D-Drucker.

Die Idee dazu kam von einem Landkreisbürger. Über das Internet hatte er von ähnlichen Aktionen in anderen Landkreisen erfahren, ein Muster gedruckt und dem Kreislinnikum zur Ansicht geschickt. Dort war man so begeistert, dass gleich eine Großbestellung folgte. Um das Unterfangen zu koordinieren und die Verteilung zentral zu gestalten nahm sich der Katastrophenschutz des Landkreises Günzburg der Organisation an.

Über 1.300 Schutzvisiere

Nach einem Aufruf über die Günzburger Zeitung und über das Radio haben sich in kürzester Zeit über 70 Personen gemeldet, die einen 3D-Drucker zu Hause haben. 45 Drucker konnten die Datei und das Material verarbeiten. Dabei wird PET- oder PLA-Plastik erhitzt, verflüssigt und über eine Düse als dünner Strahl auf einen Träger aufgebracht. Auf der Trägerplatte erkaltet das Material wieder und wird fest. Schicht

für Schicht entsteht so ein ganzes Modell. In diesem Fall eine Kopfbandhalterung und eine Versteifung auf Höhe des Kinns, um ein Schutzvisier aus Plexiglas anzubringen. Die Plexiglasscheiben wurden dann von der Firma Carmagnan Lasertechnik in Günzburg und von Erodieretechnik Naumann in Leipheim zum Selbstkostenpreis hergestellt. Im Landratsamt, im Katastrophenschutz wurden die Sets schließlich zusammengesetzt und mit Gummibändern versehen. In kürzester Zeit konnten so über 1.300 Schutzvisiere an Kliniken und Arztpraxen im Landkreis verteilt werden. Die Schilde sind leicht, flexibel und mehrfach desinfizierbar.

Diese tolle Aktion zeigt, wie schnell mit neuen Technologien und viel bürgerschaftlichem Engagement auch in Krisenzeiten schnell geholfen werden kann. Die Landkreisverwaltung bedankt sich bei allen Unterstützern für das unermüdete Drücken bei Tag und Nacht. **hajo**

Bundesumweltministerin Schulze:

Corona-Digitalisierungsschub für den Umweltschutz nutzen

Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie haben zu erheblichen Folgen für Digitalisierung und Umwelt geführt. Dazu gehören weniger Verkehr, mehr Datenvolumen und ein verändertes Einkaufsverhalten. Das ist das Ergebnis einer Datenrecherche, die das Wuppertal-Institut und Ernst & Young (EY) im Auftrag des Bundesumweltministeriums durchgeführt haben und die Bundesumweltministerin Svenja Schulze in Berlin vorgestellt hat.

Schulze zufolge „erleben wir in diesen Monaten der Pandemie einen Bruch mit vielen Routinen, die wir vor Corona hatten. Viele von uns reisen weniger, verbringen mehr Zeit in Videokonferenzen oder kaufen häufiger online ein. Niemand will, dass das Leben auf Dauer so bleibt, wie es in der Pandemie war. Aber manche neue Routine sollten wir uns erhalten, weil es Umwelt und Lebensqualität dient. Deutschland hat während des Corona-Lockdowns einen echten Digitalisierungsschub erlebt. Für die Umwelt bietet das Chancen und Risiken. Jetzt kommt es darauf an, durch kluge Politik die Chancen für den Umweltschutz zu nutzen und die Risiken zu minimieren.“

Der Personenverkehr ging durch die Corona-bedingten Einschränkungen deutlich zurück, so die Zwischenbilanz von Wuppertal Institut und EY. Ein Viertel aller Arbeitnehmer arbeitete demnach zeitweise im Home-Office. In einer Umfrage erwarten jeweils rund ein Drittel der Befragten, dass Meetings auch in den kommenden Jahren durch Videokonferenzen ersetzt werden und dass weniger berufliche Reisen stattfinden werden. Die Studienautoren gehen davon aus, dass sich der

gesamte Personenverkehr um bis zu acht Prozent reduzieren lasse, wenn Home-Office und virtuelle Arbeitsformen gefördert werden. Schulze: „Weniger Pendelverkehr und weniger Geschäftsreisen sind auch eine Chance für Lebensqualität und Umwelt. Darum habe ich mich als Umweltministerin im Rahmen des Konjunkturpakets dafür eingesetzt, die Abschreibungsmöglichkeiten für die Digitalisierung der Wirtschaft zu erweitern. Damit wollen wir Anreize setzen für Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Ausstattung der Mitarbeiter.“

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist das Wachstum beim Online-Shopping. Umfragen zeigen zwar ein erhöhtes Interesse an regionalen Produkten. Allerdings fehlt hier noch häufig der Zugang. Die Studienautoren sehen daher ein Potenzial in der Förderung regionaler digitaler Plattformen. Analog zum Rückgang des Verkehrs ist das Datenvolumen während der Corona-Zeit um rund zehn Prozent angestiegen – getrieben vor allem durch Streaming und Videokonferenzen. Ohne flankierende Maßnahmen dürfte dieser Anstieg auch zu einem höheren Energieverbrauch führen. □

Bund unterstützt Digitalisierung in Landshut

MdB Florian Oßner: Unternehmen brauchen schnelle Liquiditätshilfe

CSU-Bundestagsabgeordneter Florian Oßner hat sich noch vor der Corona-Kontaktstopp mit dem Wirtschaftsförderer der Stadt Landshut, Michael Luger, über Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes für die Digitalisierung und die Wirtschaft vor Ort ausgetauscht. Seither stehen beide im regelmäßigen Kontakt, was die weiteren Krisenmaßnahmen betrifft.

Dabei ging es auch um die Umsetzung des Digitalisierungsprojekts 5-Safe zur Verbesserung der Schulwegsicherheit mit 5G-Technologie. Im Rahmen der Diskussion um die schleppende Vergabe von Krediten an Unternehmen in der Corona-Krise sagte Oßner zu, sich als Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages weiter dafür einzusetzen, dass betroffene Firmen Finanzierungssicherheit bekommen.

Umfangreiches Kreditprogramm

„Wir haben im Haushaltsausschuss ein umfangreiches Kreditprogramm aufgelegt, das den Unternehmen helfen soll. Da ist es problematisch, wenn das von Bank zu Bank unterschiedlich gehandhabt wird“, so Oßner. Bei der Prüfung der Sicherheiten solle eine Firma vernünftig darlegen, dass es eine Zukunftsperspektive gebe. „Es ist unerlässlich, dass die Unternehmen, die vor der Corona-Krise gesund und erfolgreich waren, jetzt schnell und möglichst unbürokratisch Unterstützung erhalten“, betonten der Wirtschaftsförderer und Oßner

unisono. Der Abgeordnete ergänzte: „Dafür wirken wir weiterhin in enger Abstimmung mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier auf die Finanzwirtschaft ein. Neuerdings ist auch ein KfW-Schnellkredit mit erleichtertem Zugang und 100 Prozent Haftungsfreistellung möglich.“

Verwaltung läuft trotz Corona weiter

Parallel zu den Corona-Maßnahmen läuft auch in der Landshuter Stadtverwaltung die fachliche Arbeit so gut wie möglich weiter. Dazu gehört laut Luger unter anderem das Projekt 5-Safe, bei dem mit mobilem Internet der fünften Generation das schulische Mobilitätsmanagement im Stadtgebiet verbessert und eine Verkehrssteuerung in Echtzeit entwickelt und erprobt werden soll.

Oßner hatte im Dezember stellvertretend für die Stadt Landshut im Bundesverkehrsministerium in Berlin den Förderbescheid in Höhe von rund 94.400 Euro entgegengenommen. Konkret geht es nun darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mit 5G-Technologie der Individual-

verkehr um die Schulen zu den Stoßzeiten so gesteuert werden kann, dass Gefahrensituationen vermindert werden. „Dafür sollen in naher Zukunft Verkehrsströme in Echtzeit verfolgt, Gefahrensituationen erkannt und Lösungsmaßnahmen eingeleitet werden. Zum Beispiel sollen Autofahrer auf kritische Situationen hingewiesen und wenn möglich auf Ausweichstrecken umgeleitet werden“, erklärte Luger. Für die Umsetzung könnten zum Beispiel kabellose Sensoren in der Umgebung von Schulen installiert werden, um die Verkehrslage in Echtzeit zu erfassen und zu analysieren.

Infrastrukturförderung par excellence

Die Stadt Landshut hat mehr als 30 Schulen und Bildungseinrichtungen. Täglich sind mehr als 15.000 Schüler dorthin unterwegs. Durch das schnelle Wachstum der Stadt steigen die Schülerzahlen und das Verkehrsaufkommen stetig an. „Dieses Projekt unterstützt der Bund sehr gern. Das ist Infrastruktur- und Mobilitätsförderung par excellence für eine sichere Zukunft“, so der Infrastrukturpolitiker Oßner. „Das technische Knowhow brauchen wir gerade auch nach der Corona-Krise dringend vor Ort, um weitere Ideen in anderen Gesellschaftsbereichen vorantreiben zu können.“ □

Schneller und günstiger:

Das neue M-net-Gigabit Portfolio 2020

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net hat sein Privatkundenangebot für Internet und Telefon runderneuert. Mit dem neuen Gigabit Portfolio 2020 bietet M-net seinen Kunden in den städtischen Glasfaser-Gebieten München, Augsburg und Erlangen ab sofort mehr Auswahl im Sortiment bei attraktiven Preisen. Brandneu ist der Highspeed-Tarif Surf&Fon-Flat 600 mit 600 Megabit pro Sekunde im Download. Der Tarif mit 100 Mbit/s wurde um 5 Euro monatlich reduziert, die Surf&Fon-Flat 300 ist nun sogar für 10 Euro weniger im Monat zu haben. 30 Euro Online-Rabatt, Flexibilitätsgarantie, mehr Upload sowie Spezialtarife für junge Leute und Gamer runden das neue Sortiment ab.

„Damit unsere Kunden die Potenziale der Digitalisierung voll ausschöpfen können, benötigen sie die richtigen Internetprodukte“, erklärt Martin Breuer, Senior Produktmarketing Manager Privatkunden bei M-net: „Daher ist es wichtig, das eigene Angebot konsequent weiterzuentwickeln. Mit dem Gigabit Portfolio 2020 erweitern wir nicht nur das Sortiment um einen Tarif mit 600 Mbit pro Sekunde im Download. Gleichzeitig bieten wir mehr Upload-Bandbreite, verringern die Komplexität bei Zusatzoptionen und machen darüber hinaus die Preise für unsere Kunden noch attraktiver.“

Neuer Tarif Surf&Fon-Flat 600 und mehr Upload

M-net präsentiert mit der Surf&Fon-Flat 600 einen gänzlich neuen Tarif für Privatkunden in den städtischen Glasfaser-Gebieten München, Augsburg und Erlangen. Der Highspeed-Anschluss liefert 600 Mbit/s im Download sowie schnelle 200 Mbit/s im Upload. In diesem Zuge wurden auch die Upload-Geschwindigkei-

ten in den Tarifen Surf&Fon-Flat 300 und 1000 auf 100 bzw. 300 Mbit/s um bis zu 50 Prozent erhöht. Die Upload-Rate ist vor allem beim Hochladen großer Dateien oder hochauflösender Videotelefonie ein entscheidender Faktor. Über sie ist eine schnelle und stabile Verbindung sowie ein scharfes Videobild sichergestellt. Glasfaser punktet an dieser Stelle besonders: Anders als bei der DSL- oder Kabelversorgung ist eine stabile Bandbreite garantiert und die Leitung muss nicht – beispielsweise zu Stoßzeiten – mit anderen Anschlüssen im Haus geteilt werden. Darüber hinaus ist die Übertragung per Glasfaser auch deutlich sicherer, zuverlässiger und energieeffizienter als alternative Technologien.

Flexibilitätsgarantie und 30 Euro Online-Rabatt

Eine weitere Besonderheit im Angebot ist die Online-Flexibilitätsgarantie. Dank ihr können Kunden die Surf&Fon-Flats 300 sowie 600 unverbindlich testen und bei Wunsch nach sechs Mo-

naten in einen kleineren Tarif (mind. Surf&Fon-Flat 100) wechseln. Dementsprechend kosten die Tarife 100, 300 und 600 in den ersten sechs Monaten jeweils nur 14,90 Euro. Ab dem siebten Monat beträgt der Preis pro Monat nur 39,90 Euro für die 100er Surf&Fon-Flat, 44,90 Euro für die 300er Surf&Fon-Flat und 59,90 Euro für die 600er Surf&Fon-Flat. Bei allen drei Tarifen erhalten Kunden einen Online-Vorteil von 30 Euro. Neukunden, die sich jetzt für einen Tarif von M-net entscheiden, sparen zudem den einmaligen Bereitstellungspreis – egal ob der Tarif online oder im Shop abgeschlossen wird. Dies entspricht einem weiteren Kostenvorteil von fast 50 Euro.

Komfort-Anschluss jetzt immer inklusive

Um die Komplexität im Sortiment zu verringern, hat jeder Tarif im Gigabit Portfolio 2020 ab sofort den Komfort-Anschluss mit Telefon-Flat inklusive. Der Vorteil: Der Anschluss bietet zusätzliche Leistungen wie zwei Leitungen (Sprachkanäle), standardmäßig drei Rufnummern (auf Wunsch erweiterbar auf bis zu 10 Rufnummern) und zusätzliche Leistungsmerkmale wie Anklöpfen, Rückfrage/Makeln und Dreierkonferenz. Für den Komfort-Anschluss empfiehlt M-net die HomeBox Komfort. Sie ist mit den Surf&Fon-Flat Tarifen 300 und 600 ohne Zusatzkosten erhältlich und kostet im Tarif Surf&Fon-Flat 100 nur

4,90 Euro zusätzlich pro Monat.

Bundesnetzagentur:

Fernsehpaß und Spezialtarife

Generell gilt: Je hochwertiger der Anschluss, desto mehr Zusatzleistungen sind inbegriffen. Die Surf&Fon-Flat 1000 mit einem Gigabit pro Sekunde Downloadgeschwindigkeit ist erstmals für unter 100 Euro verfügbar. Mit diesem Tarif ist der Premium WLAN-Router „HomeBox Komfort“, das Fernsehangebot TVplus sowie das HD-Paket ohne weitere Zusatzkosten erhältlich. Im Tarif 600 bietet M-net bei der Buchung von TVplus für nur 4,90 Euro pro Monat das HD-Paket kostenfrei dazu an. Wer den Tarif Surf&Fon-Flat 300 abschließt, kann den vollen Fernsehgenuss mit den Zusatz-Optionen TVplus und HD-Paket für jeweils nur 4,90 Euro pro Monat direkt dazu wählen. Auch die speziellen Tarife für Gamer oder junge Nutzer hat M-net überarbeitet: Ganz neu ist die Surf-Flat 300 GAMER für nur 34,90 Euro monatlich. Die Surf-Flats 100 GAMER und 100 YOUNG sind ab sofort für nur 29,90 Euro pro Monat verfügbar.

M-net bietet jede Surf&Fon-Flat für 5 Euro weniger pro Monat auch als reine Surf-Flat ohne Telefonie. Alle Tarife sind Online unter www.m-net.de, in den M-net Shops und Partnershops vor Ort, bei den M-net Serviceberatern im Außendienst und direkt per Telefon bestellbar. Die Verfügbarkeit ist abhängig von der Art der Gebäudeerschließung.

Geschäftskunden: Starke Gigabit-Anschlüsse nun auch für kleine Unternehmen

Nicht nur Privatkunden können künftig höhere Bandbreiten bei M-net buchen. Auch für Geschäftskunden mit einem Premium IP-Anschluss stehen künftig Bandbreiten von bis zu 1.000 Mbit/s im Downstream und 300 Mbit/s im Upstream zur Verfügung. Im ersten Schritt stehen die neuen Geschäftskunden-Angebote für Mehrgeräte-Anschlüsse mit bis zu zehn Einzelrufnummern zur Verfügung, ab September 2020 auch für Anlagen-Anschlüsse mit Durchwahlrufnummern.

Mit der Einführung der neuen Tarife gestaltet M-net seine Geschäftskunden-Angebote noch attraktiver und ermöglicht es auch kleinen Unternehmen wie Architekturbüros, Anwaltskanzleien oder Arztpraxen, höchste Bandbreiten zu nutzen. So kostet der M-net Premium IP 1000 nur 99,90 Euro pro Monat zuzüglich Mehrwertsteuer.

Im Gegensatz zu Privatkundenanschlüssen verfügen Geschäftskundenanschlüsse über Business-Optionen wie eine feste IP-Adresse, fest vereinbarte Entwürfen und persönliche Ansprechpartner.

Jahresbericht zu Breitband und Mobilfunk

Detaillierte Ergebnisse ihrer Breitbandmessung 2019 sowie Fakten zum Mobilfunkausbau hat die Bundesnetzagentur in ihrem Jahresbericht veröffentlicht. Laut Präsident Jochen Homann „zeigen sich gegenüber den Vorjahren erneut wenige Veränderungen. Über alle Bandbreitklassen und Anbieter hinweg erreichen Kunden oft nicht die maximale Geschwindigkeit, die ihnen in Aussicht gestellt wurde. Somit besteht nach wie vor Handlungsbedarf bei den Breitbandanbietern.“

Laut Jahresbericht erhielten im Download 70,1 % der Nutzer (2017/2018: 71,3 %) bei stationären Breitbandanschlüssen mindestens die Hälfte der vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsraten. Bei 16,4 % der Nutzer (2017/2018: 12,0 %) wurde diese voll erreicht oder überschritten.

Die Ergebnisse fielen zwischen den einzelnen Bandbreitklassen und Anbietern wieder unterschiedlich aus. Die meisten Kunden waren auch im aktuellen Berichtszeitraum mit der Leistung des Anbieters zufrieden (Noten 1 bis 3). Ihr Anteil ist mit 61,4 % weiterhin leicht rückläufig (2017/2018: 62,0 %).

Auf dem Breitbandmarkt wurden im Jahr 2019 verstärkt Anschlüsse mit hohen vermarkteten Bandbreiten nachgefragt. Von den 35,1 Mio. aktiven Breitbandanschlüssen in Festnetzen erhöhte sich der Anteil der gebuchten Anschlüsse mit mindestens 100 Mbit/s 2019 auf rund 26 Prozent (2018: knapp 20 Prozent). Eine vermarktete Bandbreite von mindestens 1 Gbit/s wies zu diesem Zeitpunkt ca. 0,2 Mio. Anschlüsse auf. Noch 2,9 Mio. Breitbandkunden nutzten Ende 2019 Anschlüsse mit einer vermarkteten Datenrate von weniger als 10 Mbit/s.

Beim Ausbau der Mobilfunknetze ist die Zahl der Funkbasisstationen 2019 auf 190.595 angestiegen (Ende 2018: 181.640), davon 62.567 LTE-Basisstationen (2018: 54.911). 57.457 Basisstationen entfielen auf UMTS/3G (2018: 57.180) und 70.432 auf GSM/2G (2018: 69.549). Zudem wurden 139 5G-fähige Basisstationen in Betrieb genommen. In der Praxis werden vielfach Basisstationen eingesetzt, die unterschiedliche Technologien wie GSM, UMTS und LTE abdecken. Ende 2019 beträgt die Zahl der Antennenstandorte daher 81.282.

Die Digitalisierung hat zur Folge, dass das Datenvolumen in Fest- und Mobilfunknetzen erneut gestiegen ist. 2018 betrug das im Festnetz erzeugte Datenvolumen rund 46.000 Mio. GB. Vorläufige Berechnungen prognostizieren für 2019 ein Gesamtvolumen von etwa 52.000 Mio. GB. Dies entspräche einem durchschnittlichen Datenverbrauch in Höhe von ca. 124 GB pro Nutzer. Im Mobilfunk fallen die jährlichen Zuwachsraten mittlerweile etwas geringer aus.

Eine baldige Sättigung ist dennoch nicht absehbar. 2019 wurden über die Mobilfunknetze rund 2,757 Mio. GB Daten übertragen, im Vorjahr waren es 1,993 Mio. GB. Die Nutzung von SMS ist weiter rückläufig. 2019 wurden 7,9 Mrd. SMS versendet, (2018: 8,9 Mrd.). Fakt ist: Die Netzabdeckung mit Mobilfunk entspricht in Deutschland weiterhin nicht dem Standard, den die Bürger vieler anderer europäischer Staaten gewohnt sind. Auch der Landkreis Schweinfurt ist davon betroffen. Landrat Florian Töpfer begrüßt daher das nun angekündigte Vorgehen der Bundesnetzagentur. Diese hat die Mobilfunknetzbetreiber aufgefordert, die Versorgungsauflagen, die bis Anfang 2020 hätten erfüllt sein sollen, bis spätestens 31. Dezember 2020 vollständig nach zu erfüllen. Für den Fall, dass die vollständige Erfüllung nicht fristgerecht erreicht wird, hat die Bundesnetzagentur angekündigt Zwangsgelder festzusetzen oder Geldbußen verhängen zu wollen.

Töpfer zufolge „haben die Mobilfunkanbieter, obwohl sie dafür fast fünf Jahre Zeit hatten, es nicht geschafft, die Autobahnen und Schienenstrecken vollständig mit Mobilfunk zu versorgen. Bei künftigen Versteigerungen von Mobilfunklizenzen müssen kürzere und verbindlichere Zwischenziele vorgegeben werden, damit endlich auch in den Landkreisen flächendeckend mobiles Internet bereitgestellt wird.“

Die Versorgungsauflagen sahen vor, dass bis Anfang 2020 bundesweit mindestens 98 Prozent der Haushalte sowie die Hauptverkehrswege (Bundesautobahnen und Schienennetz) mit Mobilfunk versorgt hätten sein müssen. Weitergehende Versorgungsauflagen, etwa bezogen auf die gesamte Fläche oder auf Bundes- und Staatsstraßen, wurden bisher vom Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur und der Bundesnetzagentur nicht bei der Vergabe von Mobilfunklizenzen eingefordert.

Aus Sicht von Landrat Töpfer muss der ländliche Raum auch bei dieser Infrastruktur gleichwertige Entwicklungschancen haben. Er bekräftigt die Forderung des Deutschen Landkreistags, dass weitergehende Versorgungsauflagen oder ein verpflichtendes nationales Roaming bei künftigen Lizenzversteigerungen erfolgen sollen. **DK**

Open Source in Kommunen

Ergebnisse einer KGSt-Umfrage mit Unterstützung des Deutschen Städtetags und der Vitako

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland ist sowohl auf Bundes- und Länderebene als auch auf kommunaler Ebene zunehmend abhängig von einzelnen Software-Anbietern. Dies kann den Handlungsspielraum bei Beschaffung, Entwicklung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie einschränken und damit die sog. digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung gefährden.

Ob und warum die kommunale Ebene eine Abhängigkeit von Software- und Cloud-Anbietern sieht und welche Konsequenzen diese mit sich bringt, war Kern einer Umfrage der KGSt mit Unterstützung des Deutschen Städtetags und der Vitako. An der Umfrage nahmen insgesamt 162 Stadt-, Kreis- oder Gemeindeverwaltungen bzw. kommunale Rechenzentren teil.

Das Ergebnis zeigt, dass ca. 23 Prozent der Befragten die Abhängigkeit von Software- oder Cloud-Anbietern als „sehr kritisch“ bewerten, 35 Prozent bewerten sie als eher kritisch und noch 29 Prozent als teilweise kritisch. Nach Ansicht der teilnehmenden Kommunen und Rechenzentren fällt die „fremdgesteuerte Innovation“ bei den „Schmerzpunkten“ am stärksten ins Gewicht.

Durch die Einführung neuer Produktversionen ohne Wahlmöglichkeit lässt sich beispielsweise nicht steuern, welche Funktionen und Features es für den digitalen Arbeitsplatz vor Ort wirklich braucht oder eben nicht braucht. Dies kann außerdem zu Problemen beim Betrieb von Fachapplikationen führen, die in einem immer komplexeren Netz aus in Verbindung stehenden Anwendungen viel Aufklärungsaufwand bedeuten können.

Erst danach geben die befragten Kommunen an, dass die rechtliche Unsicherheit, beispielsweise im Bereich des Datenschutzes, problematisch ist. Gerade die vermehrten „Cloud Only“-Strategien vieler Hersteller trügen dazu bei.

Durch den Einsatz proprietärer Software kann eine Verwaltung auch in ihrer Flexibilität ein-

geschränkt sein, weil etwa Kompatibilitäten zu Drittanbietern fehlen oder nur mit erhöhtem Aufwand und eingeschränkter Funktionalität hergestellt werden können. Auch dieser Schmerzpunkt wird von den teilnehmenden Kommunen und Rechenzentren angegeben. Es folgen ggf. unkontrollierbare Kosten durch nicht transparente Lizenzmodellen. Im Zusammenhang mit den Cloud-Strategien sind einige Preis- und Lizenzmodell Anpassungen für den Auftraggeber schwerer steuerbar. Hinzu kommt die Gefahr eines Vendor-Lock-In. Dieser beschreibt eine mögliche Abhängigkeit vom Cloud-Anbieter. Das Schlusslicht möglicher Schmerzpunkte bildet die Informationssicherheit.

Kein einheitliches Bild

Gleichzeitig hat die Umfrage aber auch gezeigt, dass gerade in „anwendernahen“ Bereichen häufig noch von Open-Source-Software (OSS) abgesehen wird. Die Nutzerakzeptanz und -gewohnheit ist bei proprietärer Software offenbar höher bzw. wird höher eingeschätzt.

Im Bereich der IT-Infrastruktur in „anwenderferneren“ Bereichen setzen dagegen viele Verwaltungen und Rechenzentren bereits erfolgreich OSS ein. Laut Umfrage wird damit experimentiert und getestet. Die kommunale IT zeigt sich also grundsätzlich offen gegenüber „Open Source“, zumindest so lange, wie sie in ihrem „Revier“ arbeitet und nicht auf die Unterstützung und Akzeptanz der Fachbereiche und Nutzenden angewiesen ist. **DK**

Viele Fachverfahren sind standardmäßig nur mit gängigen, proprietären Produkten kompatibel. Auch das ist aktuell noch ein Hemmschuh für den vermehrten Einsatz von Open Source. Offene Standards und Schnittstellen sind daher ein wichtiger Schritt in Richtung Open Source. Erst wenn an dieser Stelle mehr Flexibilität gegeben ist, scheint auch ein intensiverer Einsatz von OSS realistisch.

Rund die Hälfte der befragten Kommunen und Rechenzentren gibt an, dass Open Source für sie im Beschaffungs- und Vergabeverfahren keine besondere Rolle spielt. Knapp 40 Prozent der befragten Kommunen und Rechenzentren führt eine bedarfsgetriebene Recherche nach Lösungen durch. OSS wird in diesem Zuge auf ihre Eignung geprüft und ggf. gezielt beschafft und eingesetzt.

Die Nutzerstimmen zur Befragung zeigen, dass aktuell häufig die proprietäre Software aufgrund einer höheren Funktionalität und Kompatibilität den Vorzug erhält. Gerade für kleine Kommunen sei es schwieriger, einen Zugang zu Open Source-Produkten zu erhalten. Gerade hier fehlten Know-how und Kapazitäten für das Erproben, Weiterentwickeln und den Support. Hier biete der Einsatz proprietärer Software Vorteile. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass ein sukzessiver, vermehrter Einsatz von OSS nur durch größere Zusammenschlüsse gelingen kann.

Fazit: Die Dringlichkeit des Themas wird erkannt, aber ein Umstieg als schwer umsetzbar empfunden. Ein klares, einheitliches Bild „pro“ oder „contra“ Open Source gibt es unter den befragten Kommunen und Rechenzentren nicht. Für viele Verwaltungen stellt sich die Frage, wie ein dauerhafter Support und eine Weiterentwicklung der OSS gelingen kann. **DK**

Bayernweit –
Gemeinsam für mehr
Geschwindigkeit

breitbandausbau@m-net.de

M-net

Weniger Spurenstoffe durch Ozonung

Die Wasserwirtschaft warnt vor der zunehmenden Belastung der Gewässer durch Schadstoffe und insbesondere Spurenstoffe. Dabei sind kommunale Kläranlagen für viele anthropogenen Spurenstoffe ein wesentlicher Eintragspfad in den Wasserkreislauf. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang, ob die generelle Einführung einer vierten Reinigungsstufe in den Anlagen sinnvoll ist oder eine Stärkung des Verursacherprinzips sich besser für den Gewässerschutz eignet. Am Standort Weißenburg in Bayern wurden wichtige Prozessparameter einer großtechnischen vierten Reinigungsstufe gewonnen.

Chemische Substanzen, die in geringsten Konzentrationen vorkommen, stehen seit einigen Jahren im Fokus von Wissenschaft und Wasserwirtschaft, denn aufgrund der Fortschritte in der Analytik können Wissenschaftler inzwischen geringste Stoffkonzentrationen in der Umwelt nachweisen. Viele Spurenstoffe gelangen mit dem Abwasser der Haushalte in die kommunalen Kläranlagen.

Die in Kläranlagen eingesetzten biologischen Aufbereitungsverfahren können zwar einige organische Spurenstoffe im Abwasser relativ gut beseitigen. Andere Substanzen dagegen, darunter auch Arzneimittel, werden nicht oder nur ungenügend entfernt. Daher werden bundesweit Verfahren der vierten Reinigungsstufe erprobt, die Spurenstoffe zum Beispiel durch Ozon oder Aktivkohle aus dem Abwasser entfernen.

Pilotprojekt in Weißenburg

In Bayern wurden vor allem sekundäre Mikroplastik-Partikel im Chiemsee, Starnberger See, Ammersee und Altmühlsee festgestellt. Der Freistaat verfolgt eine schrittweise Vorgehensweise

hinsichtlich des Umgangs mit anthropogenen Spurenstoffen und der Frage der Notwendigkeit einer vierten Reinigungsstufe. Dazu hat die Stadt Weißenburg im Rahmen eines Pilotprojektes mit Förderung des Freistaates Bayern auf der Kläranlage Weißenburg (Ausbaugröße 35.000 EW) eine großtechnische Anlage zur Elimination von Spurenstoffen errichtet. Träger des Vorhabens ist die Stadt Weißenburg.

Ausschlaggebend für die Auswahl des Standortes war, neben den guten Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit auf der Kläranlage, vor allem die Einleitung des Abwassers in die Schwäbische Rezat, die aufgrund der niedrigen Abflüsse als wasserwirtschaftlich sensibles Gewässer gilt.

Deutlich höhere Reduktionsraten

Das Pilotprojekt in Weißenburg startete im Mai 2014 mit dem Ziel praktische Erkenntnisse zu Bemessung, Betrieb und der Leistungsfähigkeit sowie zu den wichtigsten Prozessparametern einer großtechnischen vierten Reinigungsstufe zu gewinnen. Weite-

re wesentliche Zielsetzungen in diesem Pilotvorhaben waren die Auswirkungen der vierten Reinigungsstufe auf die Zustände im Gewässer vor und nach der Inbetriebnahme zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden im vergangenen Jahr in einem Abschlussbericht zusammengefasst. Im Hinblick auf die Reinigungsleistung in der vierten Reinigungsstufe zeigte sich die Kombination von Ozonung mit einer nachgeschalteten Adsorptionsstufe am wirksamsten. Im Vergleich zu den Einzelverfahren konnten deutlich höhere Reduktionsraten bei Spurenstoffen erzielt werden. So wurde eine gemittelte Elimination der zwölf Indikatorsubstanzen von rund 92 Prozent erreicht. Die vierte Reinigungsstufe in Weißenburg ist so ausgelegt, dass etwa 86 Prozent der Jahresabwassermenge behandelt werden können. Damit ergab sich eine rechnerische Gesamtreduktion in der Kläranlage von 75 Prozent bzw. 82 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Wirtschaftlichkeit belegt

Nach circa einem Jahr Optimierungsphase wurde am Standort Weißenburg ein Zustand erreicht, der es dem Betreiber ermöglichte, die Anlage betriebssicher weiter zu betreiben. Zur Einstellung eines dauerhaft sicheren Betriebes muss das Verhalten der Anlagen- und Messtechnik weiter überprüft werden. Optimierungspotenziale bestehen insbesondere bei den optischen Messgerä-

ten, der Ozonanlage (Vermeidung von Stillstandzeiten) sowie bei der Regelung der Ozondosierung. Die untersuchte Verfahrenskombination sei somit technisch und wirtschaftlich umsetzbar, lautete das Fazit im Abschlussbericht.

EU in der Pflicht

Eine Deloitte-Studie im Auftrag des Europäischen Wasserverbands EurEau kommt zu dem Schluss, dass die Umweltbelastung durch Mikroverunreinigungen europaweit besser reduziert werden könnte, wenn die EU die bestehenden Rechtsvorschriften konsequenter umsetzen würde. Der Unterausschuss des Europaparlaments (ENVI) erklärte Anfang März 2020 in einer Entschließung, dass die EU-Maßnahmen für eine vernünftige Verwendung und Entsorgung von Arzneimitteln ergreifen sollte, um Risiken für die Umwelt und die öffentliche Gesundheit zu minimieren. Gleichzeitig forderte er neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltbelastung durch Arznei-

DWA-Positionen:

Europäische Kommunalabwasser-Richtlinie in der Evaluation

Die Europäische Kommunalabwasserrichtlinie wird von der Europäischen Kommission evaluiert („Fitness Check“). Im Rahmen dieses Prozesses bringt die DWA in einem Positionspapier Forderungen für eine Weiterentwicklung der Richtlinie in Richtung eines sachgerechten und zukunftsweisenden Gewässerschutzes in die Diskussion ein.

Die Reduzierung des Nährstoffeintrags in die Gewässer ist wesentlich, um einen guten ökologischen Gewässerzustand nach der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen. Daher sollte aus DWA-Sicht die gezielte Stickstoff- und Phosphorelimination europaweit für größere Kläranlagen Standard werden. Dadurch könnten auch Synergien im Hinblick auf eine Verminderung von Spurenstoffen erzielt werden. Hierdurch würden gleichzeitig deutlich mehr relevante Spurenstoffe in den Kläranlagen zurückgehalten, wie wissenschaftliche Studien belegen.

Europaweit einheitlich formulierte Anforderungen zur Niederschlagswasserbehandlung sind derzeit noch nicht sachgerecht und sollten den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben. Notwendig sei jedoch, dass die Grundsätze einer Regenwasserbewirtschaftung bzw. eines Regenwassermanagements europaweit einheitlich klarer zum Ausdruck kommen.

Wassersensible Gestaltung

Maßnahmen, für die die Mitgliedsstaaten nach einer angepassten Richtlinie Anreize schaffen sollten, seien solche mit dezentralem Regenwasserrückhalt, Versickerung, Verdunstung, Regenwassernutzung, verzögerte (offene) Ableitung zur Reduzierung/Begrenzung der Regenwasserabflüsse in die Kanalisation einschließlich der Schmutzfrachten sowie die fallspezifische Behandlung verschmutzter Regenwasserabflüsse in der Trennkana- lisation. Dabei könnten die Mitgliedsstaaten nach dem Vorbild der EU-Hochwasserrichtlinie verpflichtet werden, entsprechende Managementpläne vorzusehen. In diesem Zusammenhang lassen sich auch Synergien für eine wassersensible Gestaltung urbaner Räume und damit für eine verbesserte Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels erzielen (z. B. im Zusammenhang mit Sturzfluten).

Die zunehmende Verschmutzung der Umwelt durch Plastik stellt ein Problem dar, das gelöst werden muss. Die DWA begrüßt daher die intensiven quellenbezogenen Maßnahmen auf europäischer Ebene im Rahmen der Plastikstrategie, weil sie auf Vermeidung abzielt. Bei dem ver-

mittel. Hintergrund ist die im März 2019 von der Europäischen Kommission vorgelegte Arzneimittel-Strategie.

Kunststoff erfolgreich entfernt

Das Umweltbundesamt (UBA) hat sich dem Thema der Duftstoffe aus Wasch- und Reinigungsmitteln, die in die Kläranlagen gelangen, gewidmet. Sie sollten nach Auffassung des UBA systematisch recherchiert und dokumentiert werden. Die Entfernung von Kunststoff einschließlich Mikroplastik aus Abwasser durch Kläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe ist dem UBA zufolge sehr erfolgreich - bei Mischwasserabflüssen und Abwasser aus der Trennkana- lisation müsse die Behandlung aber verbessert werden. Von Bedeutung ist aber auch das Verhalten der Verbraucher. Eine Kampagne in Nordrhein-Westfalen setzt beispielsweise beim Problembewusstsein der Bevölkerung an.

Die Bundesregierung bereitet aktuell Maßnahmen vor, um Flü-

se und Seen in Deutschland besser vor Spurenstoffen zu schützen. In einer einjährigen Pilotphase sollen im Rahmen von Runden Tischen erste Maßnahmen bundesweit entwickelt und teilweise umgesetzt werden. So erhält die Kläranlage Tübingen eine Ozonungsanlage, die Spurenstoffe aus dem Abwasser herausfiltert. Auch Baden-Württemberg plant den Ausbau der vierten Reinigungsstufe zur Spurenstoffelimination in den kommenden Jahren weiter voranzutreiben.

Das baden-württembergische Umweltministerium hat sich bereits im August 2019 zur großflächigen Belastung des Bodens und des Grundwassers in Mittelbaden durch poly- und perfluorierte Chemikalien (PFC) geäußert. Nach Ansicht des Ministeriums sei die Verunreinigung nicht nur in qualitativer, sondern auch in quantitativer Hinsicht ein Problem. Eine großflächige Sanierung der belasteten landwirtschaftlichen Fläche von derzeit knapp 900 Hektar sei jedoch mit verhältnismäßigen Mitteln nicht möglich. red

nigungen überwiegend aus diffusen Quellen resultieren, d. h. über atmosphärische Wege, Erosion oder die Bodenpassage eingetragen werden, bedürfte es anderer wirksamer Maßnahmen.

Abwasserbehandlungsanlagen zählen zu den großen kommunalen Stromverbrauchern. Deshalb sei es gerechtfertigt, in einer weiterentwickelten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (UWWTD) festzulegen, dass Techniken eingesetzt werden sollen, die bei vergleichbarer Reinigungsleistung und vergleichbarem Betriebsaufwand energieeffizient sind.

Ausdrücklich spricht sich die DWA gegen die Einführung von Energieeffizienzklassen für Kläranlagen aus, da die Rahmenbedingungen für die Anlagen zu unterschiedlich und damit nicht vergleichbar seien. Mit dem Arbeitsblatt DWA-A 216 „Energiecheck und Energieanalyse – Instrumente zur Energieoptimierung von Abwasseranlagen“ lägen technische Festlegungen vor, mit denen die Energieeffizienz von Abwasseranlagen sachgerecht verbessert werden kann.

Monitoring weiterentwickeln

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft setzt sich zudem für eine sachgerechte Weiterentwicklung des Monitorings nach der UWWTD ein. Dies bedeutet, dass danach künftig Mischwasserüberläufe erfasst werden sollten, idealerweise nach Anzahl und Zeitraum. Hierdurch ließen sich Rückschlüsse auf die Relevanz für die jeweiligen Gewässer ziehen.

„Bei der Weiterentwicklung des Gewässerschutzes nach der UWWTD muss der unterschiedliche Stand der Abwasserbehandlung in den Mitgliedsstaaten mit einer zukunftsfähigen Anpassung in den Einklang gebracht werden“, heißt es in dem Papier. Auch sei gut ausgebildetes Personal für eine ordnungsgemäße Abwasserreinigung in gleicher Weise bedeutend, wie die Ausrüstung der technischen Anlagen.

Wenn die Kommunalabwasserrichtlinie Mindestanforderungen an eine geordnete Abwasserableitung und Behandlung stellt, sollte im Rahmen der Weiterentwicklung und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips auch ein erster Schritt hin zu einer europäisch einheitlichen Qualifikation des Anlagenpersonals gegangen werden. Dies gelte insbesondere für die technische Führungskraft. DK

Projekt Wasserschutzbrot erfolgreich

Die Regierung von Unterfranken hat im Rahmen der Aktion Grundwasserschutz – Trinkwasser für Unterfranken vor gut fünf Jahren das Projekt Wasserschutzbrot initiiert. Es ist ein Modellprojekt für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, regionaler Verarbeitung und dem Lebensmittelhandwerk.

Das Prinzip ist einfach: Konventionelle Landwirte verzichten beim Anbau von Qualitätsweizen in wassersensiblen Gebieten, zum Beispiel Einzugsgebiete der öffentlichen Trinkwasserversorgung, auf die Stickstoff-Spätdüngung. Hierdurch verringert sich die Gefahr der Nitratauswaschung ins Grundwasser. Mühlen aus der nahen Umgebung vermahlen den „Wasserschutz-Weizen“ zu „Wasserschutz-Mehl“. Familiengeführte, handwerkliche Bäckereien backen daraus Wasserschutzbrot und weitere Backwaren. Die anfängliche Skepsis seitens der Praxis hat sich nicht bewährt: Das Wasserschutz-Mehl ist dank der richtigen Weizensorten auch mit einem geringeren Eiweißgehalt (circa elf Prozent) hervorragend backfähig.

Mittlerweile hat sich das Wasserschutzbrot zu einer kleinen Erfolgsgeschichte entwickelt: 2019 wurden auf 330 Hektar in Trinkwasserschutzgebieten Ober-, Mit-

tel- und Unterfrankens rund 2.300 Tonnen Winterweizen ohne Qualitätsdüngung erzeugt und an die sechs beteiligten Mühlen geliefert. Das daraus gebackene Wasserschutzbrot und -gebäck fand in 28 Bäckereien mit über 100 Verkaufsstellen sehr guten Absatz. Die Nominierung für die Top drei des Deutschen Nachhaltigkeitspreises Forschung zeigen, dass das Projekt durchaus Strahlkraft besitzt.

Kunde trägt zum Grund- und Trinkwasserschutz bei

Die Warteliste motivierter Landwirte zur Produktion von Wasserschutz-Weizen ist lang, gesucht werden derzeit vor allem Bäckereien, die in Zukunft Wasserschutzbrot backen möchten. Auf Wunsch wird das Wasserschutzmehl kostenlos zum Testen zur Verfügung gestellt.

Viele Grundwasserschutz-Projekte sind für den Endverbraucher schwer greifbar. Anders das

Wasserschutzbrot: Durch die bewusste Kaufentscheidung in einer Wasserschutzbäckerei trägt der Kunde direkt zum Grund- und Trinkwasserschutz bei und erhält gleichzeitig ein regionales Produkt, dessen Herkunft transparent bis zum Acker dargestellt werden kann.

Grundsätzlich benötigen Maßnahmen in der Landwirtschaft zum Schutz des Grundwassers – dieses hat ein langes Gedächtnis – jedoch ausreichend Zeit, um Wirkung in der Fläche zu entfalten. Im Boden zeigen sich seit Jahren die deutlich niedrigeren Restnitratgehalte gegenüber herkömmlichem Backweizen. Entsprechend niedriger ist die Nitratbelastung des Grundwassers unter diesen Flächen. Besonders wertvoll sind die Maßnahmen deshalb vor allem in Einzugsgebieten der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Bis dato sind zehn Wasserversorger als Partner am Projekt beteiligt.

Weitere Partner gesucht

In den nächsten Jahren sollen die Zahlen weiter gesteigert werden, deshalb werden weitere Partner, allen voran Bäcker im Projekt gesucht. Dies gilt für ganz Unterfranken. Es gibt viele gute Gründe, Wasserschutzbäcker zu werden: Der aktive Einsatz für den Schutz des Grundwassers und der Umwelt, die Einbindung in ein funktionierendes Partner-Netzwerk, die Transparenz vom Acker bis zur Ladentheke, die Kommunikation von Regionalität und Ressourcenschutz als Verkaufsargument (die Kommunikationsmittel werden vom Projekt unentgeltlich und individuell gestellt), die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch das Projekt, die regionale Wertschöpfung und nicht zuletzt das gute Gefühl, das Richtige zu tun. □

Messdatenmanagement:

Regenbecken-Expert für Kommunen

Für Kommunen, Ingenieurbüros und Aufsichtsbehörden hat die DWA eine Software herausgebracht, die auf einfache Weise Regenbecken-Daten importiert, darstellt und archiviert.

Ob Regenüberlaufbecken, Regenklärbecken, Regenrückhaltegraben oder Retentionsbodenfilter: Der Regenbecken-Expert gibt beckenbezogen Auskunft über Füllstand, Einstau- und Entlastungsverhalten sowie Überfallhöhe und Entlastungsmengen. Zugleich können eigene Regenschreiber und die öffentlich zugänglichen Daten des Deutschen Wetterdienstes integriert werden. Darüber hinaus enthält das sehr praxisorientierte Produkt bundesländer-spezifische Berichtsvorlagen.

Eine kostenfreie Demoversion ist auf der DWA-Homepage unter www.dwa.de/software einsehbar. DK

Jumbo Group smart dry GmbH:

Neue Wege bei der Klärschlammverwertung

Durch Belastungen mit Schadstoffen stellt insbesondere Klärschlamm die Betreiber von Kläranlagen vor Entsorgungsprobleme. Mit der von ihr entwickelten Anlagentechnik ermöglicht die Jumbo Group smart dry GmbH mit Sitz im schwäbischen Buttenwiesen die Umwandlung dieser Reststoffe in Wertstoffe.

In ihren Trocknungsanlagen wird dazu die nasse Biomasse in einem hocheffizienten Verfahren getrocknet und in staubfreie, wiederverwendbare Pellets gepresst. Durch die Einbindung in den Abgasstrom eines vorhandenen BHKW, Gasbrennkammer oder Pyrolyse lässt sich die sonst ungenutzte thermische Energie im Trocknungsprozess gewinnbringend nutzen und reduziert die Ausgangsmasse auf ei-

nen Bruchteil ihres Gewichts. Das Endprodukt in Pelletform lässt sich abhängig vom ursprünglichen Material als organischer Dünger, Brennstoff, Einstreu, Additive oder Tierfutter weiterverwenden.

Monitoringsystem

Spürbar erleichtert wird der Anlagenbetrieb durch den Einsatz eines (Echtzeit-)Monito-

ringsystems. Die fortlaufende, maschinelle Überwachung rund um die Uhr mit automatischer Fehlererkennung und Benachrichtigung spart Personal- und Bereitschaftszeit und ermöglicht einen effizienteren und ertragreicheren Betrieb. Die zentrale Datenerfassung und Visualisierung quasi in Echtzeit erlaubt dem Betreiber tiefgehende und teils neue Einblicke in seine Anlagentechnik, wodurch sich Störfälle erkennen und künftig vermeiden lassen. Die Vorteile und Ertragsverbesserungen amortisieren Investitionen in die Business Intelligence bereits nach kurzer Zeit.

Stadtwerke Jena Netze GmbH:

Erfahrungen mit der Gütegemeinschaft Kanalbau

Als Partner des Zweckverbandes JenaWasser (KÖR) kümmert sich die Stadtwerke Jena Netze GmbH um alle technischen Anlagen zur Wasserver- und Abwasserentsorgung in Jena und über 20 Städten und Gemeinden des Umlandes. Beim Abwassernetz ist Gunar Schmidt, Geschäftsführer der Stadtwerke Jena Netze GmbH, verantwortlich für alle Investitions- und Baumaßnahmen. Unterstützt wird er unter anderem von Werner Waschina, Stellvertretender Werkleiter von Jena Wasser und Bereichsleiter Abwasser der Stadtwerke Jena GmbH. Die Stadtwerke Jena Netze haben eine eigene Tiefbauabteilung, die ein Gütezeichen Kanalbau RAL-GZ 961 für den Ausführungsbereich AK3 besitzt. 12 Mitarbeiter und eine gute maschinentechnische Ausstattung sind die Basis dafür, dass ein relativ angemessener Anteil an Baumaßnahmen selbst ausgeführt werden kann.

Im folgenden Interview geben Gunar Schmidt und Werner Waschina Einblicke in die Arbeit am Jenaer Kanalnetz, berichten über ihre Erfahrungen mit der Gütegemeinschaft Kanalbau und über das Arbeiten in Zeiten der COVID-19-Pandemie.

Wie ist es um die Qualität des Jenaer Kanalnetzes bestellt?

Waschina: Der Zweckverband JenaWasser betreibt zur Zeit 804 km Freispiegelkanäle. Davon sind 420 km seit 1990 durch Neubau oder Erneuerung entstanden, so dass das mittlere Alter der Kanäle rund 42 Jahre beträgt. Nur etwa 15 % der Kanalisation muss derzeit in der kurz- und mittelfristigen Sanierungsplanung bearbeitet werden. Wir gehen bei den derzeitigen Baumaterialien und bei Güteschutz-betreuer Bauqualität von einer technischen Nutzungsdauer von ca. 100 Jahren aus.

Welches sind die wesentlichen Herausforderungen, die beim Betrieb von Abwassernetzen – auch speziell in Jena – zu bewältigen sind?

Waschina: Der Zustand des gesamten Kanalnetzes wurde in einer Datenbank erfasst. Die Befahrungen mit der TV-Technik erfolgen in Eigenregie durch zertifizierte Fachkräfte im Zyklus der Thüringer Eigenkontrollverordnung (ThürAbwEKVO). Die planmäßige Reinigung erfolgt mit modernsten Hochdruckspülfahrzeugen. Derzeit wird das neue Kanalmanagementsystem dahingehend ausgebaut, dass zunächst anhand der Daten aus der Datenbank eine Hochrechnung für Kanalsanierungskosten kurz-, mittel- und langfristig über eine Software erfolgt. Danach geht es in die zustandsabhängige Detailplanung, wobei auch Alterungsprognoseszenarien betrachtet werden.

Wir müssen uns darauf verlassen können, dass Erneuerung und Neubau in der geplanten Qualität und der damit verbundenen Nutzungsdauer erfolgen. Die Stadtwerke Jena Netze sichern uns dies durch die Mit-

gliedschaft im Güteschutz Kanalbau und seine Fachkräfte ab, die gerade über diese Organisation laufend als Vertreter des Bauherrn weitergebildet werden.

Zukünftig rückt die Sanierungsplanung in den Mittelpunkt. JenaWasser besitzt eine komplexe Generalentwässerungsplanung mit Schmutzfrachtberechnung, Zustandsbetrachtung, Hydraulischer Betrachtung, einer Betrachtung zur Schwefelwasserstoffkorrosion und zur Starkregenvorsorge für die Stadt Jena, als auch alle größeren Gemeinden im Verbandsgebiet. Die Planungen werden zyklisch entsprechend evtl. neuer Entwicklungen oder gesetzlicher Vorgaben überarbeitet. Neue Herausforderungen stellen auch die geplanten Verschärfungen zur Regenwasserbehandlung dar.

Herr Schmidt, was für Sie als Geschäftsführer der Organisationseinheit Netze wichtig, um eine effiziente Zusammenarbeit mit den Baupartnern sicherzustellen?

Gunar Schmidt: Für mich kommt es hierbei besonders auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit an. Der Markt ist angespannt genug, wir wickeln gemeinsam viele Aufträge ab und hier ist es wichtig, dass wir die von uns geforderte Qualität erreichen. Ich besuche einmal im Jahr ausgewählte Unternehmen in unserer Region und führe persönliche Gespräche. Darüber hinaus versuchen auch wir als Unternehmen – getreu dem Motto, was Du von anderen verlangst, das musst Du auch selber erfüllen – wichtige Qualifizierungen aufzubauen und dies auch zu dokumentieren. So führen wir neben weiteren Zertifikaten zum Beispiel seit 2019 ein Gütezeichen der Beurteilungsgruppe AK 3.

Werden Ihre Ansprüche an die Qualität von den beteiligten Baupartnern unterstützt?

Schmidt: Ja, absolut. Wir nutzen u.a. das Thüga-Leistungsverzeichnis für nicht öffentliche Ausschreibungsverfahren, in dem ein Präqualifikationsverfahren vor-

geschrieben ist. Vor diesem Hintergrund ist es uns sehr wichtig, dass Unternehmen, die wir beauftragen, entsprechende Qualifikationsnachweise vorlegen können und auch über entsprechende Referenzen verfügen.

Haben Sie den Eindruck, dass Qualifikationsnachweise wie ein Gütezeichen Kanalbau dabei helfen, die Qualität der Ausführung sicherzustellen?

Schmidt: Das ist absolut zielführend. Man braucht Kriterien, an denen man den Qualitätsanspruch fest machen kann und in dieser Hinsicht stellt die Gütegemeinschaft Kanalbau mit dem Gütezeichen RAL-GZ 961 geeignetes Werkzeug zur Verfügung. Erfüllt ein Unternehmen die gestellten Anforderungen der jeweiligen Beurteilungsgruppen, ist das für uns ein gutes Indiz, dass wir fachlich gute Arbeit einkaufen. Unternehmen mit Gütezeichen – so unsere Erfahrung – arbeiten nicht nur bei einer Maßnahme zufriedenstellend, sondern durchaus über einen längeren Zeitraum. Von daher vertrauen wir darauf, langfristig Qualität zu bekommen.

Welche konkrete Unterstützung bietet Ihnen das Angebot der Gütegemeinschaft Kanalbau bei Ihrer Arbeit?

Schmidt: Wir greifen auf viele Angebote der Gütegemeinschaft zurück. Schulungen sind hier zu nennen, ebenso wie die Schriften und Regelwerke, die in einer bemerkenswerten Vielfalt und Aktualität zur Verfügung gestellt werden. Unsere Mitarbeiter nutzen diese Angebote auch, um sich in Eigenregie weiterzubilden. Gerade in den letzten Wochen unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie ist die Arbeit für viele digitaler geworden. Die Berührungspunkte mit dieser Form des Arbeitens sind verloren gegangen. Das wird sich auf die Nutzung der Angebote der Gütegemeinschaft auswirken, etwa auf den Bereich AKADEMIE.

Welchen Einfluss haben die Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie auf die Arbeit Ihres Unternehmens?

Schmidt: Wir haben einen Pandemieplan in mehreren Stufen zur Anwendung gebracht, der die Zusammenarbeit der Mitarbeiter und die Kundenkontakte regelt. Viele arbeiten nun von zu Hause aus. Die Voraussetzungen für mobiles Arbeiten waren in unserem Unternehmen bereits vorhanden, insbesondere was die technische Ausstattung angeht. Allerdings haben wir viel gelernt, was die Arbeit mit digitalen Medien angeht – ein Lerneffekt, den wir in

Sowohl innovativ als auch wegweisend stellt sich das erste Pilotprojekt mit der Gemeinde Bissingen (Landkreis Dillingen) dar. Vor gut drei Jahren wurde die Klärschlamm-trocknung für die Markt-gemeinde in Betrieb genommen. Im Einsatz ist ein Speed Rotationstrockner für die Verarbeitung von 3.000 Tonnen abgepresstem Klärschlamm. Dieser wird von 20 auf 90 Prozent Trockenmasse getrocknet und pelletiert. Dabei werden über 2.000 Tonnen Wasser verdunstet und die Klärschlammmenge auf gut 600 Tonnen staubfreie Pellets reduziert.

Abgase als Energiequelle

Der Klärschlamm wird analog zu einer Biogasanlage in einem Faulturm ausgefäult und es entsteht Methangas. Das Methangas betreibt ein BHKW, das den Strom für die gesamte Kläranlage produziert. Die heißen Abgase aus dem BHKW, die bislang ungenutzt in die Atmosphäre geführt wurden, dienen als Energiequelle für den Speed Rotationstrockner.

Auch im hessischen Bad Orb geht man inzwischen neue Wege bei der Klärschlammverwertung: Mit der Ausschreibung und Vergabe an die Jumbo Group im vergangenen Jahr wurde ein leistungsfähiger Partner für den Ei-

BayernSPD-Landtagsfraktion:

Kläranlagen aufrüsten!

Einen besseren Schutz vor Medikamentenrückständen, Chemikalien und Mikroplastik fordert die SPD-Landtagsfraktion. Hierzu sollen Kläranlagen mit einer modernen, vierten Reinigungsstufe aufrüstet werden. Die Abgeordneten Florian von Brunn und Klaus Adelt verweisen in einem parlamentarischen Antrag auf entsprechende existierende Technologien, die nun auch im Freistaat eingesetzt werden müssten.

Von Brunn zufolge muss sauberes Wasser oberste Priorität haben. Die bestehenden dreistufigen Kläranlagen könnten zum Beispiel das Schmerzmittel Diclofenac nicht herausfiltern. Auch Mikroplastik, Pesticide, bestimmte Haushalts- und Industriechemikalien sowie Reinigungsmittel würden bislang durchgelassen. Dadurch würden nicht nur die in Gewässern lebenden Tiere und Pflanzen stark belastet. Letztlich landeten die schädlichen Rückstände und Partikel auch im Trinkwasser.



Auch im hessischen Bad Orb wird die neue Technologie seit April erfolgreich auf der Kläranlage eingesetzt. Bild: Jumbo Group

genbetrieb Kommunale Dienste, Sparte Abwasserbeseitigung, gefunden. Selbst die Corona-Pandemie führte nicht zu etwaigen Ausführungsverzögerungen.

Vielmehr konnte das Projekt sogar früher als ursprünglich geplant realisiert werden. Seit Mitte April dieses Jahres ist die neue Anlage auf der Kläranlage am Geigershallenweg nun in Betrieb. Ihre erste Bewährungsprobe hat sie mit Bravour bestanden. Die ersten Ladungen Pellets sind bereits erzeugt und wurden weiteren Verwertung zugeführt. Derzeit werden die Pellets ausschließlich zur Mitverbrennung in Müllheizkraftwerke geführt.

Mittels dieser neuen Technologie kann die zukünftige Klärschlammmenge von Bad Orb um ca. 71 Prozent reduziert werden. Dies führt wiederum zu deutlichen Einsparungen bei den Entsorgungskosten, da diese nach Tonnage abgerechnet werden. Zudem reduzieren sich die notwendigen Entsorgungsfahrten von ehemals drei LKW-Großraumcontainern pro Woche auf nunmehr nur noch einen. Dies führt zusätzlich zu Entlastungen beim CO₂-Ausstoß und zu weniger Verkehrslärm für die Anwohner.

Nähere Informationen auch unter: <https://www.youtube.com/watch?v=86zXww4pIAI&t=4s> DK

Vorbilder Schweiz und Baden-Württemberg

„Die Schweiz und unser Nachbarland Baden-Württemberg haben diesen Weg schon vor Jahren beschritten und zeigen, dass das eine notwendige und sinnvolle Lösung ist“, heißt es in dem parlamentarischen Antrag. „Dabei ist eine erste Schwerpunktsetzung auf große Kläranlagen und stark belastete Gewässer aus Kosten-Nutzen-Gründen vernünftig. Die notwendigen Daten sollten der Staatsre-

gierung und den betroffenen Kommunen in Bayern vorliegen.“

Wichtig ist aus Sicht von Klaus Adelt dabei aber auch, dass der Freistaat Bayern die Investitionskosten durch ein Förderprogramm für die Kommunen übernimmt, auch um die Gebührenzahler nicht zu stark belasten zu müssen. Zudem sei ein solches Förderprogramm in der jetzigen Wirtschaftskrise auch ökonomisch sinnvoll.

Als langfristige Maßnahme schlagen die SPD-Abgeordneten vor, die Forschung und Entwicklung von biologisch abbaubaren Stoffen voranzutreiben und so viele Stoffe wie möglich in geschlossenen Stoffkreisläufen zu halten. Doch bis dahin seien bessere Kläranlagen die richtige Soforthilfe. DK

so kurzer Zeit normal nicht gehabt hätten.

Wenn Sie einen Blick in die Zukunft wagen, wie werden die Arbeit und die Aufgabenbereiche Ihrer Organisation in zehn oder 20 Jahren aussehen?

Schmidt: Das ist eine sehr spannende Frage. Besonders die digitalen Prozesse, die wir angestoßen haben, werden die Zu-

sammenarbeit unter den Baupartnern stark verändern. Meine Hoffnung ist aber auch, dass sich die Wertschätzung des Themas Infrastruktur verbessert.

Nach wie vor gilt, dass alles, was sich unter der Erdoberfläche befindet, nicht so im Fokus steht, wie etwa eine marode Autobahnbrücke. Hier muss man weiter Lobbyarbeit leisten

und aus der Branche heraus für Impulse sorgen. Hier können insbesondere Branchenverbände einen großen Beitrag leisten. In diesem Sinne ist es gut, dass es Organisationen wie die Gütegemeinschaft Kanalbau gibt.

Herr Schmidt, Herr Waschina, vielen Dank für das Gespräch. □



Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren: ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Flugplatz Ingolstadt/Manching

Pump & Treat Maßnahmen gestartet

Für die Sicherung bzw. Sanierung der Grundwasserkontamination mit per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) im Bereich der „Alten Feuerwache“ im Norden des Flugplatzes Ingolstadt/Manching hat die Bundeswehr einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt, der im November 2019 durch das Landratsamt Pfaffenhofen a.d. Ilm gebilligt wurde.

Seitdem arbeiten die Bundeswehr und das Staatliche Bauamt Ingolstadt mit Hochdruck an der Umsetzung der Maßnahmen. Dazu waren mehrere Ver- gabeverfahren durchzuführen, naturwissenschaftliche Fragen zu klären und luftfahrtrechtliche Genehmigungen einzuholen. „Die geplanten Maßnahmen

mussten zudem mit den Betriebsabläufen des Flugplatzes abgestimmt werden. Nun sind auf dem Gelände die ersten Arbeits- schritte sichtbar. Der erste Container der Pump & Treat-Anlage zur Aufnahme der Versor- gungs- und Steuerungselemen- te wurde aufgestellt“, so Land- rat Albert Gürtner. Es ist geplant

bis Ende Juni 2020 einen Ent- nahme- und einen Schluckbrun- nen zu bohren. In den folgenden Monaten werden Pumpversu- che gefahren, um die hydraulischen Eigenschaften des Grund- wasserleiters genau zu bestim- men. Parallel dazu finden Tests zur Ermittlung des optimalen Reinigungs- verfahrens statt.

Innovatives Wasserreinigungsverfahren

Neben der herkömmlichen Aktivkohle wird die Bundes- wehr hierbei in einem Pilotver-

such mit einem Ionentauscher ein neues innovatives Wasser- reinigungsverfahren einsetzen, von dem sie sich eine effiziente- re und schnellere Reinigung des Grundwassers verspricht.

Unterstützung durch die TU München

Die Technische Universität München unterstützt die Maß- nahmen durch wissenschaftliche Begleitung und Durchführung eines sog. Tracer-Versuchs. Damit werden die Fließwege des Grund- wasserleiters während des Pumpver- suchs genau erfasst, um so die bestmöglichen Positionen der vier weiteren Sanierungsbrunnen festlegen zu können.

Der Entnahmekosten des Pi- lotversuchs wird als fünfter Sa- nierungsbrunnen weitergenutzt. Dieser Pilotversuch wird perma- nent durch ein akkreditiertes In- genieurbüro fachlich begleitet. Dies bedeutet, dass regelmäßig Grundwasserproben gewonnen und auf PFC analysiert werden. Gleichzeitig werden die Grund- wasserstände und das Verhalten des Grundwasserleiters bei ge- änderter Entnahmemenge auf- gezeichnet und ausgewertet.

Regelmäßiger Austausch

„Während der gesamten Lauf- zeit werden das Landratsamt und die zuständigen Fachbehör- den durch die Bundeswehr über den Fortgang und die Ergebnisse informiert. Diese Ergebnisse will ich in regelmäßigen Gesprä- chen mit der Bürgerinitiative austau- schen“, versichert Landrat Al- bert Gürtner.

Nachhaltige Abstromsicherung

Dieses hochkomplexe Zusam- menwirken verschiedener hy- drogeologischer Maßnahmen dient dazu, im Endausbau eine nachhaltige Abstromsicherung (hydraulische Sperre) zu instal- lieren, die zukünftig verhindert, dass kontaminiertes Grundwas- ser die nördliche Liegenschafts- grenze in Richtung Lindach und Westenhausen verlässt. □



Blühfläche und Insektenhotel des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kitzingen.

Bild: STMELF

„Blühende Ämter“

Jeder Einzelne kann und soll etwas für den Artenschutz tun. Um direkt vor Augen zu führen, welche Möglichkeiten es dafür gibt, haben bayernweit die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die Ämter für Ländliche Entwicklung ihre Freiflächen arten- und strukturreicher gestaltet. „Wir wollen allen Besucherinnen und Besuchern unserer Ämter zeigen, wie man auch auf begrenztem Raum einen wertvollen Beitrag für Artenvielfalt und Insektenchutz leisten kann – sei es auf Freiflächen, dem Balkon oder im Garten“, sagte die Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zum Start der bayernweiten Aktion „Blühende Ämter“.

Die teilnehmenden Ämter ha- ben sich in einem Kreativwett- bewerb intensiv Gedanken ge- macht, wie sich an ihren jewei- ligen Standorten das Thema Artenschutz wirkungsvoll um- setzen lässt. Jetzt werden die Pläne Wirklichkeit: die Anlage pflegeleichter Staudenpflanzun- gen beispielsweise, das Ansäen von Blühflächen oder auch das Anbringen von Nistkästen oder Insektenhotels.

Themenschwerpunkt Biodiversität

Die Aktion ist Teil des The- men-Schwerpunkts Biodiver- sität, den die Landwirtschafts- und Forstverwaltung 2019 und

2020 legt. Unter dem Motto „Unser Auftrag: Erzeugung ge- stalten – Arten erhalten“ wer- den bayernweit vielfältige Akti- onen durchgeführt, die sich mit den Aspekten und Möglichkei- ten zur Verbesserung der Arten- vielfalt beschäftigen.

Angebot für Gartenbesitzer

Gartenbesitzer können sich in der Broschüre „Biodiversität – Mut zu mehr Vielfalt im Gar- ten“ der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau informieren. Die Broschüre und detaillierte Informationen zum Schwerpunkt Biodiversität gibt es unter www.stmelf.bayern.de/biodiversitaet. □

Glauber: Gewässer vor Folgen des Klimawandels schützen

Alarmplan Bayerische Donau tritt in Kraft

Das Bayerische Umweltministerium hat einen Alarmplan für die Bayerische Donau entwickelt. Mit definierten Warnstufen und daran anknüpfenden Maßnahmen sollen Gewässernutzer und die Öffentlichkeit ab sofort für die Ökologie des Gewässers sensibilisiert werden.

Der bayerische Umweltmi- nister Thorsten Glauber betone- te dazu in München: „Der Kli- mawandel fordert uns heraus. Wir müssen uns anpassen und zugleich die Folgen anpacken. An unseren Gewässern wird der Klimawandel besonders deut- lich. Heiße und zunehmend trockene Wetterlagen treffen auch große Gewässer wie die Do- nau. Die Donau ist die blaue Lebensader Bayerns. Sie zählt zum wertvollsten Naturerbe Euro- pas. Mit dem neuen Alarm- plan für die Donau sorgen wir vor, um Bayerns bedeutendsten Fluss in seiner Artenvielfalt und Gewässerqualität zu erhal- ten.“ Zunehmende Trockenheit und Hitze führen in den Gewäs- sern zu höheren Temperatu- ren, niedrigeren Pegelständen

und damit verbunden einem verringerten Sauerstoffgehalt. Das hat Auswirkungen auf die Gewässerqualität sowie Fische und andere Lebewesen. Entlang der etwa 380 Kilometer Fließ- strecke der bayerischen Donau liegen rund 130 Schutzgebiete für Tiere und Pflanzen, davon etwa 40 Naturschutz- oder Na- tura 2000-Gebiete.

Kritische Situationen frühzeitig erfassen

Mit dem Alarmplan Bayeri- sche Donau sollen gewässer- ökologisch kritische Situationen nach dem Vorsorgeprinzip früh- zeitig und repräsentativ erfasst und angegangen werden. Zur Datenerhebung werden die vier Messstationen Ingolstadt-Luit- poldstrasse, Regensburg-Pfä- fenstein, Pfelling und Jochen- stein genutzt. Sie zeichnen auto- matisch Temperatur und Sauer- stoffgehalt des Wassers auf und werten die Daten aus. Die Mess- daten werden zusätzlich wö- chentlich durch eine händische Messung überprüft.

Auf der Basis von drei Warn- stufen im Ampel-System – Vor- warnung, Warnung und Alarm – und einer begleitenden Exper- teneinschätzung werden ent- sprechend der Ergebnisse gege- benenfalls ausgewählte Maß- nahmen eingeleitet: Dazu gehö- ren beispielsweise die verstärk- te Beobachtung oder ein zusätz- licher Sauerstoffeintrag durch Turbinenbelüftung und an den Wehren der Kraftwerke. Außer- dem erfolgt eine Information der Öffentlichkeit.

Im Alarmfall kommen Rege- lungen zu Nutzungsbeschrän- kungen zum Beispiel für die Ent- nahme von Brauchwasser zum Tragen, wenn eine deutliche Be- einträchtigung des Flusses zu er- warten ist.

Der Plan bezieht sich auf die gesamte bayerische Donau bis zur österreichischen Grenze. Der Alarmplan Donau Gewäs- serökologie ist Teil der Gewäs- serwarndienste in Bayern und korrespondiert mit dem bereits 2012 in Kraft getretenen Alarm- plan für den Main, der im Tro- ckenjahr 2018 erfolgreich zum Einsatz kam. Für die Umsetzung des Alarmplans ist die Wasser- wirtschaftsverwaltung unter Fe- derführung der Regierung der Oberpfalz zuständig.

An dem Alarmplan sind unter anderem die Bezirksregierun- gen, die Wasserwirtschaftsä- mter, Kreisverwaltungsbehörden,

Fischereifachberatungen sowie zahlreiche Gewässernutzer be- teiligt. Zu der Expertengruppe gehören Vertreter des Umwelt- ministeriums, des Landesamts für Umwelt, der zuständigen Wasserwirtschaftsä- mter und der Regierungen.

Die ökologische Bedeutung der Donau ist groß. Allein in der bayerischen Donau konn- ten rund 60 Fischarten nachge- wiesen werden. Insgesamt elf Fischarten leben weltweit aus- schließlich im Donaugebiet, da- runter der Huchen oder der Do- nau-Kaulbarsch. Mit ihren Au- en bietet die Donau über 135 Brutvogelarten einen wertvol- len Lebensraum.

Der Alarmplan Bayerische Do- nau ist ab sofort im Internet unter www.nid.bayern.de abrufbar. □

Hände weg von Feuchttüchern!

Feucht- und Hygienetü- cher gehören in den Rest- müll und nicht in die To- ilette. Die Münchner Stadtentwässerung (MSE) bittet alle Bürgerinnen und Bürger, dies un- bedingt zu beachten.

Feuchtes Toilettenpapier, Feucht- und Desinfektions- tücher bestehen nicht aus Papier, sondern aus ei- nem Polyester-Viskose-Mix oder aus mit Kunstharz ge- festigten Fasern. Der reiß- feste Stoff löst sich nicht im Abwasser auf und führt deshalb zu Verstopfungen und Pumpenstörungen im Kanalsystem.

Aktuell kommt es ge- häuft zu Problemen in der Münchner Kanalisation, die für die Mitarbeiter der MSE zu einem deutlich erhöh- ten Arbeitseinsatz führen. In der Kläranlage müssen die Tücher vor der Abwas- serreinigung vollständig aus dem Abwasser ent- fernt und separat entsorgt werden. Darüber hinaus können Feucht- und Hy- gienetücher technische An- lagen schwer beschädigen.

Die Gefahr durch Feucht- und Hygienetücher betrifft auch die privaten Abwas- serrohre. Hier kann es bei Verstopfungen zu einem Rückstau des Abwassers bis ins Haus kommen. Da- durch können teure Repa- raturen nötig werden. □



Die bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Michaela Kaniber, mit Josef Ziegler, Präsident des Bayeri- schen Waldbesitzerverbands (I. u.), Albert Robold, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften des Baye- rischen Bauernverbands (I. o.), Albrecht Fürst zu Oettingen-Spiel- berg, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst Bayern (M.), Thomas Schreder, Vizepräsident des Bayerischen Jagdver- bands (r. o.) und Josef Wutz, Waldpräsident des Bayerischen Bau- ernverbands (r. u.)

Bild: STMELF

Forstliches Gutachten zukunfts- fähig aufgestellt

Ministerin und Verbände vereinbaren Weiterentwicklung

Es ist ein Beispiel gelungener Kooperation: Dank intensiver und partnerschaftlicher Zusammenarbeit ist es Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber und den Spitzen von Waldbesitzerverband, Jagdverband, Bauernverband und den Familienbetrieben Land und Forst gelungen, das System der „Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung“ weiterzuentwickeln und zu verbessern. Die Beteiligten sind sich mit der Ministerin einig: „Wir haben das Forstliche Gutachten in Bayern als ein unverzichtbares Monitoring- und Steuerungsinstrument für ein ausgewogenes Wald-Wild-Verhältnis gestärkt“. Das Ergebnis ist laut Kaniber ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass sich in Zeiten des Klimawandels alle Beteiligten ihrer besonderen Verantwortung für den Aufbau stabiler Zukunftswälder bewusst sind.

Im Einzelnen wird es bei den Forstlichen Gutachten, die tur- nummäßig im kommenden Jahr wieder anstehen, folgende Än- derungen geben:

- Die sogenannten „Revier- weisen Aussagen“ werden für mehr Jagdreviere erstellt. Da- mit werden Bereiche, in denen das Wald-Wild-Verhältnis noch nicht passt, genauer untersucht.
- Das Wachstum und die Anteile der diversen Baumarten unter dem Einfluss der Wildtiere werden neu dargestellt und da-

durch die Entwicklung der Pflan- zen besser beurteilt.

- Die waldbauliche Situation vor Ort wird deutlicher abgebil- det.
- Die Qualitätssicherung wird aus- geweitet.

Waldbesitzer und Jäger kön- nen sich beim nächsten Forstli- chen Gutachten, beispielswei- se wieder durch die Teilnahme an Waldbegängen oder bei der Aufnahme der jungen Bäume bei der Erstellung der Gutach- ten einbringen. □

GaLaBau findet erst 2022 wieder statt

Die NürnbergMesse hat in enger Abstimmung mit dem Bun- desverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL) entschieden, die GaLaBau 2020 nicht durchzuführen. „Diesen Schritt gehen wir (...) nach reiflicher Prüfung“, so Pe- tra Wolf, Mitglied der Geschäftsleitung, NürnbergMesse. „In unsere Entscheidung, dass die GaLaBau erst 2022 wieder wie gewohnt in Nürnberg stattfinden wird, flossen maßgeblich die Wünsche unserer Aussteller und Besucher mit ein. Unser An- gebot ist nun, für 2020 ein Alternativkonzept vor Ort und vir- tuell auf die Beine zu stellen. Gleichzeitig ist dies der Start- schuss für eine erfolgreiche GaLaBau 2022.“ so Wolf. □

Der Baumhirte von Dinkelsbühl

Mit dem Kommunalförster im Wald

Hermann Benninger ist Förster der Stadt Dinkelsbühl. Gemeinsam mit seinem Kollegen und drei Waldarbeitern betreut er 505 Hektar Stadtwald und zusätzlich 1.120 Hektar Wald der Hospitalkirche Dinkelsbühl. Zusätzlich werden über Waldpflegeverträge die Katholische Kirchenstiftung Dinkelsbühl mit 64 Hektar und 3 Hektar eines privaten Forstbetriebs mitverwaltet. Die Fläche, die sich über 250 Quadratkilometer erstreckt, verteilt sich auf die Landkreise Ansbach (Bayern), Ostalbkreis und Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg). Der Stiftungswald dient seit dem 14. Jahrhundert der Finanzierung sozialer Einrichtungen und so muss der Förster Vielem gerecht werden. Einerseits hat er die Verantwortung, den Wald klimagerecht anzupassen, gleichzeitig muss er auch den Stiftungszweck erfüllen und mit dem Holz Geld verdienen. Mit der Bayerischen Gemeindezeitung sprach Benninger über den Wald zwischen Klimakrise und Ertragsdruck.

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht, sind unsere bayerischen Wälder bis auf wenige Ausnahmen Kulturlandschaft und von jeher von wirtschaftlichen Interessen geprägt. Hans Carl von Carlowitz, der vor 300 Jahren den Begriff „Nachhaltigkeit“ formte, war zuständig für die Holzversorgung des kursächsischen Berg- und Hüt-

rechnen, d.h. Eichen, die heute gefällt werden, haben womöglich noch Napoleon durchziehen sehen.

Ein Förster baut Holz an, das seine Nachfolger ernten. Für das Holz, das er verkauft, haben seine Vorgänger gesorgt. Er darf nur so viel Bäume einschlagen, wie wieder nachwachsen. Derzeit sind das nach dem aktuellen

auf 2°C zu begrenzen, dann haben wir ein Klima wie in Ungarn. Sollte die schlechteste Prognose (4°C) eintreffen, dann müssen wir mit klimatischen Verhältnissen wie in Afghanistan rechnen. Mit solchen Temperaturen kommen Fichten definitiv nicht zurecht. Wir stecken in einer ernsthaften Waldkrise und der Übeltäter heißt Klimawandel. Laut Internetseite des Landesamts für Umwelt ist in Bayern „das Jahresmittel der Lufttemperatur mit rund 1,1°C seit 1931 stärker gestiegen als der globale Wert von 0,7°C. Die stärkste Erhöhung vollzog sich in den letzten beiden Jahrzehnten, war regional jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt“. Langanhaltende Trockenheit, gepaart mit schweren Stürmen, setzen den Bäumen derart zu, dass Insekten, wie der Borkenkäfer, und verschiedene Pilze leichtes Spiel haben. Aber Bäume sind nur die offensichtlich Leidtragenden. Es ist das gesamte Ökosystem Wald, das nicht mehr im Gleichgewicht ist. „Durch jahrhundertelangen Fokus auf möglichst viel Ertrag“, so Benninger, „wurden Wälder zu Monokulturen umgebaut, die immer schon anfälliger gegenüber Klimaextremen und Schadorganismen waren.“ Das alles ist nicht neu. Bereits 1880 beschrieb der bayerische Waldbau-Professor Karl Gayer in seinem Buch „Der Waldbau“ die Vorteile von Mischwäldern und natürlicher Verjüngung für die Bewahrung der Standortqualität. „Denn solche Wälder“, führt Benninger aus, „haben ein besonderes Waldinnenklima und sind stabiler gegenüber Schadereignissen“. Zum Glück gibt es für seinen Wald ein brandneues Forsteinrichtungswerk (2018). Damit hat er einen Plan wie die Wälder in Zukunft umgebaut werden sollen und Dinkelsbühl einen engagierten mutigen Kommunalförster.

Wo es gute Samenbäume gibt, setzt Benninger auf Naturverjüngung, denn dadurch ergeben sich viele Vorteile. Es entstehen geringe Kultur- und Pflegekosten. Der personelle Aufwand hält sich in Grenzen. Die Bäume haben eine hohe genetische Vielfalt und sind fest verwurzelt. Aber die nachwachsenden Bäumchen sind Delikatessen für Rehe. Naturverjüngung kann also nur funktionieren, wenn intensiv gejagt wird.

Bejagung durch den Förster

Den Beweis dafür liefert Benninger selbst. 2009 gab es ein forstliches Gutachten zur Rehwild-Abschussplanung in seiner Abteilung Lettenbuck. Es besagt, dass sich die Verbisssituation deutlich verschlechtert habe und ein jagdliches Gegensteuern dringend erforderlich sei. Daraufhin übernahm Benninger 2010 die Jagd privat selbst und sorgte für entsprechende Abschussquoten, wobei er betont, dass er das Rehwild nicht ausrotten will. Im erneut 2018 durchgeführten Gutachten heißt es dann: „Sobald Altstämme vorhanden sind, verjüngt sich die Tanne fast ohne Verbiss. Auch die Buche verjüngt sich ohne Probleme.“ Heute führt er voller Stolz durch den Lettenbuck: „Das ist ein Traum für jeden Förster!“ Benninger hat hier sehr anschaulich gezeigt, dass es wichtig wäre, kommunale Förster – wie im Staatswald üblich – auch mit der Bejagung in den eigenen Flächen zu betrauen.

Der Lettenbuck entwickelt sich jetzt zu einem Dauerwald mit Einzelbaumnutzung, in dem die natürlichen Abläufe im Wald genutzt werden. Entnommen

werden nur Bäume, die erntereif oder deren Qualität nicht vielversprechend ist. So wird Platz und Licht für eine neue Generation geschaffen. Solche Wälder sind gegenüber Schadensereignissen stabil. Rückegassen finden sich alle 40 Meter. In einer „Holzplantage“, wie Benninger intensiv beförderte Waldgebiete nennt, sind Rückegassen alle 20 Meter angelegt. Damit könnte der Wald komplett maschinell bearbeitet werden. Darauf hat Benninger bewusst verzichtet um einen höheren Anteil an Boden als Produktionsfläche zu erhalten. Im Stadt- und Hospitalwald arbeiten Harvester und Waldarbeiter kombiniert zusammen. Für natürlich verjüngte Waldflächen sind gute Waldarbeiter unverzichtbar.

Pflanzung oder Saat

Wo Naturverjüngung nicht möglich ist, kann gepflanzt werden. Diese Setzlinge, die eine geringere genetische Vielfalt besitzen, sind behandelt und die Wurzeln beschnitten. Man spricht davon, dass die Bäumen nach dem Einbringen im Wald unter einem Pflanzschok leiden. Wenn die Zöglinge mit der Situation nicht zurechtkommen, kann schon mal ein Großteil der jungen Pflanzen ausfallen. Um solche Extreme abzuwehren und auch die Resilienz der Pflanzen zu fördern, setzt Benninger auf die Saat.

Im Schutz des Altholzes hat der Förster inzwischen Tannen, Eichen – die mit einem trockenen Klima besser zurechtkommen – und seit diesem Jahr auch Buchen gesät. Bislang ist die Saat aufgegangen. Solange die Pflanzen noch nicht der Verbissgefahr entwichen sind, ist oftmals ein teurer und aufwändiger Zaunschutz nötig. Aber wenn es gut geht, dann ist die Saat eine um 20 Prozent kostengünstigere und für den Wald verträgliche Alternative. Schon im Mittelalter war die Saat von Bäumen gängige Praxis. Benninger hofft, dass die Buchen, die er 2020 gesät hat, bis zu seiner Rente mindestens 10 Meter hoch sind.

Sein nächstes Projekt wird eine Edelkastaniensaat sein. Dazu hat er eine mit Heidelbeere überwucherte Fläche im Auge. Heidelbeere ist ein Indikator für Oberbodenversauerung.



Heidelbeere zeigt die reduzierte biologische Bodenaktivität der Mikroorganismen an. Die Streu von Fichte und Kiefer führt zu einer verlangsamt Bodenmineralisierung und zur Bildung eines acht bis zehn cm mächtigen rohumusartigen Moder. Mit der Saat von Edelkastanien wird die Bodenqualität verbessert. Bild: CH

Die Edelkastanie ist in südlichen Ländern heimisch und kommt mit nährstoffärmeren Böden gut zurecht. Zugleich sorgt sie mit ihrer Streu für eine bessere Bodenökologie.

Holzverkauf in Eigenregie

Mit der Saat legt Benninger den Grundstein dafür, dass seine Nachfolger hoffentlich klimaresistente Bäume ernten können, deren Holz einen anstän-



Die Buchensaat 2020 geht auf.

Bild: CH

digen Preis erzielt. Momentan ist der Holzpreis im Keller. Der Markt ist aufgrund von Stürmen und der Borkenkäferplage mit Kalamitätenholz geflutet. Seit 2005 wird der Holzverkauf vom Dinkelsbühler Förster in Eigenregie erledigt.

Glücklicherweise hat Benninger gute Absatzmöglichkeiten durch mittelständische und große Sägewerke in der näheren Umgebung. Er berichtet von Kollegen, deren Holzeinschlag vehement durch Sturm und Borkenkäfer bestimmt wird. So schlimm sieht es bei ihm nicht aus. Aber trotzdem ist es schmerzhaft, wenn eine vom Borkenkäfer befallene Fichte, die 80 Jahre im Wald steht, geschlagen werden muss und nur noch 35 Euro pro Festmeter bringt. Dieser Wertverlust ist eine riesige finanzielle Belastung für den Waldeigentümer. Außerdem ist es schwierig einzuschätzen wie sich die Holzpreise landesweit entwickeln werden, wenn die anfallenden Schadholzmengen auf gleichem Niveau bleiben oder sogar weiter ansteigen.

Alternative Einnahmequelle

Benninger vertritt daher die Ansicht, dass es möglich sein muss, auch anderweitig Geld zu verdienen. Eine alternative Einnahmequelle für den städtischen Forstbetrieb sind die

Waldigentümer wird finanziell entschädigt. In seinem Revier hat er dafür auch ein passendes Beispiel. 2013 wurde festgestellt, dass sich ein Biber auf einer ehemaligen Weiherfläche niedergelassen hat. Ein Biberdamm staute ein Fließgewässer auf, was zu großflächigen Überflutungen führte. Mit einer fortschreitenden Biberaktivität war zu rechnen. Wie der Zufall es wollte, brauchte die Stadt Dinkelsbühl eine Ausgleichsfläche für ein Baugebiet und Benninger ergriff diese Win-win-Chance für Kommune und Biber. Dieser trägt jetzt zum Erhalt und zur Gestaltung der Ausgleichsfläche bei. Die Entwicklung wird stetig dokumentiert; das entstandene Gewässer gehört mit 29 registrierten Libellenarten zu den artenreichsten Libellenhabitaten im Wuchsgebiet Virngrund. Der Stadt blieb Renaturierungsmaßnahmen (fast) erspart.

Benninger weiß, dass gehandelt werden muss und er ist gut vorbereitet. Er fördert Samenbäume und Naturverjüngung. Er zeigt auf, dass man für einen naturnahen Waldumbau die Jagd in den Griff bekommen muss. „Verbiss kann man nicht vermeiden, aber es macht einen Unterschied, ob nur 20 Prozent oder eben doch 80 Prozent verbissen sind“, erklärt der Förster.

Versuche mit Exoten

Auf geeigneten Böden sät er Bäume, die mit dem Klimawandel besser zurechtkommen und anstatt sich nur auf den Holzpreis zu verlassen, findet er weitere Ertragsmöglichkeiten. Versuche mit Exoten wie Libanon- und Atlaszeder hält er für durchaus diskutabel, von einem bestandsweisen Anbau rät er aber ab. „Ob diese Arten mit unseren Spätfrostern zurechtkommen, wissen wir einfach nicht“, erklärt Benninger und verweist auf 100 Jahre Erfahrung mit der Douglasie. Dort, wo es geeignete Standorte für sie gibt, spricht nichts gegen diesen Baum. Allerdings ist auch ihre Streu für die Mikroorganismen im Boden schwer verdaulich.“ Die Douglasien, die in Benningers Revier stehen, sind gut durchmischt mit Buchen und Tannen, die als Basenpumpe die Nährstoffe von weiter unten holen. Buchen sorgen außerdem für Schatten und Windruhe.

Besonders der öffentliche Wald muss vorbildlich bewirtschaftet sein und den Dienst des Waldes an der Gesellschaft erachtet der Förster als lebensnotwendig: „Ich darf mich bei Naturgütern bedienen, aber ich darf keinen Raubbau betreiben. Letztendlich ist der Wald der Wald der Bürger und Einkommensquelle künftiger Generationen. Gerade in diesen Zeiten hat er sich auch als wichtig für die menschliche Seele erwiesen.“ CH



„Ein Traum für jeden Förster!“ Hermann Benninger führt durch den Lettenbuck, einen Dauerwald mit Einzelbaumnutzung. Bild: CH

tenwesens, denn ohne Holz konnte kein Silber gewonnen werden.

Peter Stromer, der im 14. Jahrhundert den Nürnberger Reichswald aufforstete, war beteiligt an einem der wichtigsten Handelshäuser der damaligen Zeit. In früherer Zeit war Holz Bau- und Heizmaterial und in jedem Industriezweig unabkömmlich, weil alternativloser Energielieferant. Nach dem Zweiten Weltkrieg leistete Deutschland Reparationszahlungen in Form von Holz. Ganze Hänge wurden kahlgeschlagen und anschließend mit dem Brot-und-Butter-Baum der Holzindustrie, der Fichte, wieder aufgeforstet.

Zum Berufsbild eines Försters gehört neben dem fachspezifischen Wissen, dass er sich mit den geschichtlichen Hintergründen auskennt und zwar nicht nur mit globalen Ereignissen, wie Kriegen und wirtschaftlichen Entwicklungen, sondern gerade auch mit lokalen Besonderheiten. Gleichzeitig muss er die Absichten und Beweggründe der vorangehenden Förstergenerationen verstehen sowie darauf vertrauen, dass das eigene Werk von den Nachfolgern entsprechend gepflegt und bestenfalls fortgeführt wird. Eine Buche wird 120 Jahre alt, bis sie geschlagen werden kann, das ist das 1,5-fache einer Fichte. Wenn Benninger also heute Buchen pflanzt, dann werden sie, wenn alles gut läuft, im Jahr 2140 verarbeitet. Dann dürfte nach ihm schon die dritte Förstergeneration an der Reihe sein. Bei Eichen darf man mit 180 bis 250 Jahren Umtriebszeit

Forsteinrichtungswerk 11.000 Festmeter Holz. Gleichzeitig verantwortet er nicht honorierter Nebenprodukte: Der Wald ist Kühlschrankschrank und CO₂-Senke, Wasserspeicher und Trinkwasserlieferant, Frischluftaufbereiter, Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie Sehnsuchtsort für Erholungssuchende. „Hierfür gibt es keinen direkten Lohn“, so Benninger, „und in den Wirtschaftlichkeitsrechnungen finden diese nicht marktfähigen Güter keinen Eingang. Der Waldumbau allerdings, der durch den Klimawandel bedingt ist, wird durch Förderprogramme und Zuschüsse von EU, Bund und Land kofinanziert.“

Ökosystem Wald nicht im Gleichgewicht

Benninger blickt mit Sorge in die Zukunft. Hätte er noch vor wenigen Jahren darauf vertraut, dass durch die Tanne das Fichtensterben abgefedert werden könnte, ist er nach den vergangenen beiden Sommern nicht mehr so optimistisch: „Die Tanne wurzelt tief und kommt mit Trockenheit besser zurecht. Sie holt Nährstoffe von weiter unten als die Fichte und sorgt mit ihrer Streu für eine gute Mineralisierung des Bodens. In der Verarbeitung ist die Tanne der Fichte gleichgestellt. 2019 lag die Durchschnittstemperatur in Bayern bei rund 10 Grad, da kommen auch Tannen und sogar die klimatolerante Buche an ihre Grenzen. Die langjährige Durchschnittstemperatur für Bayern liegt bei 8,5 Grad. Wenn es uns gelingt, den Temperaturanstieg

Baubetriebshöfe vor unterschiedlichen Herausforderungen

Von Sebastian Ehrlich, KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Die Auswirkungen durch die Klimaentwicklung reizen die Flexibilität der Baubetriebshöfe voll aus und erfordern regional unterschiedliche Maßnahmen. Die KUBUS GmbH hat in ihren Organisationsuntersuchungen in kommunalen Betrieben diesbezüglich steigende Anforderungen in fast allen Tätigkeitsbereichen festgestellt. Um die Entwicklungen in einem deutschlandweiten Trend aufzuzeigen, baten wir um ein Feedback zu verschiedenen Themen in einer Umfrage, an der sich bundesweit 75 Baubetriebshöfe beteiligten.

Bauhöfe aus dem gesamten Bundesgebiet erhielten die Möglichkeit, zu verschiedenen Standardleistungen die Entwicklung und der Aufwände einzuschätzen. Deutlich sind regionale Unterschiede beispielsweise bei der Rasenmäh oder dem Winterdienst erkennbar; jedoch beschreibt jeder Baubetriebshof in mindestens einer Kategorie spürbare Veränderungen.

Ohne Wässern geht es nicht

Mit 92% gab es den höchsten Ausschlag bei der Bewässerung von Grünanlagen unserer Städte und Gemeinden. Vor ganz besonderen Herausforderungen standen in den letzten Jahren Gemeinden in Gebieten in denen in Sommermonaten aufgrund der Wasserknappheit das Bewässern gänzlich unter sagt wird oder – wie im Extremfall geschehen – einige Gemeinden gänzlich von der Wasserversorgung abgeschnitten wurden.

Wie haben sich Zeitaufwand und Verbrauch beim Wässern der Grünflächenanlagen entwickelt?



Jungbäume haben es besonders schwer

Anhaltend niedrige Niederschlagsmengen in vielen Regionen Deutschlands machen es besonders Jungbäumen schwer, aber auch bei den Altbäumen ist ein teilweise extremer Anstieg in der Pflege zu bemerken. Durch fehlende Feuchtigkeit und dadurch zunehmend schlechtere Versorgung mit Nährstoffen sind die Auswirkungen massiv. In 81% der Fälle registriert man steigende Aufwände an Personalarbeitsstunden und Beanspruchung ihrer technischen Ausrüstung.

hat zugenommen ist weniger geworden
ist gleich geblieben trifft nicht zu

Der Arbeitsaufwand für die Baumpflege:



Unwetter binden die ohnehin knappen Ressourcen

Wer kennt sie nicht, die Bilder resultierend aus den Wetterkapriolen der Letzten Jahre. Die Schäden und die daraus folgende Belastung für die Baubetriebshöfe, ihren Mitarbeitern und der Technik ist immens und binden immer häufiger umfassende Ressourcen, die für die Leistungserfüllung der üblichen Aufgaben fehlen.

Wie entwickelt sich die Arbeitsbelastung durch Sonderereignisse (z. B. Stürme, Starkregen, Überschwemmungen, etc.)?



Den Veränderungen mit den richtigen Konzepten begegnen

In den Ergebnissen unserer

Umfrage konnten wir deutliche Veränderungen und damit verbunden aktuelle und zukünftige Herausforderungen für die kommunalen Betriebe aufzeigen. Fast zwei Drittel der Teilnehmenden stellen deutliche Veränderungen bzw. Verschiebungen bei der Aufgabenerledigung zur Verkehrssicherungspflicht fest. Nur mit der entsprechenden Ausstattung der Baubetriebshöfe ist dies zukünftig zu meistern. Die Uhr ist fünf vor zwölf, denn die Auswirkungen sehen wir alle bereits regelmäßig in vielen Grünanlagen. Insgesamt ist es sicherlich eine ausgesprochen große Herausforderung, den klimatischen Veränderungen und Extremwetterlagen mit den richtigen Konzepten zu begegnen. Doch sollte dieser Prozess, auch auf kommunaler Ebene, als mögliche Chance für interkommunale Zusammenarbeit gesehen werden.

Details und weiterführende Links

Die oben aufgeführten Themen sind die Top-drei aus den Ergebnissen unserer Bauhofumfrage zu den Auswirkungen des Klimawandels.

Den ausführlichen Bericht mit vielen zusätzlichen Details und Hintergrundinformationen finden sie auf der Internetseite www.kubus-mv.de.

Wildkrautbekämpfung professionell mit Heißwasser

Der niederländische Maschinenbauer Empas hat mit der MCB (Multicleaner-Basis) ein spezielles Gerät für die Wildkrautbekämpfung in schwer zugänglichen Bereichen entwickelt. Ob öffentliche Flächen wie Spiel- oder Sportplätze, kleine Durchgänge oder Baumscheiben – das Unkraut wird mit Heißwasser wirkungsvoll und nachhaltig entfernt.

Das Wasser wird in einer garantiert konstanten Austrittstemperatur von mindestens 99,4 Grad Celsius mit einer Handlanze auf die Pflanzen aufgetragen. Somit ist sichergestellt, dass das Eiweiß gerinnt und die Pflanzen nach wenigen Stunden absterben. Nur wenige Durchgänge pro Jahr sind nötig; auf den Einsatz chemischer Herbizide kann völlig verzichtet werden.

Zusätzlich zur Wildkrautbekämpfung verfügt das Gerät über

die Funktion der Heißwasser-Reinigung inklusive des Nebeneffekts der thermischen Desinfektion. Parkbänke, Spielplatzgeräte, Stadtmobiliar und ganze Flächen können nicht nur schonend und effektiv gereinigt, sondern von Keimen, Viren und Bakterien befreit werden. Auch der Eichenprozessionsspinner kann mit der MCB entfernt werden. Die Maschine ist autark und mobil einsetzbar. Sie wird z. B. auf einem Hänger transportiert.



Kerstin Schreyer (Mitte), Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, zusammen mit dem Präsidium des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) und Präsidiumsmitgliedern des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL). Unse-re Aufnahme entstand vor den Corona-Einschränkungen.

Bild: Carolin Tietz, VGL Bayern

Garten- und Landschaftsbau in Bayern weiterhin auf Wachstumskurs

Der bayerische Garten- und Landschaftsbau verzeichnete auch 2019 ein kräftiges Wachstum. Dies geht aus den neuesten Zahlen hervor, die der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) am 12. März 2020 auf seiner Mitgliederversammlung in Nürnberg präsentierte.

Demnach stieg der Einsatz der Landschaftsgärtner auf ein neues Rekordniveau. In ihrem Grußwort würdigte Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer den Beitrag des Verbands zur Mitgestaltung der Umwelt und des sozialen Miteinanders.

Auf der Mitgliederversammlung wies Gerhard Zäh, Präsident des VGL Bayern, auf die anhaltend positive Entwicklung im bayerischen Garten- und Landschaftsbau (GaLaBau) hin. Ein Umsatzwachstum verzeichnete der Markt auch mit öffentlichen Auftraggebern.

Städtebauliche Aufwertung

Kerstin Schreyer, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, bedankte sich in ihrem Grußwort: „Der Garten- und Landschaftsbau trägt nicht nur zur städtebaulichen Aufwertung unserer Städte und Dörfer bei, er ist auch ein wichtiger Verbündeter bei unseren Bemühungen zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Klimaanpassung in Bayern“, so die Ministerin. „Darüber hinaus sind Sie es, die mit Ihrer Arbeit an Parks, Gärten oder Sportplätzen wichtige soziale Räume in unseren Städten schaffen – Orte, an den Menschen zusammenkommen, sich erholen können und wo Gemeinschaft stattfindet.“ Das Grundprinzip des Verbands, durch seine Arbeit eine lebenswerte Umwelt fördern zu wollen, sei auch Leitlinie ihrer Politik.

Gebäudebegrünung fördern

Dach- und Fassadenbegrünungen spielen eine künftig nicht mehr wegzudenkende Rolle beim Thema Stadtgrün. Die Bedeutung der Bauwerksbegrünung wird auch daran deutlich, dass ihr im „Weißbuch Stadtgrün“ der Bundesregierung ein eigenes Kapitel zugeordnet ist und der „Masterplan Stadtnatur“ darauf eingeht. „Die Gebäudebegrünung vereint eine Vielzahl an positiven Wirkungen, die dem Klimawandel entgegen treten und sollte bei der Kompensation von Eingriffen hinsichtlich quartiersnaher Ausgleichsflächen viel stärker berücksichtigt werden“, forderte Zäh.

Urbane grüne Infrastruktur

Im Zuge der Umsetzung des Zweiten Gesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern (Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz) wurde unter anderem die Bayerische Bauordnung angepasst. Infolgedessen sollen staatliche Gebäude bei Neu- und wesentlichem Umbau zukünftig begrünt werden. „Dies ist ein guter Ansatz. Nun sollte auch eine entsprechende Verpflichtung bei Be-

standsgebäuden folgen. Auch im Bestand kann Gebäudebegrünung angebracht werden, ohne groß in die bauliche Substanz einzugreifen“, befand der Verbandspräsident. Der VGL Bayern begrüßt auch das von der Staatsregierung angedachte Bayerische Klimaschutzgesetz. Der Zehn-Punkte-Plan der Klimaschutzoffensive enthalte erfreulicherweise die Handlungsfelder „Klimaarchitektur in den Städten“ und „Klimaneutralität von Staat und Kommunen“, eine noch umfangreichere Förderung urbaner grüner Infrastruktur sei wünschenswert.

Nicht zuletzt macht die hohe Wahlbeteiligung beim letztjährigen bayerischen Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ deutlich, dass die Ansprü-

che der Bürgerinnen und Bürger an einen nachhaltigen Umgang mit ihrer Umwelt steigen. Demnach verzeichnet die Grüne Branche ein steigendes Interesse ihrer Kunden an einer naturnahen Gartengestaltung, die die Biodiversität fördert.

Der Natur Raum geben

Worauf es bei naturnaher Gartengestaltung ankommt, präziserte Pia Präger, Mitglied des VGL-Bayern-Präsidiums. Dabei bedeute „naturnah“ die Gestaltung und Pflege eines Gartens mit der Natur und den ihr eigenen Gesetzen und nicht gegen sie. „Man gibt der Natur Raum zur Entwicklung, ohne auf lenkende Eingriffe zu verzichten. Naturnahe Gärten mit zahlreichen Ökosystemen und einer hohen Biodiversität sind sichtbarer Beweis eines ausgeprägten Umweltbewusstseins“, erläuterte die Gärtnermeisterin.

Gesundheit stärken, Klimaanpassung gestalten

Verbände fordern Konjunkturprogramm für kommunales Grün
Der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL), der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla), der Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. und der Zentralverband Gartenbau e.V. (ZVG) fordern gemeinsam mit dem Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) ein wirksames Förderprogramm für kommunales Grün.

Das Verbändebündnis unterstreicht, dass Parks und Grünflächen systemrelevant sind. „Die Flächen sind nicht nur grüne Lungen für die Menschen, sondern haben auch eine hohe Bedeutung als Lebensraum und Vernetzungsstruktur für städtische Biodiversität“, so DNR-Geschäftsführer Florian Schöne.

Die Allianz aus Wirtschafts- und Umweltverbänden hält es für unumgänglich, gerade jetzt die Kommunen mit einem klimarechten Innovations- und Konjunkturpaket für mehr Grün zu unterstützen. „Wir als Verbändebündnis appellieren an die Bundes- und Landesregierungen, ein langfristiges Förderprogramm für die grün-blaue Infrastruktur in der Stadt und im ländlichen Raum einzurichten. Gesundheitsvorsorge und Klimaanpassung brauchen jetzt diese Unterstützung“, so BGL-Präsident Lutze von Wurmb. Im Übrigen entsprechen dies auch den Bestrebungen der Bundesregierung in der anstehenden EU-Präsidentschaft, über den sogenannten „Green Deal“ mit Investitionen in die Nachhaltigkeit auch die Wirtschaft zu unterstützen, so von Wurmb weiter. Er erwarte daher eine große Unterstützung seitens der Bundespolitik.



Im Bauhof der Stadt Abensberg ist eine neue Kehrmaschine eingetroffen. Georg Ipfelkofer (re.), Markus Pendl und Paul Schretzmeier (li.) haben den „HAKO Citymaster 2200“ durchgetestet und sind begeistert von der Ausstattung, die auch eine Videoüberwachung am Heck und am Saugrohr beinhaltet. Die neue Kehrmaschine arbeitet mit drei Kehrbesen. Am Heck befinden sich eine regelbare Saugereinheit und ein Hochdruckreiniger. Eingesetzt wird die Kehrmaschine zur Straßen- und Radwege-Reinigung. Der Citymaster benötigt eine Höhe von 2,10 Meter. Die Kehrbreite beträgt maximal 2,60 Meter. Gekostet hat das Fahrzeug 115.000 Euro.

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN
LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern



Der Unimog unterstützt die Imker von Woldgate Honey auf jedem Gelände.

Bild: Daimler.com

30 Jahre Landschaftspflegeverband Wunsiedel

Vor 30 Jahren wurde der Landschaftspflegeverband im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge aus der Taufe gehoben. Seit 1990 trägt eine starke Allianz aus Kommunen, Landwirten und Naturschützern dazu bei, Ökologie und Ökonomie unter einen Hut zu bringen, aber auch die Landwirte und das Handwerk zu unterstützen.

Wunsiedel war einer der frühen Landschaftspflegeverbände in Bayern, die sich um den Erhalt der Lebensräume gefährdeter Tiere und Pflanzen durch gezielte Maßnahmen kümmerten. Die Pflege der Vogelschutzflächen in Oberweissenbach, das Heckengebiet Schönbrunn, die Torfstiche bei Niederlamitz und die Hohlwege um Schirnding waren erste Arbeitsfelder des Pflegeverbandes.

Zudem suchte die Leiterin und Landschaftsplanerin Gudrun Frohmader-Heubeck früh den Kontakt zu interessierten Landwirten und ihrer Betriebshilfeorganisation, dem Maschinenring Wunsiedel. Sie erarbeitete Pflegepläne für Schutzgebiete, begleitete die Flächenankäufe der Naturschutzverbände, hielt Kontakt zu den beteiligten Kommunen und Fachbehörden und reichte Förderanträge für die jährlichen Naturschutzmaßnahmen über die Untere Naturschutzbehörde bei der Regierung von Oberfranken zur Bewilligung ein.

Waren 1990 erst zehn Landschaftspflegemaßnahmen mit einem Volumen von ca. 40.000 DM zu verzeichnen, kann heute bereits auf 99 Maßnahmen mit Einzelprojekten und Gesamtkosten von rund 350.000 Euro verwiesen werden. Wesentlich sind

dabei nicht nur die Fördergelder, sondern auch die Eigenanteile des Landkreises Wunsiedel mit seinen Kommunen. Auch Naturschutzverbände geben Teile ihrer Biotoppflege ab und finanzieren die Pflegearbeiten mit.

Dichtes Netzwerk

Das dichte Netzwerk der 17 Kommunen, der 100 aktiven Landwirte und Biotoppfleger und aller örtlichen Naturschutzverbände schafft eine breite Basis. Die Bedarfspflege in den ca. 100 Schutzgebieten und den gesetzlich geschützten Biotopen wird ergänzt durch notwendige Maßnahmen für besonders geschützte Tiere und Pflanzen der Roten Listen sowie die Umsetzung der FFH-Richtlinie in den Natura 2000-Gebieten. Auch Pflegemaßnahmen in Sekundärstandorten wie aufgelassene Steinbrüche stehen auf der Agenda.

„Wiesenbereiche weiter mähen, biotopprägende Nutzung fortführen“ war der Auftrag an alle, die sich den Biotopen aktiv widmen konnten. Der Bund Naturschutz, der Fichtelgebirgsverein, der Landesbund für Vogelschutz, die Naturfreunde und der Naturpark als Landschaftspflegeverband sind seit mehr als 30 Jahren die örtlichen Hauptak-

teure, immer in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden in Wunsiedel und Bayreuth.

Auch tierische Landschaftspfleger sind im Übrigen am Erhalt der Kulturlandschaft beteiligt: Rund 100 Schafe treibt ein Schafhalter aus Mühlbühl von Weide zu Weide und verhindert damit ein Zuwachsen der wertvollen Nagler Bergwiesen. **DK**

Landesgartenschauen verschoben

Das Umweltministerium hat der Verschiebung der bayerischen Gartenschauen zugestimmt.

Die Landesgartenschau Ingolstadt kann damit nicht in diesem Jahr, sondern 2021 stattfinden, die Landesgartenschau in Freyung wird von 2022 auf 2023 verschoben.

Die Terminverschiebung führt dazu, dass 2021 zwei Veranstaltungen stattfinden: die Regionalgartenschau „Natur in Lindau“ und die Landesgartenschau Ingolstadt. Weitere Informationen unter:

<https://www.stmuvm.bayern.de/themen/naturschutz/gartenschauen/index.htm>

gen der Kommunalstandorte in Bayern und Thüringen sind neben den gängigen Werkzeugen auch mit modernster Diagnose-technik ausgestattet. Nach Herstellervorgaben können Wartungen daher jederzeit durchgeführt werden, sowie Fehler dank der Online-Anbindungen schnell diagnostiziert und behoben werden. Das Ziel von Beuthhauser ist hier klar zu erkennen: Der Kunde soll möglichst schnell wieder einsatzfähig sein, die Standzeit seines Fuhrparks reduziert und Ausfälle minimiert werden.

Zertifizierter Partner

Seit Kurzem sind die Kommunalstandorte in Hengersberg, Kulmbach und Weimar zusätzlich zertifizierte myUnimog Mobile Service Partner von Mercedes-Benz Unimog.

Im Rahmen der Zertifizierung werden die Außendienstmonteure über das normale Trainingsprogramm hinaus regelmäßig geschult, da bei einem Außeneinsatz die Beratung im Team nicht möglich und der Techniker oft auf sich allein gestellt ist. Nach und nach sollen alle weiteren Kommunalwerkstätten der Beuthhauser-Gruppe zertifiziert werden. **□**



Monteur der Firma Beuthhauser

Bild: Beuthhauser

Mit Bienenfleiß

„Mit der vielseitigen Leistungsfähigkeit des Unimogs hält kein anderes Fahrzeug mit.“

Als gewerbliche Imkerei braucht Woldgate Honey in Großbritannien Alleskönner für schwere Ladung. Sowohl auf der Straße als auch im anspruchsvollen Gelände – und das bei jeder Wetterlage.

Tonnenweise Argumente.

Woldgate Honeys 2.000 Bienenstöcke beherbergen in Spitze über 50.000 Bienen. Das Ergebnis lässt sich sehen: Mindestens 60 Tonnen hochwertiger Honig werden jedes Jahr von März bis Oktober produziert. Um optimale Bedingungen zu gewährleisten, werden die Stöcke während dieser Zeit einige Male versetzt – und folgen den blühenden Pflanzen von landwirtschaftlich nutzbaren Feldern bis ins Heidemoorland.

Vielseitige Leistungsfähigkeit

Um auch abseits der Blüten optimal für die Produktion gerüstet zu sein, hat sich das Unternehmen drei neue, je 8,8 Tonnen schwere Unimog U 4023 angeschafft.

Der Herbst ist die geschäftigste Zeit des Jahres: Die Imker von Woldgate besuchen täglich die Bienenstöcke in abgelegenen Gebieten der North York Moors. Diese Aufgabe verlangt den Fahrzeugen unterschiedlichste Fähigkeiten ab – und der Unimog lässt keine Wünsche offen.

Geschäftsführer Mark Evamy erklärt, dass die Fahrzeuge relativ große Strecken auf kon-

ventionellen Straßen zurücklegen, um die Bienenstöcke zu erreichen. Das setzt den Fokus auf Komfort und Kostengünstigkeit. Allerdings sind die entlegenen Stöcke bis zu 8 km von der nächsten Straße entfernt. Hier ist Geländegängigkeit das entscheidende Kriterium. Der dritte Fokus liegt auf dem Fahrwerk: es muss Platz bieten für 160 Bienenstöcke, die Ausrüstung und zu guter Letzt müssen auch noch die speziell gefertigten Hubarme angebracht werden können.

Mark Evamy erklärt, dass nicht viele Fahrzeuge allen diesen Anforderungen gewachsen sind. Seit 12 Jahren setzt er auf den Unimog und bereut es nicht. Deshalb hatten nun erstmals gleich drei Neufahrzeuge ihr Debüt.

Extremwerte dank drehelastischer Rahmen und Schubrohraufhängung

Dank seines starken aber trotzdem drehelastischen Rahmens und seiner Schubrohraufhängung erreicht der Unimog Extremwerte in der Achsversträngung von bis zu 30 Grad. Steigungen von 45 Grad stellen aufgrund der kurzen Überhän-

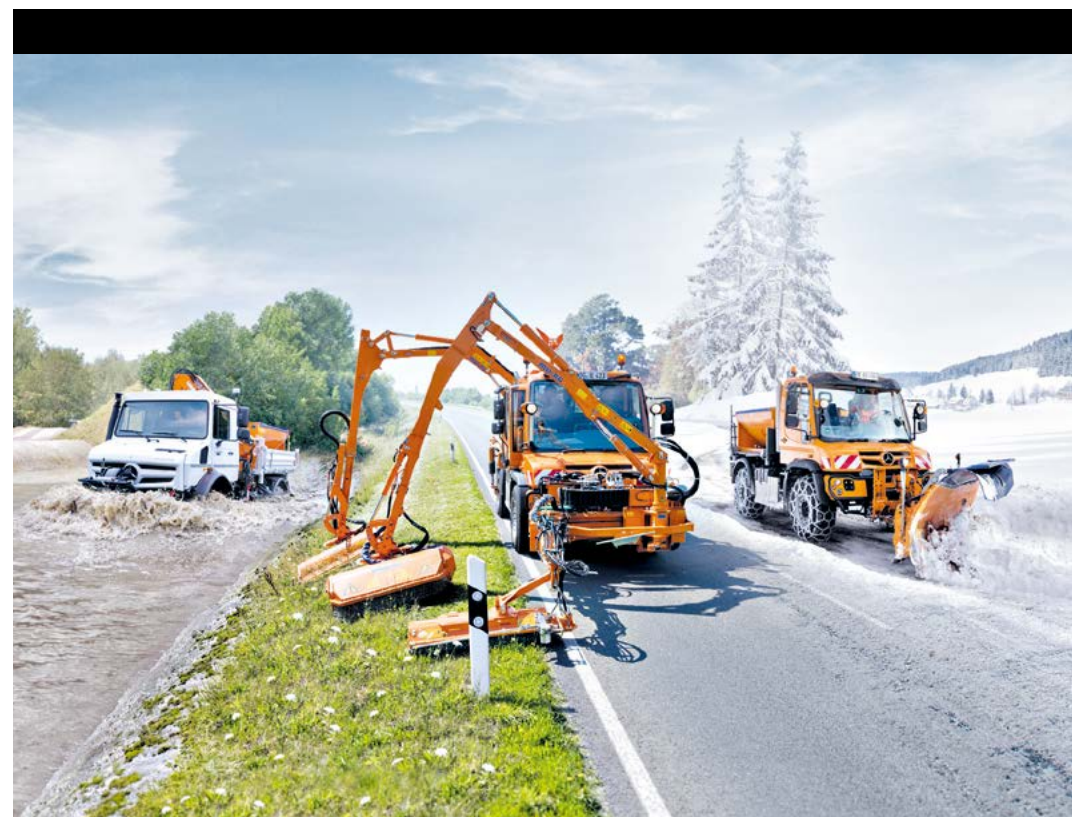
ge kein Problem dar. Für maximale Leistung treibt der 170 kW (230 PS) Euro VI Motor alle vier Räder an.

Ausstattung

Das Trio ist ausgestattet mit Pritschenaufbauten aus verzinktem Stahl. Diese sind auf den speziellen verwindungsfreien und schwenkbaren Unterkonstruktionen der Fahrzeuge angebracht, um eine Behinderung des Fahrwerks zu vermeiden. Die Hubarme sind am Heck befestigt.

Umweltfreundlich und effizient

Nicht nur die Fähigkeiten des Unimog überzeugen – auch die Umwelt freut sich über die neuen Fahrzeuge. Neben Motoren, die die aktuellste Abgasnorm erfüllen, sind Woldgate neueste Unimog mit einem zentralen Reifendruck-Regelsystem ausgestattet. Das System erlaubt dem Fahrer, aus der Kabine heraus den Reifendruck zu senken. Beim Offroad-Einsatz wird so der Schaden am Untergrund minimiert und gleichzeitig das Gripniveau erhöht. Wenn das Fahrzeug zurück auf der Straße ist, können die Reifen wieder befüllt werden und garantieren maximale Sicherheit und Kraftstoffeffizienz. **□**



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthhauser.de, Internet: www.beuthhauser.de

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthhauser.de, Internet: www.beuthhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Landkreis ist Digitale Bildungsregion

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ist seit Anfang April 2020 offiziell „Digitale Bildungsregion“. Damit werden die Digitalisierung im Bildungsbereich weiter vorangebracht, neue Ideen entwickelt sowie Projekte und Maßnahmen umgesetzt.

Im Frühjahr 2019 hat sich die „Bildungsregion Altmühlfranken“ auf den Weg gemacht, „Digitale Bildungsregion“ zu werden. Als einer der ersten in Mittelfranken kann sich der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen nun freuen: die Bewerbung beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus war erfolgreich und die Arbeit kann aufgenommen werden, wie Bayerns Kultusminister Prof. Dr. Michael Plazolo in einem Schreiben an Landrat Gerhard Wägemann mitgeteilt hat.

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schulschließungen und Einschränkungen im beruflichen und privaten Umfeld zeigen einmal mehr, wie aktuell und wichtig das Thema „Digitalisierung“ ist. Digitale Kompetenzen sind nahezu unerlässlich geworden, doch die Nutzung der vielfältigen Hard- und Software erfordert umfangreiche Kenntnisse.

„Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen will diese Entwicklung begleiten und aktiv mitgestalten“, so der Landrat und die Bildungskordinatorin des Landratsamts, Greta Weisseel.

Vier Schwerpunktthemen

Das landkreisweite Konzept für die digitale Bildungsregion fasst sich mit den vier Schwerpunkten „Digitalisierung gemeinsam gestalten“, „Entwicklung einer modernen IT-Landschaft“, „Vermittlung von Kompetenzen für eine digitale Welt“ und „Wirtschaft 4.0 – digitale Transformation“.

Mit der Umsetzung von Projekten und Ideen sollen regionales, digitales Wissen geteilt und gebündelt, vorhandene Kompetenzen und Angebote transparent gemacht und gute Praxisbeispiele bekannt und weiterentwickelt

werden. Es gibt in Altmühlfranken bereits zahlreiche digitale Projekte. Sie wurden im Rahmen der Konzepterstellung in einer Ist-Stand-Analyse erfasst.

Mediencurriculum und FabLab

Das Staatliche Schulamt Weißenburg-Gunzenhausen hat in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Digitale Bildung“ ein sogenanntes „Mediencurriculum“ erstellt. Dadurch können ein digitaler, jahrgangsspezifischer „Grundstock“ festgelegt und die Bildungseinrichtungen besser verzahnt werden.

Als Kombination aus MINT-Bildung sowie digitaler Bildung entsteht im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen momentan das erste FabLab mit Standort in Gunzenhausen. Als außerschulischer Lernort bietet das FabLab allen Generationen die Möglichkeit, sich mit den Themen MINT und Digitalisierung unter fachkundiger Anleitung zu befassen. Auch der Ausbau der iPad-Klasse an der Wirtschaftsschule soll weiter stattfinden, sodass der digitale Unterricht als Best-Practice-Beispiel auch für andere Einrichtungen dienen kann.

Referentenpool

Darüber hinaus soll ein regionaler Referentenpool entstehen, durch den Stück für Stück auch ein regionales Wissens- und Fortbildungsnetzwerk für den Landkreis aufgebaut werden kann. Auf Basis einer wissenschaftlichen Studie zum Thema Familienbildung soll auch das bereits vorhandene Familienportal grundlegend überarbeitet und interaktiv gestaltet werden. Das weitere Vorgehen sowie die Umsetzung einzelner Projekte und Maßnahmen werden gemeinsam mit dem Bildungsrat abgestimmt.

Natürlich birgt die Digitalisierung auch Gefahren, doch geht es in der heutigen Schul- und Arbeitswelt, aber auch im privaten Umfeld kaum mehr ohne digitale Medien. Die Risiken sollen in den Arbeitskreisen und Projekten der Bildungsregion nicht unter den Tisch fallen, im Gegenteil, sie sollen thematisiert und diskutiert werden. Es sollen sensibilisierende und präventive Maßnahmen erarbeitet werden, die den richtigen Umgang mit Medien beinhalten.

Startschuss für dynamischen und dialogischen Prozess

Die Bewerbung zur „Digitalen Bildungsregion“ ist der Startschuss für einen dynamischen und dialogischen Prozessbeginn, der in den nächsten Jahren proaktiv von den Akteuren in der Bildungsregion Altmühlfranken weiterentwickelt wird. „Der bis-

herige Entwicklungsprozess der Bildungsregion ist mit der Verleihung des Qualitätssiegels zur digitalen Bildungsregion nicht zu Ende. Es wird als Anspruch und Ansporn zugleich gesehen, das vorliegende Handlungskonzept koordiniert und nachhaltig umzusetzen“, resümiert Landrat Wägemann. Die Auszeichnung wird aufgrund der gegenwärtigen Corona-Krise zu einem späteren Zeitpunkt verliehen.

Bereits seit 2013 ist der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen Bildungsregion in Bayern. Organisation und Koordination übernimmt die Geschäftsstelle, die innerhalb der Zukunftsinitiative Altmühlfranken im Landratsamt angesiedelt ist. Der Bildungsrat mit seinen Arbeitsgruppen besteht aus regionalen Akteuren aus dem Bildungsbereich und entwickelt die Bildungsregion inhaltlich weiter. Die Bildungskonferenz ist offen für alle Interessierten und dient dem Austausch, der Vernetzung und Ideenfindung. □

Region ist Solidarität

Studie für fairen Lasten-Nutzen-Ausgleich zwischen den Gemeinden

Wie kann eine Gemeinde im landschaftlich schönen Hinterland, die keine gute Verkehrsanbindung hat, von Gewerbeansiedlungen in anderen Gemeinden profitieren und im Gegenzug Ausgleichsflächen, Wohnraum und soziale Infrastrukturen zur Verfügung stellen? Kann ein interkommunaler Fonds einen fairen Lasten-Nutzen-Ausgleich zwischen solchen Kommunen schaffen? Erste Antworten auf Fragen wie diese liefert eine gemeinsame Studie der Landeshauptstadt München und der Landkreise Dachau und Ebersberg mit dem Titel „Region ist Solidarität“. Die Instrumente sind vorhanden, sie müssen aber auch mutig genutzt werden.

Das starke Wachstum in der Metropolregion München eröffnet große Chancen, führt aber auch zu Belastungen. Für einige Kommunen sind Lasten und Nutzen jedoch nicht gleichmäßig aufgeteilt: Während zum Beispiel Gewerbegebiete zu höheren Steuereinnahmen in der jeweiligen Gemeinde führen, steigt der Bedarf an Wohnraum für die Arbeitskräfte und an entsprechenden Infrastrukturen auch im weiteren Umfeld. Zudem werden Verkehre verursacht, Freiräume beansprucht und Ausgleichsflächen benötigt – selten nur innerhalb der jeweiligen Gemeindegrenze.

Interkommunale Abstimmung

Deshalb müssen im Sinne einer effizienten, ressourcen- und klimaschonenden Flächennutzung Entwicklungen wie Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen und Freiräume noch stärker interkommunal abgestimmt und an aus gemeindeübergreifender Sicht optimalen Standorten realisiert werden. Dabei sind die aus einer solchen freiwilligen Arbeits- und Funktionsteilung entstehenden Nachteile und Belastungen unter den betroffenen Kommunen und Projektpartnern auszugleichen. Instrumente für solche Planungsansätze sind grundsätzlich vorhanden, kommen bisher aber nur punktuell zum Einsatz.

Das Projekt „Region ist Soli-

„Wir helfen zusammen – Donau-Ries“:

Förderung für Ehrenamtliche an Kommunen ausgezahlt

Der Landkreis Donau-Ries hat den Kommunen eine Förderung für ehrenamtliche Coronahilfen in Höhe der tatsächlich entstandenen und beantragten Kosten ausgezahlt. Im Fördertopf, den die Bayerische Staatsregierung jedem Landkreis zur Verfügung gestellt hatte, waren 60.000 Euro.

Jede Kommune konnte Kosten geltend machen, die den Ehrenamtlichen im Zusammenhang mit Coronahilfen entstanden. Verwendet werden mussten die Mittel für ehrenamtliche Corona-Hilfsprojekte.

Allen teilnehmenden Städten und Gemeinden konnte der angeforderte Zuschuss bewilligt werden. Landrat Stefan Rößle

darität“ soll die Praxistauglichkeit dieser Instrumente herausarbeiten, Anpassungserfordernisse formulieren, die Bekanntheit ausgleichsorientierter Planungsansätze steigern und zur stärkeren Anwendung anregen. Mit der Veröffentlichung des Berichts „Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog“ ist nun ein erster Meilenstein erreicht.

Zuversicht beim OB und den Landräten

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter ist sich sicher: „Der eingeschlagene Weg ist der richtige. Ich wünsche mir, dass wir diese erfolgversprechenden Ansätze nun fest etablieren und zum Standard unserer Siedlungs- und Regionalentwicklung machen.“ Auch der Dachauer Landrat Stefan Löwl betont die herausragende Bedeutung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit: „Der Wachstumsdruck im Ballungsraum München lässt bei einigen Entscheidungen kein „weiter so“ mehr zu. Wir brauchen eine noch stärkere Kooperation zwischen einzelnen Akteuren zum Wohle aller.“ Der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß blickt mit Zuversicht in die Zukunft: „Ich glaube an die Innovationskraft unserer Region, in der sich die Landkreise zusammen mit der Landeshauptstadt Mün-

chen und den Kommunen gemeinsam und solidarisch an die großen Zukunftsaufgaben Mobilität und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wagen und erfolgreich gestalten.“ Für die Münchner Stadtbaurätin Professorin Elisabeth Merk hat sich in diesem Zusammenhang bereits viel getan: „Was die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit betrifft, konnten wir in der Region München in den vergangenen Jahren große Fortschritte machen. Während wir vor wenigen Jahren noch darüber diskutiert haben, was alles schwierig ist, entwickeln wir heute ganz selbstverständlich gemeinsame Ziele, Umsetzungsstrategien und Projekte.“

„Region ist Solidarität“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Landeshauptstadt München und der Landkreise Dachau und Ebersberg. Das Projekt wurde im Rahmen der Regionalen Wohnungsbaukonferenzen vereinbart und unter Mitwirkung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München (PV), der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, der Technischen Universität München, Lehrstuhl für nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land, sowie des Deutschen Instituts für Urbanistik weiter vorangetrieben. Es ist ein weiteres interkommunales Projekt unter dem Dach des Regionalen Bündnisses für Wohnungsbau und Infrastruktur. Als nächster Schritt werden nun einzelne Instrumente an Hand konkreter interkommunaler Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft. Der Fokus wird hier auf den Möglichkeiten der Bewertung und des Ausgleichs dessen liegen, was von den jeweiligen Partnern in die Kooperation eingebracht werden kann. Teilnehmende Kommunen erhalten durch „Region ist Solidarität“ professionelle Unterstützung für ihre Ansätze und können sich als Vorreiterinnen für eine integrierte, nachhaltige und abgestimmte Regionalentwicklung positionieren. **Bericht, Kontaktdaten Informationen:** muenchen.de/regionales. □

Mehr Datenschutz, mehr Leistung

An der Aveninus Mittelschule Abensberg werden die Lehrkräfte derzeit von zwei Kollegen über die Möglichkeiten des Fernunterrichts informiert. Denn Achim Shaukat und Andreas Reichinger waren mit den bisher üblichen und weit verbreiteten Lösungen nicht zufrieden. „Schwache Server, hochsensible Daten bei Privatunternehmen – nein danke“, sagt Shaukat.

Auf Anregung von Konrektor Dietmar Freyberger haben er und sein Kollege inzwischen einen Server in Deutschland gemietet und sich in die open source-Software jitsi meet eingearbeitet – und die wird nun im Schulzentrum an der Römerstraße verwendet.

Man muss sich auch online benehmen können

Die Vorteile: „Nur wir haben Zugriff, niemand sonst“, sagt Shaukat. Die Software läuft auf allen Endgeräten, die Bedienung ist buchstäblich kinderleicht, der Standard-Start läuft ohne Mikro und Kamera – das spart manche Peinlichkeit aus. Durch den angemieteten Server ist die Leistung so hoch, dass bis zu 200 Personen gleichzeitig aktiv sein können: Videokonferenzen, chatten in der Gruppe, Fernunterricht mit Tafelblick, die Kommunikation stets unter Aufsicht eines Lehrers/einer Lehrerin – „Und wenn nötig, können wir auch einen Schüler oder eine Schülerin rauswerfen“, sagt

Shaukat. Man muss sich eben auch online benehmen können. Der Serverstandort Deutschland steht für höchsten Datenschutz und beim Betrieb steht die Datensparsamkeit an erster Stelle; das Einloggen ist mit Voroder Spitzname möglich, keine weiteren Angaben sind nötig. Migranten können zudem die Benutzeroberfläche in ihrer Sprache wählen. Rektor Wolfgang Brey ist ziemlich begeistert von der Aktion und dem leistungsfähigen und sicheren Weg, der an seiner Schule besprochen wird und wendet sich dankend an den Schulverband: „Wir sind hervorragend ausgestattet, und deshalb ist diese Variante auch möglich.“ Auch dankt er seinen beiden Lehrern, die sich derzeit um die Kolleginnen und Kollegen kümmern und in Extrastunden erklären, wie das Ganze funktioniert und welche Vorteile der eigene Server und das open source-Programm haben. Brey: „Ich wäre nicht erstaunt, wenn das Kultusministerium die Möglichkeiten des Fernunterrichts erkennt und auch nach Corona nutzt.“ □

GEMEINSCHAFTSGZEITUNG

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chellin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergrstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Kommunales Pilotprojekt:

Neues Online-Portal verbindet Politiker, Unternehmen und Bürger

Burgheim. Michael Böhm, Erster Bürgermeister von Markt Burgheim, und Felix Klein, Geschäftsführer der ortsanässigen DZE GmbH, haben in kürzester Zeit ein multimediales Online-Portal für die Gemeinde Burgheim aktiviert.

Das Portal www.burgheim-verbindet.de dient den Einwohnern als Informationsplattform zu lokalen Entwicklungen sowie der Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders in Zeiten der Corona-Krise. Neben der Aufgabe als Informationsplattform kommen die Burgheimer selbst zu Wort: Ärzte, Gastronomen, Banken, Vereine, Kirchen etc. können die Plattform aktiv nutzen, um auf sich aufmerksam zu machen, in Kontakt mit Kunden, Patienten und Besuchern zu bleiben und eigene Angebote, wie Webinare, zu bewerben.“

Bürgermeister Böhm betont, dass das Projekt nicht nur ein Portal für die Corona-Krise ist: „Uns war es zwar wichtig, schnell und kompakt eine interaktive Webseite für unsere Gemeinde zu schaffen. Mittel- bis langfristig soll das Portal zu einer konstanten Anlaufstelle für die Nachbarschaft werden. Gerade für Menschen, die aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen oder eines höheren Alters nur noch bedingt am öffentlichen Leben teilnehmen können, können so soziale Netzwerke aufrechterhalten werden.“

Schon wenige Stunden nach dem Launch stiegen die Zugriffszahlen. „Das Portal verbindet den Bedarf der Menschen an lokalen Nachrichten mit der digitalen Kommunikation. Inhalte entstehen vor allem multimedial. So bestehen geringe Barrieren für alle Bürgerinnen und Bürger jeden Alters“, so Böhm.

Felix Klein sieht Chancen für andere Kommunen: „Die Grundstruktur der Plattform ist so angelegt, dass sie sich auf jede kleinere und größere Gemeinde übertragen lässt, um dort in kurzer Zeit ähnliche Portale zu starten.“ Das Team der DZE GmbH verlässt sich hierbei auf seine mehr als zehnjährige Erfahrung in der Gestaltung interaktiver Webseiten.

Über die DZE GmbH:

Die DZE GmbH hat sich seit ihrer Gründung darauf spezialisiert aktive und ehemalige Soldaten mit Unternehmen zusammenzubringen. Hierfür betreibt das Unternehmen aus Burgheim unter www.dienstzeitende.de eine Spezial-Jobbörse sowie eine Kursdatenbank für Soldaten. Zusätzlich veranstaltet die DZE GmbH zweimal jährlich die große Online-Soldatenmesse auf www.soldaten.de. □



„10 Jahre fair trade stadt abensberg“ zeigt v.l.: 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Klara Wirthensohn, Almuth Fuchs-Hofer, Marie-Luise Ott, Astrid Habel und Katrin Koller-Ferch. Bild: Knott/Stadt Abensberg

Abensberg ist seit zehn Jahren „Fairtrade-Stadt“

Die Stadt Abensberg erfüllt weiterhin alle fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne und trägt deshalb für weitere zwei Jahre den Titel Fairtrade-Stadt. Die Auszeichnung wurde erstmalig im Jahr 2010 durch TransFair e.V. verliehen. Damit ist die Stadt Abensberg seit zehn Jahren dabei - eine Feier kann es aber aufgrund der derzeitigen Auflagen nicht geben, was sowohl 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, als auch die Vertreterinnen der Steuerungsgruppe bei einem Treffen bedauerten.

Dr. Brandl freute sich dennoch sehr über die Verlängerung des Titels: „Die Bestätigung der Auszeichnung ist ein schönes Zeugnis für die nachhaltige Verankerung des fairen Handels in Abensberg. Lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiten hier eng für das gemeinsame Ziel zusammen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, den fairen Handel auf lokaler Ebene zu fördern.“

Fünf Kriterien

Vor zehn Jahren erhielt die Stadt Abensberg vom gemeinnützigen Verein TransFair e.V. erstmalig die Auszeichnung für

ihr Engagement zum fairen Handel, für die sie nachweislich fünf Kriterien erfüllen musste. Der Bürgermeister und der Rat trinken fair gehandelte Produkte und halten die Unterstützung des fairen Handels in einem Ratsbeschluss fest, eine Steuerungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten, in Geschäften und gastronomischen Betrieben werden Produkte aus fairem Handel angeboten, die Zivilgesellschaft leistet Bildungsarbeit und die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten vor Ort.

Das Engagement in Fairtrade-Towns ist vielfältig: In Abensberg sind die alljährliche faire Woche, der faire Einkaufsführer

auf der städtischen Website und die Abensberger Schokolade nur einige Beispiele erfolgreicher Projekte in den letzten Jahren.

Motivation für weiteres Engagement

„Wir verstehen die bestätigte Auszeichnung als Motivation und Aufforderung für weiterführendes Engagement“, so Klara Wirthensohn, die Sprecherin der Steuerungsgruppe. Sie war mit Almuth Fuchs-Hofer, Marie-Luise Ott und Astrid Habel ins Aventinum gekommen, um die Urkunde „Abensberg bleibt Fairtrade-Stadt“ zu präsentieren. Dabei wurde auch über die Folgen der Pandemie gesprochen, die eine Feier zum zehnjährigen Engagement verhindern. Mit dabei war auch Katrin Koller-Ferch von der Stadt Abensberg, die seit Jahren als Ansprechpartnerin für die Steuerungsgruppe fungiert. □

Landkreis Cham:

Vodafone wird Breitbandpartner

Vodafone ist der Telekommunikations-Partner des Landkreises Cham im Zuge der Breitbanderschließung mit hochmoderner Glasfaser. Das gaben Landrat Franz Löffler und Rolf-Peter Scharfe von Vodafone Deutschland bei einer gemeinsamen Pressekonferenz bekannt. Der Landkreis Cham errichtet ein eigenes Glasfasernetz mit rund 1.700 Kilometern Länge. Diese „passive Infrastruktur“ wird der Digitalisierungskonzern Vodafone Deutschland Vodafone mit seiner aktiven Technik ausstatten und den Privat- und Geschäftskunden zur Verfügung stellen. Vodafone wird darüber hinaus die bestehenden Angebote im Landkreis Cham in den Bereichen Mobilfunk und Internet über das Kabelnetz weiter ausbauen.

Landrat Franz Löffler betont: „Der Landkreis Cham hat einen starken, technologisch breit aufgestellten, erfahrenen und weltweit agierenden Partner als Telekommunikationsanbieter gewonnen. Gemeinsam werden wir die Datenautobahn für die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises, seiner Menschen und Unternehmen errichten.“

Rolf-Peter Scharfe ergänzt: „Wir freuen uns sehr darüber, den Landkreis Cham mit unserem Betreiberkonzept und unserer jahrelangen Erfahrung bei Vermarktung und Betrieb solcher Netzinfrastrukturen überzeugt zu haben. Gemeinsam

wollen wir die Wirtschaftsregion Cham auf die digitale Überholspur bringen. Möglich macht das eine weitsichtige Politik, die heute schon die Weichen für die digitale Zukunft stellt.“

Der Landkreis Cham hat mit der Gründung des Eigenbetriebs „Digitale Infrastruktur“ im Jahr 2019 die Weichen für den Aufbau eines eigenen Breitbandnetzes im Rahmen eines sogenannten Betreibermodells gestellt.

„Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren immer mehr Lebens- und Arbeitsbereiche umfassen, dies reicht vom digitalen Heimarbeitsplatz, Smart-Home und Cloud-Anwendungen bis hin

zu Zukunftsthemen wie dem autonomen Fahren und 5G Mobilfunk. Grundlage dafür ist dieses leistungsfähige und flächendeckende Glasfasernetz.“ so Landrat Franz Löffler.

Angesichts der Fläche sowie der Einwohner- und Siedlungsstruktur des Landkreises handele es sich dabei um eine gewaltige Aufgabe mit hohen Investitionen. Die enorme Dimension des Projektes ist schon aus der Trassenlänge von rund 1.700 Kilometern ersichtlich. Das geförderte Ausbaugbiet umfasst zunächst rund 7.000 private Haushalte und Unternehmen die bisher mit weniger als 30 Mbit pro Sekunde versorgt sind. Zusätzlich wird Vodafone entlang der Trasse weitere Gebäude zur Erschließung vorbereiten. Finanziert werden soll die Investition durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland, des Freistaats Bayern und durch Kostenbeiträge der beteiligten Gemeinden sowie Eigenmittel des Landkreises. □



Bürgermeister Max Schmaderer, Bürgermeister Michael Multerer, Werkleiter Klaus Schedlbauer, Landrat Franz Löffler, Rolf-Peter Scharfe und MdB Karl Holmeier (v.l.) besiegeln die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Cham und Vodafone. Die Aufnahme entstand vor den Corona-bedingten Beschränkungen. Bild: Schubbauer

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Da ist ein Funke in ein globales Pulverfass geflogen und die Explosionen sind so heftig wie selten zuvor.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgt gespannt die Ereignisse in den Vereinigten Staaten und die Diskussion über Rassismus weltweit.

Da stecken wir global in einer der größten Krisen in Friedenszeiten, die Zahl der Toten im Zusammenhang mit Covid-19 erreicht in den USA, Großbritannien, Brasilien und Indien Dimensionen, wie sie unser Vorstellungsvermögen sprengen und doch der Tod eines einzelnen Mannes Amerika und die Welt in Aufruhr versetzt. Es war die Brutalität und Grausamkeit des Sterbens, es waren die Handybilder, die den langsamen Tod des George Floyd auf alle Bildschirme der globa-



in Europa Nachahmer findet. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, dass zuerst in Amerika Denkmäler geschleift wurden. Konföderatengeneräle, Südstaatenpolitiker und zuletzt noch Christoph Kolumbus, dem lange Zeit der Ehrentitel „Entdecker Amerikas“ zuerkannt wurde, den man aber jetzt als Vorreiter der Versklavung und Ausrottung der indigenen Bevölkerung des Doppelkontinents sieht.

Aber das ist natürlich nur die eine Seite der Vereinigten Staaten. Die andere sind die Kräfte, die sich nie offen rassistisch bekennen würden, die aber an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auch nichts auszusetzen haben. Bezeichnenderweise war George Floyd ein Kleinkrimineller, der versuchte, Falschgeld unter die Leute zu bringen, als er von der Polizei aufgegriffen und so unmenschlich zu Tode gefoltert wurde. Afroamerikaner sind tendenziell ärmer, wohnen in schlechteren Stadtteilen, haben weniger Zugang zu Krankenversorgung, weniger Zugang zu Bildung, ein höheres Risiko für Straftaten belangt und verurteilt zu werden und sie sterben tendenziell häufiger an Covid-19 als weiße Amerikaner.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist sehr besorgt. Schließlich sind die USA als Weltmacht unter dem irrlichternden Präsidenten eh schon geschwächt und haben global an Ansehen verloren. Jetzt noch die Instabilität durch die Unruhen und die Diskussion um Rassismus.

Da fällt es Ländern wie China leider leicht, sich auf das hohe moralische Ross zu setzen. Viel zu schnell sind die rassistischen Übergriffe auf Afrikaner in Kanton vergessen worden, die in Ausmaß und Intensität einem Land mit so hochstehender Zivilisation unwürdig sind. Von den Umerziehungslagern für Uiguren gar nicht erst zu reden. Nein, Rassismus ist leider global und kein Land, keine Ideologie und keine Zivilisation ist ganz frei von ihm. Wir sollten deshalb immer das Gegengift bedenken und anwenden, das Martin Luther King beschreibt: „Es gibt keine größere Kraft als Liebe. Sie überwindet den Hass wie das Licht die Finsternis.“

Rassismus ist leider global

len Netz-Community brachte und es war die Hautfarbe des Getöteten, die eine Eruption des Protestes hervorgerufen haben, die nicht auf die USA beschränkt ist.

Die Zynikerin in mir lässt mich denken, dass möglicherweise auch die Tatsache eine Rolle spielt, dass wir alle zusammen ein Ventil für unsere Ängste und Frustrationen in der Corona-Welt brauchen, nachdem wir so viele Monate monothematisch auf ein kleines Virus gestarrt haben. Denn eins ist klar: Fälle von rassistisch motivierten Übergriffen, von Polizeigewalt gegen Afroamerikaner kommen immer wieder vor und der Frust darüber entlädt sich auch lokal – nur eben nicht in diesem Ausmaß.

Die Amerikaner sind sicherlich auch deshalb besonders sensibilisiert, weil es schon eine ganze Zeit über dort eine besonders heftige Diskussion über Diskriminierungen aller Art gibt – aufgrund der Hautfarbe oder des Herkommens, aufgrund des Geschlechts, aufgrund der sexuellen Orientierung. Viel stärker als wir es uns vorstellen können, hat sich eine Tendenz verbreitet, intolerant alles zu verfolgen, was sich nicht an eine politische Korrektheit hält, die von denen definiert wird, die sich subjektiv von Diskriminierung betroffen fühlen. Eine Art modernes Jakobinerturn, das immer mehr um sich greift und mittlerweile auch

ihre Sabrina

Pakt zur nachhaltigen Beschaffung von Kommunen in der Metropolregion Nürnberg:

68 Städte, Gemeinden und Landkreise für nachhaltige Beschaffung

Auf fair und ökologisch produzierte Produkte in der Beschaffung setzen – das haben sich 68 Kommunen in der Region für die Zukunft vorgenommen, davon 10 vorbehaltlich ausstehender Beschlüsse im Stadt- bzw. Gemeinderat. Zum 31. Mai endete die Beitrittsfrist zum Pakt zur nachhaltigen Beschaffung. „Vor drei Monaten habe ich darauf gesetzt, dass wir die 60er Teilnehmermarke knacken. Das ist erfolgreich gelungen. Trotz, oder vielleicht sogar wegen, der aktuellen Krisenlage wurde der Pakt in den Landkreisen, Städten und Gemeinden diskutiert und befürwortet“, so Thomas Thumann, Politischer Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz.

Mit dem Pakt möchte die Metropolregion Nürnberg ein Zeichen setzen und den Einkauf nach ökologischen und sozialen Kriterien in den Kommunen stärker verankern. So soll langfristig ein Umdenken in der Beschaffungspraxis erreicht werden. „Deutschlandweit ist der Vorstoß der Metropolregion im Hinblick auf nachhaltige Beschaffung in den Kommunen vorbildlich. Ich freue mich, dass sich seit dem Fair Trade Gipfel im Oktober 2019 so viele Kommunen dem Pakt angeschlossen haben und hoffe, dass weitere Regionen diesem guten Beispiel folgen werden“, so Gunther Berger, Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aus dessen Haus die Projektfinanzierung kommt.

Der Pakt ist so gestaltet, dass je nach Größe und Voraussetzungen der Kommune individuelle, realisierbare Maßnahmen abgeleitet werden können. Mit

wichtiger Baustein für die Klimaschutzstrategie der Stadt. Daher schließt sich Coburg gerne dem Netzwerk auf metropolitaner Ebene an, um gemeinsam die besten Ideen und Lösungswege zu erarbeiten“, so Oberbürgermeister Dominik Sauerteig.

Im Pakt ist festgelegt, dass in der Metropolregion Nürnberg insgesamt nachhaltige Produkte im kumulierten Wert von 8 Millionen Euro gemeinsam beschafft werden. Seit April 2020 kann die Zielerreichung online nachverfolgt werden. Auf der Webseite der Fairen Metropolregion Nürnberg werden die einzelnen Beiträge der Kommunen veröffentlicht. Knapp 30.000 Euro sind bislang zusammengekommen. Aufgrund der Corona Krise ist damit zu rechnen, dass ein Großteil der Beiträge in der zweiten Jahreshälfte gemeldet wird. www.faire-metropolregion-nuernberg.de/smart-diagram

Auftakt des Paktes war der 1. Fair Trade Gipfel im Oktober 2019, bei dem 37 Kommunen unterzeichneten. 31 weitere folgten. In der Umsetzung werden die Kommunen durch die Entwicklungsgagentur Faire Metropolregion Nürnberg unterstützt. Drei Projektmitarbeiterinnen und der Geschäftsstelle und der Außenstelle Neumarkt bieten Beratung an, rechten Netzungsveranstaltungen aus und begleiten Modellprojekte. □

Gemeinsam die besten Ideen erarbeiten

Dem Pakt beigetreten ist auch die Stadt Coburg: „Ein Beschaffungswesen, das auf faire Herstellung- und Wettbewerbsbedingungen, Nachhaltigkeit und CO2-Minimierung setzt, ist ein

Euroregionen Inntal und Salzburg:

EU-Förderung für neue Kleinprojekte

Coronabedingt hat der Regionale Lenkungsausschuss (RLA) Mitte der beiden Euroregionen Inntal und Salzburg per Umlaufbeschluss über acht neue Kleinprojektanträge entschieden. Breit war die Vielfalt an Projekteinreichungen, für die die Förderung aus dem INTERREG-Programm Österreich/Bayern 2014–2020 genehmigt werden konnte.

Je vier Projekte stammten aus der Euregio Inntal (Fördervolumen 65.275 Euro) und der Euregio Salzburg (Fördervolumen 63.660 Euro). In der Euregio Inntal befassen sich zwei wissenschaftliche Kooperationen mit dem Thema Klimaschutz. Im Bereich Windmessung erarbeiten die Fachhochschule Kufstein Tirol und die Technische Hochschule Rosenheim Grundlagen zur Nutzung der Windenergie im Inntal. Eine weitere

wissenschaftliche Zusammenarbeit von der Universität Innsbruck und der Technischen Universität München hat zum Ziel, historische Daten zu nutzen, um die Auswirkungen des Klimawandels fundiert einschätzen zu können.

Kulturdreieck stärker vernetzen

Durch die Zusammenarbeit zweier privater Forschungsein-

richtungen sollen zudem Prototypen für innovative Konstruktionselemente für Weltraumwendungen (z.B. Trägerstrukturen für Sonnenkollektoren oder Satelliten) entwickelt werden. Darüber hinaus wird unter dem Titel „Barocker Kulturpfad/Vergessen – Verschollen-Wiedergefunden“ das geographische Kulturdreieck (Erl, Kufstein, Oberaudorf) stärker vernetzt und sichtbar gemacht.

EuRegion Klimaladen 2.0

In der Euregio Salzburg richtet das Projekt „EuRegion Klimaladen 2.0.“ sein Augenmerk auf Klima- und Umweltbildung für Kinder ab zehn Jahren. Mit einer Neuaufgabe und Ergänzung um digitale Tools der international ausgezeichneten Wanderaufstellung aus dem Jahr 2012 wird sowohl das Projektteam um das Klimabündnis Salzburg erweitert als auch der starken Weiterentwicklung des Themenbewusstseins der Jugend durch die „fridays for future“-Bewegung

Rechnung getragen. Ebenfalls unter Einbindung der Schüler aus der Euregio findet das Projekt „Salzburger Karikaturenpreis 2020“ statt. Grenzüberschreitende Ausstellungen und Veranstaltungen sollen die Begeisterung der Jugend für diese Kunstrichtung fördern.

Grenzüberschreitende Mobilitätshebung

In einem weiteren Projekt wird die Grundkonzeption für eine grenzüberschreitende Mobilitätshebung im Jahr 2022 für die Region der Euregio Salzburg und darüber hinaus erarbeitet. Aufbauend auf den Erfolgen vorangegangener Projekte im Bereich Entrepreneurship geht das Projekt Euregio Startup Camp „Alpine connects“ an den Start.

Mit einer inhaltlichen Neuausrichtung und geographischen Ausweitung auch in den Raum der Euregio Inntal sollen während einer dreitägigen Veranstaltung die grenzüberschreitende Vernetzung und der Kompetenzaufbau der jungen Gründer speziell im Kontext Alpen und alpiner Raum intensiviert werden. **DK**

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH sowie zwei Beilagen der Radmaier Kommunal- und Landtechnik. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Flyer zum Thema häusliche Gewalt

Die Münchner Gleichstellungsstelle für Frauen nimmt mit einer Plakat- und Postkartenaktion das Thema „Häusliche Gewalt“ in den Fokus. Betroffene, Nachbarn, Bekannte und Verwandte sollen ermutigt werden, hinzusehen und aktiv zu werden.

„Wenn Sie selbst Gewalt erleben, wenn Sie Gewalt beobachten oder vermuten: Holen Sie Hilfe! Lassen Sie sich beraten! Für sich – für andere!“ Unter diesem Aufruf findet sich eine Liste von überwiegend Münchner Telefonnummern, die zum Teil rund um die Uhr beraten und Hilfe bieten.

Nicole Lassal, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München: „Mit dieser Aktion soll deutlich gemacht werden, dass Gewalt nicht hingenommen werden muss und dass es Hilfe gibt. Die Gleichstellungsstelle für Frauen möchte deswegen Informationen zu Hilfe- und Unterstützungseinrichtungen in München breit streuen. Besonders froh sind wir über die Zusage der beiden

großen Wohnungsbaugesellschaften GWG und Gewofag, die Plakate und Postkarten in ihren Häusern zu verteilen.“ Bürgermeisterin Katrin Habenschaden: „Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie nehmen die Fälle von häuslicher Gewalt zu. Kinder und Frauen sind in der Regel die Leidtragenden. Die Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München bietet in solchen Fällen Hilfe und Unterstützung an – unbürokratisch und vertraulich.“

Plakate und Postkarten sowie Fotos können an gst@muenchen.de von der Gleichstellungsstelle angefordert werden. Alle Infos finden sich auch auf der Internetseite www.muenchen.de/gst. □

Vorschau auf GZ 13


In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 2. Juli 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien · Ressourcenschutz
- Abfall · Entsorgungsmanagement · Recycling
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Bau

ERLUS AG 
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie **kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.**

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern


Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE 
Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben 
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN  **juwi**
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

FAHNEN KÖSSINGER 
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:



Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

 **Prior & Peußner**
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de


Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET  **POWERED BY HYDRAULICS**

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrfähigkeitpumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggenstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas 
informationssicherheit datenschutz beratung

Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de 

Kommunale Immobilienentwicklung

 Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de 

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW 

Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach

mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage (ab 3.000 m³/h Luftleistung)

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Murnau: BG Unfallklinik · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität · div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN 
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER 
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de



ELECTRIC DEPARTMENT

GTM +electric

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachsmähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

WELTNEUHEIT - DER ERSTE PROFESSIONELLE ELEKTRISCHE AUFSITZMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW
 Messertrieb: voll elektrisch - 3 kW
 Batterie: 6 Akkupacks, 54 V / 144 Ah
 Laufzeit: 6-8 Std., je nach Einsatzverhältnissen
 Ladezeit: 4 Std. - mit integriertem Ladegerät
 Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung
 Mähwerk: 80 cm, Zwischenachs-Sammelmähwerk, manuelle Schnitthöhenverstellung - 4 stufig

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit

GSR +electric

Profi-Frontmäher mit Mulch- / Heckauswurfmäherwerk 112 cm breit

WELTNEUHEIT - DER EINZIGARTIGE ELEKTRISCHE FRONTMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW
 Messertrieb: voll elektrisch - 9 kW
 Batterie: 8 Akkupacks, 54 V / 192 Ah
 Laufzeit: 6-8 Std., je nach Einsatzverhältnissen
 Ladezeit: 5 Std. - mit integriertem Ladegerät
 Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung
 Mähwerk: 112 cm, komb. Mulch- und Heckauswurfmäherwerk, elektrische Schnitthöheneinstellung, elektrische Wartungsposition

Powerbank PB ULTRA+

- + einfaches Nachladen
- + verlängerte Autonomie
- + mehr Arbeitsstunden
- + lädt jedes Akku-Werkzeug

Leistung: 8 kW
 Spannung: 230 V



Turbogross EU Stage V Motoren

Nullwendekreis-Frontmäher mit ausgezeichneter Manövrierfähigkeit für extrem enge Verhältnisse

Motoren (StageV): Benzin 17,2 kW (23 PS)
NEU: wahlweise Vergaser oder elektr. Einspritzung EFI
 Diesel 16,3 kW (22 PS)

Antrieb: Hydrostat, Hebel-Steuerung
 Fangbox: 350 ltr. oder 500 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
 Sammelmähwerk: 110 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 110 - 150 cm, Schlegelmäher, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



Turbolader S / M / H

Multifunktions-Lader mit Knicklenkung

vielseitige Maschine für den Einsatz im Garten- und Landschaftsbau, in der Kommune, in Baugewerbe und Landwirtschaft

S-Serie: der günstige Einstieg
M-Serie: die komfortable Mittelklasse
H-Serie: die leistungsstarke Oberklasse

Motoren (Stage 3b / V): 16,3 kW bis 32,4 kW (22 bis 44 PS)
 Antrieb: hydrostatischer Allrad-Antrieb
 Hubhöhe: max. 308 cm

Anbaugeräte: Schaufeln, Palettengabel, Mähwerke, Schlegelmäher, Heckenschere, Umkehrfräse, Grabenfräse, Bohrergeräte, Schneeschild, Schneefräse usw.



Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Wir beraten Sie gerne - Mietkauf - Leasing - Finanzierung - Kommunalleasing - schnell und unkompliziert



Peter Bachmaier
 Tel. 08071/9293-15
 Mobil 0170/2867905
 bachmaier@radlmaier.de



Jörg Köhler
 Tel. 08071/9293-45
 Mobil 0170/8343012
 koehler@radlmaier.de



Sebastian Kastner
 Tel. 08071/9293-50
 Mobil 0151/72935222
 kastner@radlmaier.de



Griesmeier 1 - 83547 Babensham

Falls Sie von uns keine Werbung mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@radlmaier.de



Vertriebspartner für Bayern

Griesmeier 1 - 83547 Babensham

Tel. 08071/9293-0 - www.radlmaier.de - info@radlmaier.de



GTM

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachs-Mähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

Motor: Benzin 11,5 bzw. 11,9 kW (15,5 bzw. 16 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 280 ltr., Bodenentleerung
Mähwerk: 80 cm Sammelmähwerk

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit



GTR

wendiger Frontmäher im kompakter Bauweise

Motor: Benzin 11,9 bzw. 14,8 kW (16 bzw. 20 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 280 ltr. Bodenentleerung
Sammelmähwerk: 112 cm

Zubehör: elektr. Fangboxentleerung, elektr. Schnitt-höhenverstellung, Schneeschild, Schneefräse



GTS

EU Stage V Motoren

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 kW (22 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 480 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk: 96 oder 112 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



GT

EU Stage V Motoren

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Diesel 20,7 kW (28 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 550 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 126 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



Turbo Z

EU Stage V Motoren

Nullwendekreis-Frontmäher

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw. 29 kW (22 bzw. 40 PS)
Antrieb: Hydrostat

Zubehör: Mulchmäherwerke 112 - 185 cm, Vertikutierer, Schlegelmäher 110 - 180 cm, Schneeschild, Schneefräse, Leichtkabine



PG / SR

der ideale Allrounder zur Pflege von Grünanlagen und Freigelände
PG: Sammelmäher SR: Mulchmäher
Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw. 20,7 kW (22 bzw. 28 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox (nur PG): 600 ltr. oder 800 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk: 112, 126 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Kabine mit Heizung und Lüftung, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



Turbo 2R / 4R

Turbo 1_5 / 2_5 / 4_5 EU Stage V Motoren

Profi-Frontmäher mit Turbine und Grasfangbehälter Allradantrieb (Turbo 1W und 4R)

Motor: Diesel 19 bis 32,6 kW (26 bis 44 PS)
Abgasnorm EU Stage V bei Nennleistung 19 kW (26 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 900 ltr. bis 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 130, 150 oder 180 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



Turbo 4 Fifty

unserer stärkster Profi-Frontmäher Allradantrieb und 2,4 Liter Hubraum

Motor: Diesel 37 kW (50 PS)
Antrieb: Hydrostat, 2-stufig
Fangbox: 1.400 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 150 oder 180 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



Turbo 2T / 4T Cruiser

Profi-Frontmäher mit klimatisierter Komfortkabine Allradantrieb (Turbo 4T Cruiser)

Motor: Diesel 32,6 kW (44 PS)
Antrieb: Hydrostat, elektronisch geregelt
Fangbox: 1.100 ltr. bzw. 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 150 oder 180 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



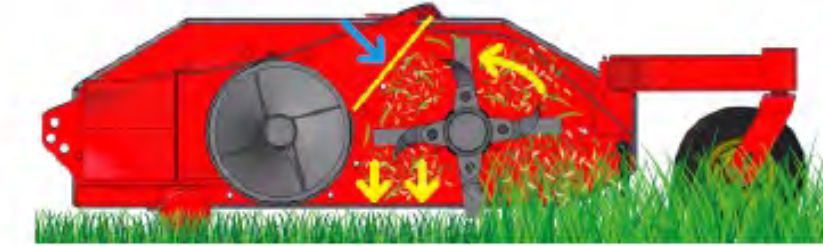
NEUES ZUBEHÖR FÜR DIE PG-Serie und Turbo-Serie

MÄHEN UND AUFSAMMELN



Der GF3x1PLUS gibt dem Nutzer die Möglichkeit zwischen Sammeln und Mulchen zu wählen. Beim PG erfolgt die Umschaltung hydraulisch, beim TURBO1-2-4 mechanisch per Handhebel. Die in der Abbildung dargestellte Klappe gibt den Weg für das Mähgut zum Aufsammlern frei oder leitet es direkt auf den Boden ab.

MULCHEN



GF3X1 PLUS 160 SMART SYSTEM

Der neue, größere GF3x1PLUS 160 kombiniert die Vorteile des 140 mit einer noch robusteren Konstruktion und einem an das Aussehen der Turbo1-2-4 Reihe angepassten Design. All das in Verbindung mit dem innovativen ÜBERLAST-ABSCHALTSYSTEM, das die Schnecke bei Überlastung vom Antrieb entkoppelt. Mit diesem System werden Schäden am Gerät und den Antrieben durch übermäßige Belastung und Kontakt mit Fremdkörpern, wie Steinen und größeren Holzstücken, wirkungsvoll vermieden. Falls die Überlastsicherung ausgelöst hat, kann der Antrieb mit dem serienmäßig mitgelieferten Werkzeug wieder eingekoppelt werden - es kann sofort und ohne Verzögerung weitergearbeitet werden.



PLUS und VORTEILE:
SICHERHEIT und LANGLEBIGKEIT des Geräts
KEINE AUSFALLZEIT bei gestoppter Maschine
HÖHERE PRODUKTIVITÄT bei der Arbeit



MODELL	PASSEND FÜR	ABMESSUNGEN (cm)	SCHNITTBREITE (cm)	MESSERANZAHL
140	PG - TURBO1	L 130 x L 157 x H 50	135	56 Y, 28 Becher, 28 Vertikutier
160	TURBO2-4	L 135 x L 180 x H 50	155	100 Y, 50 Becher, 50 Vertikutier

KECKEX Mit unseren KECKEX Heißwasserdampfsystemen wird Unkraut ohne Chemie umweltschonend und nachhaltig zurückgedrängt

Wasser wird mit unserem Heißdampferzeuger zu einem bis zu 140 Grad heißen Wasserdampfgemisch erhitzt, welches aus 50 % Dampf und 50 % Wasser besteht.

Unser KECKEX-System ist bei jeder Witterung einsetzbar.

Das KECKEX-Sortiment umfasst handgeführte Geräte für kleine Flächen und größere Geräte, die auf bereits vorhandene Fahrzeuge aufgebaut werden können, für die großflächige Wildkrautbekämpfung.



Komex 12V-600

Maße: L 120 cm / B 130 cm / H 110 cm

Gewicht leer: 350 kg

Wasserverbrauch: ca. 8 - 10 ltr./min.

Dieserverbrauch: ca. 6,5 ltr./Std.

Akku 12V / 260 Ah für bis zu 7 Std. Laufzeit

selbstansaugende Wasserpumpe

geeignet für Pickup, Anhänger, offene Ladeflächen usw.

Betrieb auch mit Stromaggregat oder Generator

Das Komex 12V-600 Set enthält:

Weedex-12V Heißdampferzeuger,

Grundrahmen mit Stapleraufnahme

15 m Spezial-Dampfschlauch mit automatischem Aufroller

KHL-Handlansenset 2-tlg.: Pistole mit Schnellverschluss,
Düsen- und Brausenlanze

IBC-Wassertank 600 ltr. mit Füllstandsanzeige

12 Volt Wasserpumpe, Enthärtermitteldosierung

Batterie und Ladegerät

Einsteiger-Set ab € 12.750,- netto

Komex M

viele verschiedene Ausführungen möglich

z.B. als betriebsfertiges Komplett-Set zum Aufbau auf Ladeflächen

Antrieb über leistungsstarken Akku

Wassertanks ab 500 ltr.

kombinierbar mit der KHT-Fronträgereinheit für große Flächen, Randsteine usw.

Alle Komponenten sind frei kombinierbar, so können kundenspezifische Lösungen konfiguriert werden.

Als Trägerfahrzeug eignen sich nahezu alle Geräteträger und Kommunalfahrzeuge, die über die nötigen Dimensionen, Lastwerte und Hydraulikausstattungen verfügen.

JESPI

Ideal z.B. für Hausverwaltungen, Friedhöfe, Gärten

Maße: L 200 cm / B 80 cm / H 130 cm

Gewicht leer: 400 kg

Wasserverbrauch ca. 8 - 10 ltr./min

Dieserverbrauch ca. 6,5 ltr./Std.

Gewicht gefüllt: 880 kg

Das JESPI-Set enthält:

Weedex-12V Heißdampferzeuger,
 Fahrwagen mit Akkusatz und Ladegerät,
 Wassertank 450 ltr. mit Füllstandsanzeige,
 manueller Schlauchaufroller, 20 m Spezial-Dampfschlauch, KHL-Handlansenset 3-tlg.,
 Flächenwagen handgeführt, 12V Wasserpumpe,
 Batterie 12 V / 280 Ah, Ladegerät,
 Dieseltank 20 ltr. mit Halterung

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Wir beraten Sie gerne - Mietkauf - Leasing - Finanzierung - Kommunalleasing - schnell und unkompliziert



Peter Bachmaier
 Tel. 08071/9293-15
 Mobil 0170/2867905
 bachmaier@radlmaier.de



Jörg Köhler
 Tel. 08071/9293-45
 Mobil 0170/8343012
 koehler@radlmaier.de



Sebastian Kastner
 Tel. 08071/9293-50
 Mobil 0151/72935222
 kastner@radlmaier.de



Der neue Lintrac 130 punktet mit seinem sauberen und besonders starken Motor, der 4-Rad-Lenkung und dem ZF-Stufenlosgetriebe.

Lintrac 130: Stufenloses Kraftpaket für Bayerns Gemeinden

Der neue Lintrac 130 ist für die bayerischen Städte und Gemeinden maßgeschneidert. Er macht mit dem 3-Meter-Pflug ebenso gute Figur wie mit dem 1,5-Tonnen-Salzstreuer. Dank der 4-Rad-Lenkung ist die Maschine, die es auch in der 50 km/h-Version gibt, überdurchschnittlich wendig.

Seit Mai 2020 produziert der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner den neuen Lintrac 130, das dritte stufenlose Modell der Lintrac-Serie. Der Lintrac 130 ist der erste Traktor mit dem besonders sauberen und sparsamen Perkins-Syncro-Motor der Stufe 5. Diese ist mit der für PKW und LKW geltenden Abgasklasse EURO 6 vergleichbar.

Mit 3,6 Liter Hubraum und 100 kW Leistung (136 PS) sowie einem enormen Drehmoment von 530 Nm ist der Lintrac 130 der stärkste stufenlose Lindner-Traktor. Ein technisches Highlight ist das stufenlose TMT11-ZF-Getriebe,

das Lindner im Vergleich zum Lintrac 110 weiterentwickelt hat. Seine Stärken spielt die Maschine u.a. bei schweren Zugarbeiten aus, die Maschine eignet sich aber auch hervorragend für die Arbeiten mit größeren Schneepflügen oder Fräsen. Die Nutzlast beträgt rund 3,5 Tonnen. Mit gefederter Vorderachse fährt der Lintrac 130 auf Wunsch 50 km/h. So wird optimaler Fahrkomfort auch bei längeren Transportarbeiten in Landgemeinden mit einem großen Straßen- und Wegenetz gewährleistet. Für besondere Wendigkeit in engen Gassen von Städten und Gemeinden sorgt die 4-Rad-Lenkung.

Praktisch: Die elektronische Frontdruckregelung steuert Hub und Druck beim Arbeiten mit dem Schneepflug.

Optimalen Fahrkomfort bei anspruchsvollen Kommunaleinsätzen verspricht die TracLink-Kabine des Lintrac 130. Die Kabine ist auf Wunsch mit Luftfederung zu haben, darüber hinaus ist ein neuer Komfortsitz eingebaut. Mit dem Touch I.B.C.-Monitor PRO bringt Lindner die Qualität einer Oberklassen-Limousine in den stufenlosen Traktor. Die Fahrer erwartet eine leicht verständliche Menüführung und robuste Bauweise für anspruchsvolle Arbeitseinsätze.

Spezial-Lintrac: Böschungsmäher für Profis

Lindner hat mit dem „Lintrac with Noremat“ die Profi-Lösung für die Pflege von Straßen- und Wegenetzen im Programm. Die spezielle Fahrerkabine gewährleistet gute Sicht auf Anbaugeräte wie den Böschungsmäher oder den Astschneider.

Gemeinsam mit dem französischen Unternehmen Noremat hat Lindner Spezial-Lintracs für die Pflege von Straßenrändern entwickelt. In Frankreich sind schon mehr als 50 solcher Spezial-Lintracs mit Böschungsmähern unterwegs. Seit dem Vorjahr ist der Lintrac mit Noremat auch in Deutschland erhältlich. Die besonders wendigen und kompakten Modelle richten sich an professionelle Dienstleister, die eine Profi-Lösung für die Pflege von Straßen- und Wegenetzen wollen.

Ein Highlight ist die eigens konstruierte Fahrerkabine. Der Böschungsmäher mit Knickarm arbeitet seitlich des Fahrers. Er hat so gute Sicht auf das Anbaugerät. Auf der rechten Seite ist eine Polycarbonatscheibe eingebaut. Kracht ein Stein gegen die Windschutzscheibe, wird der Fahrer geschützt. Der Fahrer steuert die Geräte über eine eigene Armlehne mit gleitender Armauflage im Traktor.

Der Lintrac with Noremat mäht Böschungen exakt und sicher.

Ermüdungsfreies Arbeiten ist so über viele Stunden möglich. Erhältlich sind zusätzlich u.a. Profi-Anbaugeräte wie Astschneider, Mulcher oder Leitschienen-Mähgeräte.

TracLink für die Gemeinden

Das TracLink-System für den Unitrac 112 LDrive und den Lintrac ist die digitale Lösung für die moderne Einsatzdokumentation in den Gemeinden. TracLink erstellt ein digitales Fahrtenbuch. Im TracLink-Portal werden sämtliche Fahrten auf einer Landkarte angezeigt. Alle wichtigen Informationen sind übersichtlich einsehbar: von der Einsatzzeit über die geräumte Fläche bis zur ausgebrachten Salzmenge und den Verbrauchswerten. Die TracLink-Gerätekennung sorgt dafür, dass optimal abgestimmte Geräte verwendet werden. Außerdem hat der Fahrer über TracLink immer im Blick, wie hoch beispielsweise der Füllstand der Streukammer ist.





Stufenlos, wendig, einfach zu bedienen: der Unitrac 112 LDrive

Österreichisch-deutsche Partnerschaft

Das österreichische Familienunternehmen Lindner arbeitet seit vielen Jahren mit Unternehmen aus Bayern bzw. Deutschland zusammen: Die Kabinen liefert Fritzmeier, die Getriebe stammen von ZF. Hydraulik-Lieferant ist das deutsche Unternehmen Bosch-Rexroth. Lindner fertigt im Jahr 1.200 Traktoren und Transporter und beschäftigt 239 Mitarbeiter.

Unitrac 112 LDrive: Hocheffizienter Geräteträger mit Stufenlos-Technologie

Die Unitrac-Serie des Tiroler Familienunternehmens Lindner besteht aus vier Modellen mit Schaltgetriebe und dem stufenlosen Unitrac 112 LDrive. Mehr als 3.000 Gemeinden und Seilbahnunternehmen in ganz Europa haben die Transporter aus Kundl in ihren Fuhrparks.

Der Unitrac 112 LDrive ist der erste Lindner-Transporter mit Stufenlos-Technologie und besonders einfacher LDrive-Bedienung. Das im Unitrac 112 LDrive verwendete CVT Stufenlosgetriebe wurde gemeinsam mit ZF entwickelt und wird von Lindner produziert. Gefahren wird stufenlos von -20 bis +50 km/h mit reduzierter Motordrehzahl. Die 4-Rad-Lenkung steht für Wendigkeit in engen Gassen: Der Wendekreisradius beträgt nur 3,5 Meter. Der 4-Zylinder-Turbodiesel im Unitrac 112 LDrive leistet 79 kW / 107 PS bei 2.300 U/min und 420 Nm Drehmoment zwischen 1.100 und 1.400 U/min. Der Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c. Die Komfortkabine kann ohne Werkzeug seitlich um 50 Grad gekippt werden. Der Unitrac 112 LDrive arbeitet mit einer Axialkolbenpumpe, die die Hydraulikleistung stufenlos bis 88 l/min regelt. Dank der Nutzlast von sechs Tonnen und der sehr guten Zugkraft können auch schwere Geräte transportiert werden. Ein weiterer Pluspunkt ist das Hochleistungsfahrwerk. Einzelradaufhängung und hydraulische Federungszyylinder mit Membranspeichern gewährleisten optimalen Federungskomfort.

Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern stellt Lindner effiziente Komplettlösungen zur Verfügung. Schneepflüge für Profis baut der österreichische Hersteller Hauer. Erhältlich sind Vario- und Seitenschneepflüge in verschiedenen Breiten und Schildhöhen. Bei den Kehrmaschinen setzt Lindner auf die Zusammenarbeit mit dem Salzburger Unternehmen Trilety. In Kärnten hat die Firma Springer Kommunaltechnik ihren Sitz, die Streugeräte für die Lindner-Fahrzeuge im Programm hat.



Jüngste Innovation ist ein Spezial-Unitrac mit Raupenlaufwerk.

Der neue Unitrac 122 LDrive

Im Herbst 2020 präsentiert Lindner seine neueste Innovation: den Unitrac 122 LDrive. Das 122 PS starke Modell (3,6 Liter Hubraum, 500 Nm Drehmoment) ist für schwere Transporteinsätze bei Industrieunternehmen, Seilbahnen oder im Forstbereich konzipiert.

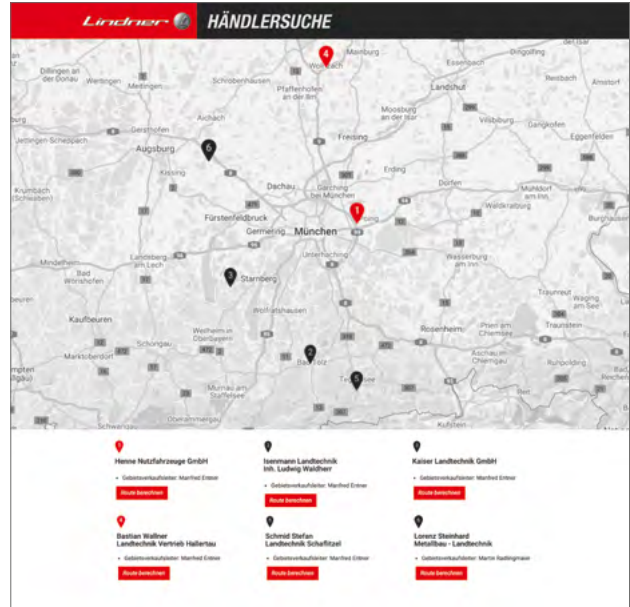
Ihr direkter Weg zum Lindner-Händler

Bayerische Gemeinden können die die neuen Lintrac-Modelle und den stufenlosen Unitrac 112 LDrive am Bauhof oder beim nächsten Händler testen. Einen Überblick über die bayerischen Händler bietet die Suche auf www.lindner-traktoren.at/haendlersuche

Der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner hat zahlreiche Modelle für die verschiedenen Ansprüche der modernen Gemeinden im Programm. Das Spektrum reicht vom stufenlosen Transporter Unitrac 112 LDrive bis zum Lintrac 130, der Maschine des Jahres 2020 in der Kategorie Kompakttraktor. Mit 3,6 Liter Hubraum und 100 kW Leistung (136 PS) sowie einem enormen Drehmoment von 530 Nm ist der Lintrac 130 der stärkste stufenlose Lindner-Traktor. Darüber hinaus bietet Lindner Spezial-Fahrzeuge wie den „Lintrac with Noremat“, der für die professionelle Pflege von Straßen- und Wegenetzen entwickelt wurde.



Der Unitrac 112 LDrive überzeugt im Winterdienst und bei Transportarbeiten.



Alle diese Modell können bei den bayerischen Lindner-Händlern Probe gefahren werden – die Händler stellen die Traktoren und Transporter auch gerne für Tests direkt auf dem Bauhof zur Verfügung. Den direkten Weg zum nächsten Händler gibt es online auf www.lindner-traktoren.at/haendlersuche.

Darüber hinaus stehen die Gebietsverkaufsleiter Martin Radlingmaier (Schwaben) und Manfred Entner (Bayern) für alle Fragen zur Verfügung.



**Gebietsverkaufsleiter Manfred Entner
(Bayern)**
Tel. +43 (0) 5338 74 20-605
manfred.entner@lindner-traktoren.at



**Gebietsverkaufsleiter Martin Radlingmaier
(Schwaben)**
Tel. +43 (0) 5338 74 20-181
martin.radlingmaier@lindner-traktoren.at

Jetzt vormerken: Das **KOMMUNALFORUM ALPENRAUM** am 18. März 2021 in Kundl.
Thema: Wie schaffen die Gemeinden die Mobilitätswende? www.kommunalforum-alpenraum.eu